

Editorial

Natürlich ist das beherrschende Thema dieser Tage der Irak-Krieg. Was die Bush-Administration mit ihren (gelegentlich missionarisch intonierten) Ideen vom »gerechten Krieg«, vom Interventionsrecht der Weltmacht und vom Konzept des »Nation Building« – ob in Afghanistan, Palästina oder dem Irak – ausbrütet, verändert auch Europa. Die »aufgeschwemmte NATO« (Klaus Harpprecht) verliert ihre Fähigkeit zur Herbeinötigung eines transatlantischen Dialogs. Sie wird zum Ersatzteillager für die Weltmacht, die sich die Willigen für »Koalitionen der Willigen« beliebig herauspicks. Die EU teilt sich in Nationen, die von der »Selbstbehauptung Europas« träumen und solche, die ihre alten Souveränitätsträume von 1919/20 mit Fresh Money aus dem kapitalistischen Westeuropa finanzieren wollen. Und die Linke (auch in Europa) wird von »liberalen Falken« (Sebastian Ullrich) durchsäuert. Man denke an Glucksmann, Cohn-Bendit oder den Joschka Fischer des Kosovo-Kriegs. Übrigens zitiert Ullrich sarkastisch den ehemaligen Clinton-Berater Asmus: »Wer im Kosovokrieg aus moralischen Überzeugungen für einen Regime-wechsel in Belgrad eingetreten ist, kann jetzt nicht gut gegen die Intervention im Irak sein«.

Als Einführungstext in dieses April-Heft empfehlen wir Wilhelm Ribhegges Vergleich von Woodrow Wilson und George W. Bush. Auf den ersten Blick wirkt der Vergleich des hochgebildeten Princeton-Politologen Wilson mit dem schlichten Öl-Kaufmann Bush Jr. diskriminierend. Auf den zweiten Blick sieht man, dass die missionarischen Konzepte beider Präsidenten – so verschieden die Persönlichkeiten sind – sich in der Tat sehr ähneln.

Wilson glaubte ans »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« und würfelte millionenstarke Minderheiten in künstliche, neue »National-

staaten«. Der Ausgang dieser hochherzigen Unkenntnis der europäischen Realität ist bekannt. Wie wird das gleiche Programm bei George W. Bush enden? Der afghanische Präsident Karzai hat derzeit die Macht nur in Teilen Kabuls – am Tag. Wie wird das »Nation-Building« im dreigeteilten Irak aussehen? Wie in der Tschechoslowakei, im Rumänien und im Ungarn der Zwischenkriegszeit? Der New Wilsonianismus birgt viele Gefahren.

Gelegentlich haben wir heftige Debatten in der Redaktion. Ein Beispiel bietet der NATO-Essay unseres Außenpolitikers Jochen Thies. Er behauptet, seit dem September 2001 sei die Idee der deutsch-französischen Achse »tot«. Kann man das im Lichte der Irak-Debatte des Sicherheitsrates wirklich vertreten? Infolge der Globalisierung und des Schubs an neuen NATO-Mitgliedern seien Paris und Berlin in einer Minderheiten-Position. Wie zählt man das? Geht's um numerische Mehrheiten von Staaten? Und – wenn Belgien, wie Thies schreibt, nicht viel zählt – warum zählen dann Litauen und Tschechien? Schwierige Fragen.

Strategie: Jan Zizka, der große Feldherr der Hussiten, tauchte aus dem Dunkeln auf und verschwand nach getaner Arbeit so schnell wie er gekommen war. So schlug er große Heere, nicht durch Ankündigung, sondern durch Überraschung.

Im Übrigen hat uns Michael Kogon auf ein Versäumnis im letzten Heft hingewiesen. Es ist sicher richtig, dass Vater Eugen im KZ Buchenwald »ein anderer« geworden ist. Dennoch sollte nicht verschwiegen werden, dass er sich schon nach dem »Röhm-Putsch« im Jahre 1934 vom Nationalsozialismus klar distanziert hat.

PETER GLOTZ

Editorial

Der Essay

- 4 JOACHIM RIECKER
Der Kampf um die neue Weltordnung

Aktuelles

- 9 TISSY BRUNS
Mit dem Opfer der Gegenwart
die Zukunft gewinnen
- 12 ALBRECHT VON LUCKE
Alte Wilde und junge Milde
- 16 JOHANNES LEITHÄUSER
Wann kommt das Zuwanderungsgesetz?

Das Thema: Jenseits von Bagdad

a. Aussichten

- 19 JOCHEN THIES
Was wird aus der NATO?
- 22 PETER GLOTZ
Zur notwendigen Festigung des Kerns
- 24 KLAUS HARPPRECHT
Die Glosse:
Ami, come home!

b. Ansichten

- 26 KARIN PRIESTER
Wir brauchen keine Waffenschmiede
der Demokratie
- 30 ERIC ALTERMAN
Keine ernsthafte Debatte in den US-Medien
- 33 EVA HOMMER
Cowboys gegen Eurowürstchen

c. Rücksichten

- 37 WILHELM RIBHEGGE
Woodrow Wilson und George W. Bush
- 41 BENNO ENNKER
Appeasement oder Präventivkrieg –
die falsche Alternative
- 44 JOSEF THOMAS GÖLLER
Zur Beziehungsgeschichte USA – UNO



Foto: Reuters/Suheib Salem

Welche Auswirkungen
hat der Irak-Krieg auf das
internationale System?

Kontrovers

- 48 RICHARD HERZINGER
Schwarz-Grün ist die Haselmaus
- 51 YVONNE DELHEY
**Zur jüngsten Debatte um den
Luftkrieg in Deutschland**

Kultur

- 55 SEBASTIAN ULLRICH
**Die liberalen Falken
und der gerechte Krieg**
- 59 TIM E. BRAUN
**Wilhelm Hausenstein –
Vermittler zwischen Kultur und Zeit**
- 62 GÜNTER FRANZEN
Zum Tode von Aleksandar Tisma
- 64 ANNETTE BAUMGARTL
Rainer Stachs Kafka-Biografie
- 66 CLAUDIA GLIEMANN
**Berliner Facetten:
Palast der Republik –
Zwischennutzung**

Kritik

- 68 TANJA BUSSE
**Wie teuer kommt uns die
verzögerte Energiewende?**
- 71 KLAUS BITTERMANN
Herfried Münkler über die neuen Kriege
- 74 CHRISTOPH FLEISCHMANN
Bücher zum Nahost-Konflikt
- 75 HELMUT MÖRCHEN
**Klaus Theweleit über
das Verschwinden der Realität**
- 77 WOLFGANG SCHROEDER
**Keynesianische Hypermoral
gegen neoliberale Unmoral**
- 79 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
- 80 IMPRESSUM

Titelfoto: Reuters/Faleh Kheiber
Bagdad, Feb. 2003, nach einer militärischen Übung

JOACHIM RIECKER

Allein gegen den Rest der Welt?

Der Kampf um die neue Weltordnung



Nimmt Europa in der neuen Weltordnung gegenüber Amerika eine ähnliche Rolle ein wie Griechenland gegenüber Rom in der Antike? Seit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und vor allem seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 drängt sich diese Analogie immer wieder auf. Zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages warnte beispielsweise Helmut Schmidt Deutschland und Frankreich davor, »in die unbedeutende, hilflose Rolle Athens zu Zeiten des *Imperium Romanum* abzurutschen«. Und der konservative WASHINGTON-TIMES-Kolumnist Charles Krauthammer steht mit seiner Feststellung nicht allein, »dass kein Land seit dem Römischen Reich in der Weltgeschichte kulturell, wirtschaftlich, technologisch und militärisch so dominant gewesen ist wie jetzt Amerika«.

Die Analogie ist aktuell, aber keineswegs neu. Der Vergleich Rom/Amerika und Griechenland/Europa zieht sich durch das gesamte 20. Jahrhundert und spiegelt immer wieder das jeweilige Selbstverständnis von Europäern und Amerikanern wider. Nach dem Ersten Weltkrieg etwa war unter deutschen Intellektuellen die Überzeugung weit verbreitet, nun sei das Zeitalter einer *Pax Americana* oder *Pax Anglosaxonica* angebrochen. So schrieb wenige Tage nach Bekanntwerden der Versailler Friedensbedingungen der Mitgestalter der Weimarer Verfassung, Friedrich Naumann, der englisch-amerikanische »Riesenimperialismus« strebe die Errichtung eines neuen römischen Imperiums auf der gesamten Erdoberfläche an. Ebenfalls unter dem Eindruck von Versailles schrieb der Historiker Friedrich Meinecke im August 1919, der Versailler Vertrag erinnere ihn in fataler Weise an den Moment in der antiken Geschichte, wo Rom die Weltherrschaft zufiel. Gemeint war die Schlacht von Pydna 168 v. Chr., bei der Rom Makedonien vernichtend schlug und in der Folge endgültig seine Vorherrschaft über Griechenland etablierte. Seit diesem Zeitpunkt habe sich der »Schatten der Unfreiheit« über das Völkerleben des Mittelmeeres gesenkt und der »innere Abstieg der antiken Kultur« begonnen.

Doch wie einst die *Pax Romana* Griechenland befriedet habe, könne vielleicht eines Tages auch die *Pax Americana* die Nationen Europas zum Frieden zwingen. Der Preis dafür sei allerdings hoch: Unter der »Glasglocke angelsächsischer Weltherrschaft« würden die europäischen Nationalstaaten politisch immer machtloser werden und am Ende »eingetrockneten Mumien« gleichen – die Angst vor einem »alten Europa« gab es schon 1919.

Misstrauen an Stelle von Idealismus

Während sich viele deutsche Intellektuelle nach 1918 mit dem Schicksal der Griechen im zweiten Jahrhundert vor Christus identifizierten, hatte der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt seinem Land bereits zu Anfang des Jahrhunderts eine ähnliche Weltmachtrolle prophezeit wie sie Rom in der Antike innehatte. So sagte er im April 1903, Amerika werde im 20. Jahrhundert wegen seiner Größe, seiner Wirtschaftskraft und seines politischen Systems ähnlich wie Rom in der Antike »zu einer Position der Vormacht und Führung in der Welt emporwachsen, wie sie bislang noch keine andere Nation erreicht hat«. Und zwei Wochen später forderte er in San Francisco, Amerika müsse zu jenen Nationen der Weltgeschichte gehören, die »wie Rom ihren unauslöschlichen Stempel auf die Jahrhunderte gedrückt haben«.

Die Rolle, die Theodore Roosevelt für sein Land bereits 1903 vorausgesehen hatte, nahm es allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Erneut wurde in Deutschland die Erinnerung an die Unterwerfung Griechenlands durch Rom wach, nun allerdings unter ganz anderen Vorzeichen. 1957 appellierte der CDU-Politiker und Alt-Historiker Hans Erich Stier an die Europäer, genau jene Fehler zu vermeiden, welche die Griechen mehr als zweitausend Jahre zuvor gegenüber Rom begangen hätten. Ähnlich wie jetzt habe sich auch im zweiten Jahrhundert vor Christus die politische Macht vom »alten Zentralgebiet« Griechenland an die Ränder verlagert, zu Rom, Karthago und den hellenistischen Großreichen. Auch Europa als einstige »Herrin des Erdballs« sei nun abhängig geworden von »den Mächten der Peripherie« Amerika und Sowjetunion.

Stier argumentierte, dass Griechenland nach dem ersten Eingreifen Roms im Osten 197 v. Chr. die Chance zur dauerhaften Sicherung der eigenen Freiheit unter dem Schutze Roms gehabt habe. »Aber Hellas versagte.«

Stier nannte auch den Hauptgrund dafür und argumentierte ähnlich wie heute die CDU in der Irak-Krise: Die Griechen hätten es versäumt, von ihrer Freiheit maßvoll Gebrauch zu machen und die Grenzen ihrer Macht zu erkennen. Wer, wie viele Griechen damals, allein in Roms Übermacht eine Bedrohung der griechischen Freiheit sehe, bediene sich des gleichen Arguments, mit dem man die Europäer gegen »den Garanten ihrer Freiheit«, die USA, aufzuwiegen trachte.

Durch das renitente Verhalten der Griechen sei schließlich Misstrauen an Stelle von Idealismus der beherrschende Zug von Roms Außenpolitik geworden – mit dem Ergebnis, dass Griechenland seine Freiheit und Unabhängigkeit vollständig verlor.

Auch der britische Universalhistoriker Arnold Toynbee stellte wenig später fest, man könne an die anfängliche Aufrichtigkeit Roms ebenso glauben wie an die guten Absichten Amerikas. »Im Falle Roms wissen wir allerdings, wie die Sache ausging.«

In einer Situation, die der heutigen durchaus ähnelt, erinnerte auch

**»Das größte Problem ist, unseren europäischen Freunden klarzumachen, dass es gemeinsame Interessen gibt, die höher stehen sollen als der Drang zur Selbstbestätigung«
(Henry Kissinger, 1974).**

Henry Kissinger im Frühjahr 1974 an die Unterwerfung Griechenlands durch Rom und verband dies mit einer unverhüllten Drohung. Auf dem Höhepunkt der Ölkrise hatte die Europäische Gemeinschaft damals auf Initiative Frankreichs beschlossen, unabhängig von den USA eigene Verhandlungen mit der OPEC aufzunehmen. Kissinger empfand dies als Provokation und sagte, das größte Problem für seine Außenpolitik sei nicht der Wettstreit mit Amerikas Gegnern.

Das größte Problem sei vielmehr, »unseren Freunden klar zu machen, dass es gemeinsame Interessen gibt, die höher stehen sollen als der Drang zur Selbstbestätigung«. Es stelle sich die Frage, »ob die Länder des Westens, konfrontiert mit einer absolut vorhersehbaren Gefahr, gemeinsam vorgehen können – oder ob sie sich wie die griechischen Stadtstaaten gegenüber Makedonien und Rom verhalten, aufsplintern und im Wettbewerb miteinander mit einer Situation fertig zu werden versuchen, für die es keine Wettbewerbslösung gibt«. Für den Westen sei dies »sowohl ein moralisches als auch ein politisches Problem«.

Sich ohne dauerhafte Schäden Fehler leisten können

Die USA hätten keine Einwände gegen eine unabhängige Politik der Europäer. Aber sie hätten Einwände, wenn diese Unabhängigkeit die Form grundsätzlicher Feindschaft gegen die Vereinigten Staaten annehme. »Wir haben Einwände, wenn die Europäer in einer Krise, die nur gemeinschaftlich angegangen werden kann, eine Wettbewerbshaltung einnehmen«. Doch falls es zu einem solchen Wettbewerb zwischen Europa und Amerika komme, »dann werden wir ihn gewinnen, weil wir unendlich mehr Hilfsquellen zur Verfügung haben«.

Die Analogie von Amerika und Rom, die Kissinger 1974 gegen die Europäer ins Feld führte, wurde auch von Gegnern des Vietnam-Kriegs und später der Nachrüstung aufgegriffen. So veröffentlichte 1970 der Berliner Politologe Ekkehard Krippendorf eine Analyse der weltpolitischen Rolle Amerikas aus neomarxistischer Sicht. So wie Rom in Griechenland die aristokratische Partei gegenüber der populistischen makedonischen Partei gefördert habe, unterstütze auch Amerika ihm genehme Politiker in befreundeten und abhängigen Ländern.

Die weltweite Verbreitung amerikanischer Symbole verglich Krippendorf mit der von Rom organisierten Kaiserverehrung im Reich. Als weitere Parallele zwischen Rom und Amerika nannte er die Fähigkeit, sich ohne dauerhafte Schäden Fehler leisten zu können, da »die verfügbaren Ressourcen eine relativ große Handlungs- und damit auch Fehlermarge ermöglichen«. Was den Römern ihr Cannae und Carrhae, wurde für Amerika Vietnam.

1985 verglich schließlich der Bochumer Theologe und Anhänger der Friedensbewegung Klaus Wengst römische und amerikanische Rüstungspolitik. So wie die *Pax Romana* beruhe auch die Dominanz Amerikas auf einem waffenstarrenden Gewaltfrieden, der eine echte Aussöhnung zwischen den Völkern unmöglich mache. Mit der »Festungs-

mentalität« einer *Pax Romana* oder *Pax Americana* hätten Christen nichts zu schaffen. Ronald Reagan lobte die NATO hingegen wenig später dafür, dass sie Europa durch ihre Militärmacht die längste Epoche des Friedens seit dem Untergang Roms gesichert habe.

Der Blick zurück auf Rom ließ bereits 1991 den französischen Arzt und Politikwissenschaftler Jean-Christophe Rufin zu der verblüffend genauen Voraussage kommen, dass der Ost-West-Konflikt künftig von einem Nord-Süd-Konflikt abgelöst werde. In seinem Buch *Das Reich und die neuen Barbaren* vertrat er die These, die westliche Welt unter Führung der USA befinde sich nach dem Fall der Mauer in einer ähnlichen Situation wie Rom nach der Zerstörung Karthagos 146 v. Chr. Wie Amerika mit der Sowjetunion habe Rom mit Karthago seinen letzten gleichrangigen Gegner verloren. »Von nun an sah es sich ganz allein gestellt der restlichen Welt gegenüber. Einem Nichts, einem Staubhaufen uneiniger Völker, die zugleich schwach und gefährlich, turbulent und ohnmächtig sind«.

Unter Berufung auf Elias Canetti schreibt Rufin, dass jede Masse zu ihrem Erhalt den Anblick oder zumindest die starke Vorstellung einer zweiten Masse brauche. Bis zum endgültigen Sieg über Karthago habe Rom zunächst in Italien und später im Mittelmeerraum immer wieder eine solche »Gegenmasse« gefunden. Doch nach dem Fall Karthagos sah sich Rom einem Vakuum gegenüber.

Als erster setzte der griechische Historiker Polybios diesem Vakuum »die begeisternde Idee einer imperialen Verantwortung, einer universellen Mission« entgegen. Er habe den Römern das Bewusstsein dafür vermittelt, dass ihr Aufstieg kein Zufall war, sondern Teil eines höheren Daseinszweckes: »Rom hatte von Anfang an den Auftrag, ein Werk des Friedens, der Gerechtigkeit und der Weisheit zu vollbringen«.

Mit genau diesem Gedanken wird in der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie das Recht auf Präventivkriege begründet. So schreibt Präsident Bush im Vorwort dieses Dokuments, Amerika werde »die Gunst der Stunde nutzen« – gemeint ist der 11. September 2001 – »um die Vorzüge der Freiheit in der ganzen Welt zu verbreiten. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, die Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel in jeden Winkel der Erde zu tragen«.

»Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, die Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel in jeden Winkel der Erde zu tragen« (George W. Bush, 2002).

Den Irak aus Gründen des Friedens angreifen

Auch aus römischer Sicht befand sich alles, was außerhalb des Reiches lag, in einer beklagenswerten Situation. Rom hatte die Pflicht, den Barbaren die Zivilisation zu bringen oder aber sie zu bekämpfen, falls sie auf ihrem Archaismus beharren und es bedrohen. Reich und Barbarei bildeten für Rom auf allen Gebieten ein Gegensatzpaar: Rom verstand sich als Garant des Friedens und der Harmonie; die Barbaren führen ständig Krieg. Rom ist eine Republik, in der das Volk herrscht; jene gehorchen gewalttätigen Monarchien. Rom wird zusammengehal-

ten durch seine Kultur und seine Sprache; jene sind zersplittert und können sich nicht miteinander verständigen. Rom ist rational, und seine Religion trägt zur Ordnung im Gemeinwesen bei, jene sind von Fanatismus ergriffen. Rom übt Gerechtigkeit und achtet das Recht; sie lassen sich nur mit Gewalt zügeln. Und so wie Augustus einen intensiven Kult um die personifizierte Göttin des Friedens *Pax* betrieb, an den Grenzen des Reiches aber fast ständig Krieg führte, verkündet auch Präsident Bush unablässig, er wolle den Irak nur *for the sake of peace* angreifen.

Das von Polybios propagierte Begriffspaar Reich/Barbaren hat sechs Jahrhunderte überdauert bis zum Untergang Westroms. Auf den Trümmern dieses Reiches entstand eine neue Welt, beherrscht von einem Gleichgewicht der Kräfte, die ihren Gipfel im globalen Ost-West-Gegensatz fand.

Doch nach dem Fall der Mauer vollzog sich, so Rufin, »eine neuerliche polybische Revolution«, bei der dem Süden die Rolle der Barbaren zufalle, während der Norden »als wiedervereinigt, als imperial, als Wahrer der universellen Werte der freiheitlichen und demokratischen Zivilisation vorausgesetzt wird«.

»Wenn ein Kolonisierter einen Diskurs über die westliche Kultur hört, dann zieht er seine Machete« (Frantz Fanon, 1961).

Doch während sich Amerika als missionarischer Vorreiter der Freiheit in den Ländern der Welt definiert, die für seine militärischen und wirtschaftlichen Interessen von Bedeutung sind, wächst im Süden die Bereitschaft »zum Bruch mit dem westlichen und rationalen Denken, auch dem marxistischen«. Diese »Ideologie des Bruchs«, so Jean-Christophe Rufin schon 1991, sei gekennzeichnet durch die konsequente Negation aller »griechisch-lateinischen Werte« wie wissenschaftliche Bildung, technischer Fortschritt, Menschenrechte, politische Demokratie, Freizügigkeit der Sitten und vor allem ökonomische Rationalität.

Die Illusion, 1945 in der arabischen Welt nachzuholen

Die gewaltsame Aktion gegen die Unterdrücker wird zum zentralen Motiv dieser neuen revolutionären Bewegungen, die sich von allen rationalen, dem Westen entlehnten Denkmodellen verabschiedet hätten. Der gewaltsame Ausbruch der Kolonisierten wird getrieben von dem übermächtigen Wunsch, »vom Verfolgten zum Verfolger« zu werden und »die koloniale Welt in die Luft zu jagen, in die verbotenen Städte einzutauchen«. Wie schrieb schon 1961 Frantz Fanon in seinem Klassiker *Die Verdammten dieser Erde*: »Wenn ein Kolonisierter einen Diskurs über die westliche Kultur hört, dann zieht er seine Machete«. Nach blutigen Kriegen brachte Rom dem Mittelmeerraum Jahrhunderte von Frieden, Wohlstand und zivilisatorischem Fortschritt.

In Europa haben die USA einen ähnlichen Anspruch zumindest nach 1945 verwirklicht. Dass Gleiches den Amerikanern auch in der arabisch-muslimischen Welt gelingen wird, erscheint als ebenso große wie gefährliche Illusion.

TISSY BRUNS

Mit dem Opfer der Gegenwart die Zukunft gewinnen

Die verheerenden Niederlagen der SPD in Hessen und Niedersachsen kann man als konsequente Fortsetzung des 22. September verstehen. Nach Lesart der Union hat ihr eine im Bundestagswahlkampf irreführende Wählerschaft im Februar zu den Mehrheiten verholfen, die ihr eigentlich im letzten Herbst schon zugestanden haben – hätten die Wähler nur gewusst, was Schröder und Eichel verschwiegen haben. Merz spricht deshalb von der wieder errungenen »moralischen Mehrheit«. Wahrscheinlicher ist, dass die Union mit dem Lügenvorwurf vielen Wählern nur eine innere Brücke gebaut hat, um der SPD und in bemerkenswerter Deutlichkeit Gerhard Schröder fünf Monate nach der Bundestagswahl eine schallende Ohrfeige zu verabreichen. Als konsequente Fortsetzung des 22. September 2002 kann die beiden Landtagswahlen nämlich auch verstehen, wer in den Wählern nicht die Betrogenen sieht.

Die SPD-Wähler haben gewusst, was und wen sie wählen. Die engere Wähler-Klientel hat bei der SPD das entscheidende Quäntchen mehr an Gerechtigkeitsinn für die bevorstehenden »harten Zeiten« vermutet. Die Wankelmütigen aus der Neuen Mitte haben sich für den Spitzenkandidaten entschieden, bei dem sie sich kulturell mehr aufgehoben, mehr beheimatet gesehen haben als bei Edmund Stoiber und der Union. Die große Unentschiedenheit bis zur letzten Minute zeigt an, wie sehr sie gehaut haben, dass auf diese Entscheidung aus Neigung bald heftige Reue folgen könnte. Denn das, was viele dieser Wähler im letzten Herbst honoriert haben, hat

nicht viel mit dem zu tun, worauf es ihnen in den nächsten Jahren ankommt.

»Der oder ich« hat Schröder im April 2002 nach der verheerenden Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt trotzig postuliert. Unter dem Strich hat er damit Recht behalten. Stoiber oder Schröder, das war die Personalisierung der »kulturellen Differenz«, die im Wahljahr 2002 entscheidend war. Aber es ist sehr fraglich, in welche Zukunft diese »kulturelle Differenz« noch tragen kann. In der Entscheidung über das Duell der Spitzenkandidaten hat sehr viel »der nicht« gesteckt, das der ganz spezifischen Kandidatenkonstellation geschuldet war und sich nicht wiederholen wird. Vor allem aber ist die politische, kulturelle und habituelle Ausrichtung der Mitte eine wandelbare Größe. Sie hat sich 2002 noch einmal mit Rot-grün in Deckung gebracht und ist überhaupt nur mangels klarer Sachalternativen zwischen den beiden großen Blöcken zur ausschlaggebenden Größe geworden.

Die Mehrheit vom Herbst 2002 war ein Schluss-Stein, die letzte Belohnung für einen gesellschaftlichen Aufbruch, der die Republik eine ganze Generationsspanne beschäftigt hat. Eindeutig hat diese Belohnung auch der politischen Mäßigung gegolten, die Politiker wie Gerhard Schröder und Joschka Fischer als Protagonisten der Aufbruchs-Generation ideal verkörpern. Erst die erkennbare Fähigkeit zum Dazulernen und zur Selbstkorrektur hat das rot-grüne Bündnis in die Mitte gerückt und mehrheitsfähig gemacht. Nicht weil dieser Prozess falsch war, sondern weil er der Gesellschaft in Fleisch und Blut übergegangen ist, werden künftig keine politischen Funken mehr aus ihm schlagen. Ein sozialdemokratischer Spitzenkandidat des Jahres 2006 wird gegen eine Angela Merkel nicht mehr ausreizen können, was gegen Stoiber

noch möglich war: die feinen Unterschiede bei Familie, Frauen, Toleranzwerten. Und es ist sogar vorstellbar, dass SPD und GRÜNE gegen einen Roland Koch eine Schlacht um die feinen Unterschiede verlieren könnten – wenn er seinerseits eine Art von Mäßigung glaubhaft machen kann.

Es waren Stammwähler dabei und solche aus der »neuen Mitte«, die im Februar und im März einen gewaltigen Katzenjammer zu Protokoll gegeben haben, und zwar der SPD, nicht den GRÜNEN. Das ist kein Zufall. Während die GRÜNEN und ihre Anhängerschaft sich mit der rot-grünen Bilanz der weichen Themen und postmateriellen Werte einigermaßen im Reinen fühlen, enttäuscht die SPD ihre im letzten Herbst noch einmal gnädigen Wähler und Anhänger auf der ganzen Linie. Es fehlt die Kommunikation, es fehlen Durchsetzungsfähigkeit und ein roter Faden für den Prozess, den die Stamm- und Wechselwähler aus allen Schichten von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung jetzt endgültig erwarten: eine gründliche und gerechte Reform der Arbeits- und Sozialordnung in Deutschland. Die SPD-Stammwähler treibt das Gefühl, dass sie als potenzielle Verlierer dieses Prozesses mit dieser Bundesregierung eben doch keine verlässliche Schutzmacht gewählt haben. Den Wechselwählern aus den Mittelschichten hat die stümperhafte Koalitionsbildung zu der Erkenntnis verholfen, dass sie in diesem Prozess nicht Zaungäste, sondern schmerzhaft Beteiligte sind.

Stilwechsel seit dem 14. März

Schröders Masterplan vom 14. März hat gezeigt, dass diese Reform einen politischen Stilwechsel erfordert. Denn die Wähler, die sich vom erhobenen Zeigefinger Edmund Stoibers nicht regieren lassen wollten, sind bitter enttäuscht über einen Gerhard Schröder, der moderiert, der weiter *step by step* geht nach dem Muster von Versuch und Irrtum. Kein Wunder. Wer sich zwi-

schen »Der oder ich« entschieden hat, will nicht zuschauen, wie neue Darsteller alte Rollen besetzen, wie Superminister Wolfgang Clement den Modernisierer und Fraktionschef Franz Müntefering den Traditionalisten gibt. Der Bundeskanzler muss selbst zum Spitzenmann der Neuordnung werden, ihre Härten und Perspektiven vertreten, seine Fraktion, die Koalition, die SPD, den Bundesrat, die Bevölkerung davon überzeugen. Eine Übung mit höchstem Schwierigkeitsgrad, nicht nur, weil niemand weiß, ob der geniale Austarierer Schröder das wirklich kann. Gesucht wird Orientierung und Führung für eine Neuordnung, für die es einen geistigen Entwurf der Regierungspartei nicht gibt.

Die harte Lektion aus Niedersachsen und Hessen hat die SPD vor die Aufgabe gestellt, deren Lösung sie über sechzehn Oppositions- und viereinhalb Regierungsjahre tunlichst vermieden hat. Es ist wahr: Das »sozialdemokratische Jahrhundert« ist eigentlich vorbei. Im Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit an der großen sozialen Front zwischen Kapital und Arbeit hat die SPD ihre Mission erledigt und zwar mit Erfolg. Seit den 80er Jahren, erst recht nach 1989 kam es darauf an, das große Wort Gerechtigkeit neu zu buchstabieren an den sozialen Fronten, die in der globalisierten Wohlfahrtsgesellschaft entstanden sind – zum guten Teil übrigens als Produkt des erfolgreichen Kampfes um Verteilungsgerechtigkeit. Das sind die Fronten zwischen Alten und Jungen, zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen denen, die Zugang haben zu Bildung und Kommunikation und denen, die davon abgeschnitten sind. Auch zwischen diesen Fronten wird es übrigens wieder um Verteilungsfragen gehen. Die Zukunft der SPD wird davon abhängen, ob sie sich zutraut, sie unter einem neuen Begriff von Gerechtigkeit zu gestalten.

Neu sind diese Konfliktlinien nicht. Sie sind im Gegenteil sattsam bekannt, und

sei es nur, weil sie der Volkspartei SPD schon vor Jahrzehnten das Problem einer immer heterogeneren Wählerschaft beschert haben. Nicht ohne Grund hat Parteienforscher Franz Walter nach den beiden Landtagswahlen die Rückkehr des berühmten 90er-Jahre-»Spagat« diagnostiziert. Um eine »Rückkehr« handelt es sich wohl nicht, eher um ein Wieder-Sichtbarwerden. In den Wahlerfolgen von 1998 und 2002 spiegelt sich keine gesellschaftspolitische Integrationsleistung der SPD. Sie konnte 1998 den Überdross an Kohl politisch auf sich ziehen, die feinen Unterscheide und die schwache Ahnung, dass es mit Schröder und Rot-grün etwas glimpflicher abgehen könnte, haben die letzte Wahl entschieden.

Das Bild von der Zerreißprobe zwischen »Traditionalisten« und »Modernisierern« war schon in den 90er Jahren zu dürrig, um den eigentlichen Erneuerungsbedarf der SPD zu beschreiben. Es taugte aber, um 1998 das personifizierte Doppelbild Lafontaine/Schröder über die ungelösten Fragen zu stülpen, bis endlich wieder eine Bundestagswahl gewonnen war. In gewisser Weise war diese Geschlossenheit sogar echt. Denn einig war sich die ganze SPD in der inneren Weigerung, an die ganz tiefen Fragen zu rühren. Wer weiß, ob eine schonungslose Selbstüberprüfung nicht ergeben hätte, dass die Volkspartei SPD ein überholtes Modell ist und ihre Tradition nichts hergibt für den globalisierten Kapitalismus.

Die ersten vier Jahre Schröder waren der Versuch, die hergebrachten Bestände der SPD mit dem Prinzip Wirklichkeit zu konfrontieren und darüber Bewegung in den bundesdeutschen Stillstand zu bringen. Nicht ohne Erfolg. Mit der Steuerreform hat Schröder ein Beispiel für den Rückzug des Staates geliefert, mit der Rentenreform eines für eine neue Gewichtung zwischen staatlicher Versorgung und Eigenverantwortung. Aber beispielhaft für

das Denken der SPD und ihres Umfelds, vor allem der Gewerkschaften, ist nichts davon geworden. Es liegt nicht nur an vernagelten Linkstraditionalisten, wenn man sagen muss: Das Gegenteil ist der Fall. Schröders Politik selbst hat das Gefühl verfestigt, dass die Sozialstaatsreform an den alten Fronten verläuft: Hier die Modernisierer, da die Traditionalisten. Gerech geht es zu, wenn den Traditionalisten das Betriebsverfassungsgesetz geschenkt wird, nachdem die Modernisierer die Steuer- und Rentenreform machen durften.

Deshalb wird das beste Erbstück der SPD, der Gerechtigkeitsbegriff, mehr oder weniger ungebrochen mit linkem Traditionalismus identifiziert. Den schönen Wert Gerechtigkeit kompromittiert und schwächt das ebenso wie die, die ihn auf diese Weise vertreten: Die Gewerkschaften haben es schon geschafft, sich zum anerkannten Bremsklotz der Nation zu machen. Der Ruf der SPD ist nicht viel besser. Umgekehrt steht die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung immer unter dem Verdacht der Übernahme von Modellen und Ideen aus dem anderen Lager, wenn sie das Verhältnis von Staat, Versorgung und Eigenverantwortung neu definieren will. Sparkurs, Steuer- und die Rentenreform haben viele treue SPD-Anhänger als Identitäts- und Seelenverlust wahrgenommen, akzeptabel nur unter dem Druck der Verhältnisse.

Die Methode Moderation hat zweifellos Streit und Konflikte begrenzt. Sie hat gleichzeitig den Weg zu einer neuen Integrationsleistung verstellt. Doch damit ist seit Schröders Rede vom 14. März Schluss. Ganz Deutschland weiß, dass der Sozialstaat sich begrenzen muss. Auch in der SPD begreift man es allmählich. Aber gegen jede konkrete Begrenzung entstehen sofort unüberwindliche Widerstände und Fronten. Das wird sich nur ändern, wenn in jeder einzelnen Maßnahme der Horizont sichtbar wird.

ALBRECHT VON LUCKE
Alte Wilde und junge Milde
Die »Generation 60 plus«
hat die SPD fest im Griff

Man muss die Feste feiern, wie sie fallen. Schließlich weiß man nicht, was morgen noch alles kommt. Dies gilt auch und gerade für die derzeit schwer gebeutelte SPD, auf deren 140. Geburtstag im Mai sich schon jetzt die Frage stellt: Wie kommt die Partei über die nächsten zehn Jahre? Wo wird sie beim noch runderen Begängnis in zehn Jahren stehen?

Trotz des Erfolgs bei der letzten Bundestagswahl hat die SPD derzeit nicht viel zu feiern, obwohl den Wählern und Anhängern ein rot-grünes Jahrzehnt angekündigt worden war. In Wahrheit hat die Partei die Zäsur von 1989 weder inhaltlich-programmatisch noch personell verkräftet. Noch heute wird deutlich, dass die Zwischenjahre am Ende des kurzen 20. Jahrhunderts, zwischen dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001, verschenkte Jahre für die Sozialdemokratie waren. Sämtliche größere Diskussionen der 90er Jahre, man denke nur an die Asyl-Debatte oder die Frage deutscher Auslandseinsätze, liefen ohne nennenswerte sozialdemokratische Impulse ab. Stets war die Partei eher Getriebene der Verhältnisse als progressive Akteurin, befangen in ihrem ewigen Dilemma zwischen Modernisierern und Traditionalisten.

Anstatt an den Debatten der 90er Jahre inhaltlich teilzunehmen, ergingen sich die sog. »Enkel« Willy Brandts in eiteln Diadochenkämpfen um die Führerschaft in Partei und Medien. Programmatische Arbeit galt als nachrangig. Binnen eines Jahrzehnts wurde eine ganze sozialdemokratische Generation im medialen Erregungsfuror verschlissen, von Engholm über Scharping bis Lafontaine und von Däubler-Gmelin bis Klimmt. In diesem Jahr feiert der personell stärkste Geburtsjahrgang der SPD seinen sechzigsten Geburtstag: der

43er-Jahrgang, der im SPD-Vorstand von Detlev Albers über Herta Däubler-Gmelin, Renate Schmidt, Heide Simonis, Wolfgang Thierse bis zu Christoph Zöpel reicht. Die eigentlichen Parteispitzen Clement und Müntefering (beide geb. 1940) sind altersmäßig ohnehin längst enteilt. Direkt nach den dominierenden 43ern kommt lange, lange gar nichts mehr, sieht man von den wenigen Ausreißern der 50er Jahrgänge wie Edelgard Bulmahn (geb. 1951) sowie Matthias Platzeck (geb. 1953), Olaf Scholz und Sigmar Gabriel (beide geb. 1959) einmal ab. Erst mit großem Abstand folgen dann die 68er-Kinder Kerstin Griesse (geb. 1966), Heiko Maas (geb. 1966) und Andrea Nahles (geb. 1970).

Kurzum: Die bis heute die SPD tragende Kohorte der 68er hat, da sie selbst zunehmend zum Auslaufmodell wird, keinerlei nachfolgetauglichen Generationszusammenhang zugelassen oder gar gefördert. Nach Sigmar Gabriels Wahldesaster ist der einzige verbleibende potenzielle Kanzlerkandidat, Wolfgang Clement, vier Jahre älter als der amtierende Kanzler. Bei einer Wahl 2006 wäre er bereits im Pensionsalter. Personell schaut die SPD also tief in ein schwarzes Loch. Der politische Gegner hat derweil längst den Generationswechsel geschafft. Die einst belächelten »jungen Wilden« sind fast alle zu Ministerpräsidenten aufgestiegen – Koch und Peter Müller 1999, sogar der blässliche Ole von Beust (2001), schließlich Wulff (2003). Die SPD muss zudem fürchten, dass ihr mit einer Lockerung des Zusammenhangs der Generation Schröder/Fischer auch noch die GRÜNEN nach Joschka abhanden kommen. Schon altersbedingt kommen sich Schwarze und Grüne zusehends näher, neuerdings auch inhaltlich. Köln und Saarbrücken sind erste Warnsignale, auch wenn sich die Bündnisse eher als Notgemeinschaften verstehen, weil die örtliche SPD im Affärensumpf versinkt und die Liberalen kommunalpolitisch zu schwach sind.

Bleibt also der SPD tatsächlich aufs absehbare Zeit nur das oppositionelle Abstellgleis? Wer und was sollte die SPD der kommenden Dekade verkörpern? Welche personellen und konzeptionellen Ressourcen hat die Partei noch?

Handzahmer Parteinachwuchs

In der Bundestagsfraktion existiert zunächst einmal das *Netzwerk 2010*, die Gruppe der einstigen Youngsters in der SPD. 1999, also rechtzeitig zum Regierungsumzug und mit soziologischer Unterstützung von Heinz Bude euphorisch zur vielversprechenden »Generation Berlin« gefeatured, genoss keine Gruppe von jungen Abgeordneten je einen derartigen Vorschuss an medialem Interesse – und keine hat – bislang wenigstens – so wenig daraus gemacht. Trotz aller Bemühungen von Tobias Dürr in der BERLINER REPUBLIK ist kein nennenswerter Streit innerhalb oder gar außerhalb der SPD bekannt geworden, der durch die jungen Abgeordneten angestoßen worden wäre. Programmatisch und persönlich sind sie blass geblieben, weil sie sich viel zu wenig inhaltlich gegen die Enkel-Generation aufgelehnt haben und ihre abgestandene Polemik gegen Alt-Achtundsechzig nur noch wie ein generatives Nachhutgefecht wirkt.

Durch Passivität, fehlende Streitlust und Leidenschaftslosigkeit hat die sogenannte »Generation Berlin« ihr enormes symbolisches Kapital in Form medialer Aufmerksamkeit binnen einer Legislatur fast schon wieder verspielt. Und auch um den *shooting star* von 2001, Ute Voigt aus Baden-Württemberg, ist es ruhig geworden, seit sie ihren Wahlkreis in Pforzheim verlor und die Ländle-Genossen bei den Bundestagswahlen so massiv einbrachen. *Netzwerk 2010*, bisher war allein der Name Programm, verkörperte er doch den Glauben daran, in permanenter Wartestellung als treue Hintersassen Gerhard Schröders eines Tages in Amt und Würden aufzuwachen. Wer als

Bundestagsabgeordneter die Dürftigkeit der eigenen Konkurrenz sah und nur ein wenig rechnen konnte, musste sich sagen: Ich komme ohnehin an die Fleischtöpfe, und zwar ohne Rebellion allemal leichter als mit. Keiner betrieb die selbstbewusste Politik im »Ich«, sondern alle schwammen immer in der Schutz spendenden Kohorte. Man begab sich freiwillig in die Warteschleife, mit Erfolgsgarantie.

Doch diese Hoffnung war verfrüht, das Label *Netzwerk 2010* zu optimistisch. *Hic Rhodus, hic salta*. Bereits jetzt, im Jahre 2003, ist diese »Generation« gefragt. Wenn sie eine weitere Legislatur ungenutzt verstreichen ließe, wäre das für die Zukunft der Partei verheerend. Das Netzwerk muss heraus aus der Wagenburg des vermeintlich Schutz spendenden Generationszusammenhangs und den Streit nicht nur mit den Kontrahenten in der CDU, sondern auch in der eigenen Partei aufnehmen. Von '68 ff. kann man lernen, dass erst die politische Auseinandersetzung, gerade auch untereinander, politische Generationen stiftet.

Auch die Restlinken um Andrea Nahles' *Demokratische Linke 21* fristen derweil nur noch ein Nischendasein. Und wenn sich jetzt Heiko Maas im Saarland mit dem abgehalfterten Lafontaine für den Wahlkampf wappnet, spricht dies auch nicht gerade für Vertrauen in die eigene Überzeugungskraft. Es ist vielmehr ein peinliches Stück Kapitulation der jüngeren Generation, zudem mit ungewissem Ausgang.

Nur einer hat in der Nach-68er-SPD bisher den Mut zum ganz lauten Ich gehabt. Mit sicherem Instinkt sprang Luftikus Sigmar Gabriel in die Lücke des fehlenden Leitbullens. Nicht mehr Partei-*bashing*, Generations-*bashing* wurde zu seiner Methode. Kaum eine Rede, die ohne Kritik an der Schwäche der eigenen wie auch der Vorgängergeneration auskam. Sie seien selber langsam 68, die '68er, höhnte er mediengerecht. Deshalb forderte er kurzerhand für Schröders Stellvertreter Scharping den Pos-



Bewährtes Führungsgremium vor erneuter Bestätigung. Nur der Jüngste in der Runde – Rudolf Scharping (55) wird auf dem Bochumer Parteitag im November als stellvertretender Vorsitzender abgelöst.

ten des Chefs der Programmkommission. Doch aus dieser Verjüngung wird wohl nichts, obwohl die CDU erst mit Wulff und jetzt mit Böhr das Gegenbeispiel geliefert hat, dass auch ein junger Wahlverlierer zum stellvertretenden Vorsitzenden noch aufsteigen kann. Nicht so bei der SPD.

Programmatische Entleerung

Die einstige Programmpartei führt seit langem keine programmatische Debatte um die eigene Zukunft mehr. In den 70er und 80er Jahren war es der Partei noch gelungen, den programmatischen Sprung vom alt-linken Materialismus zum postmaterialistischen qualitativen Wachstum zu vollziehen. Das Berliner Programm von 1989, die Verbindung von traditioneller Umverteilung und ökologischem Umdenken, war bis zum 9.

November auf der Höhe seiner Zeit. Lafontaines Sieg schien gewiss. Dann wurde die Partei durch die Wende kalt erwischt. Bis heute ist es auch nicht annähernd gelungen, eine angemessene Antwort auf die neue Situation nach dem Ende der Bipolarität zu formulieren. Die Verselbstständigung der Profilierung gegen Partei und Programm, die lange vor Schröder bereits vom Medienkünstler Lafontaine professionell betrieben wurde, hat über die Jahre zur gänzlichen Vernachlässigung programmatischer Arbeit geführt. Was in den 90ern blieb, war der hilflose Slogan: *Arbeit, Arbeit, Arbeit*. Dabei sind die Zeiten telegener Machtwortpolitik offensichtlich vorbei. Die Zeit verlangt nach einer neuen Idee, außen- wie innenpolitisch.

Hessen und Niedersachsen haben bewiesen: Schröders moderativer Stil reicht



Foto: dpa/Tim Brakemeier

in kritischen Zeiten wie diesen nicht länger aus. Der Bürger will wissen, wofür er bluten soll. Darüber hinaus leidet die SPD unter einem visionären Vakuum, das auch nicht durch die ständig erneuerten *labels* von Neuer Mitte, Zivilgesellschaft, Gemeinsinn oder Mut zur Veränderung gefüllt werden kann. Es fehlt noch immer das offensiv anzustrebende Leitbild, um aus der strategischen Defensive heraus zu kommen. 1989 wurde dies die sozial-ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft, allerdings auch erst nach langem programmatischen Vorlauf.

Was die SPD deshalb heute braucht, ist eine echte, inhaltliche Richtungsdebatte, die aber möglicherweise tatsächlich erst in der Opposition geführt werden kann. In der Person Gerhard Schröders personifizierte

sich noch einmal die sozialdemokratische Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik als nivellierender Mittelstandsgesellschaft: der Aufstieg aus kleinsten Verhältnissen ins höchste Regierungsamt des Staates. Doch diese allein persönliche Beglaubigung sozialdemokratischer Politik ist heute zu wenig. Vielleicht gelingt es ja tatsächlich Sigmar Gabriel, aus dem Schatten seines Vorgängers zu treten und der Partei in Niedersachsen programmatisches Profil zu geben. Jetzt hat Gabriel die Gelegenheit, seiner lautsprecherischen Ankündigungspolitik nach dem ersten geschenkten Ministerpräsidentenamt konzeptionelle Taten folgen zu lassen. Ein Gutes jedenfalls hat die Opposition: Für das zähe Bohren programmatischer Bretter ist allemal mehr Zeit als im hektischen medialen Regierungsbetrieb.

Wann kommt das Zuwanderungsgesetz?

Der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung kann viele Superlative für sich beanspruchen. Der Bundesinnenminister weissagt, es werde das modernste seiner Art in Europa werden, wenn es dereinst in Kraft trete. Aus der politischen Debatte ergibt sich einstweilen, dass es das am längsten hin und her geschobene Reformvorhaben der Bundesregierung sein wird, was wiederum darin begründet ist, dass es das am stärksten der Taktik verfallene Gesetzeswerk geworden ist, und zugleich womöglich das am wenigsten seines Inhalts wegen umstrittene.

Zur Unsicherheit über das Schicksal des Zuwanderungs-Gesetzesentwurfes trägt maßgeblich bei, dass die Adressaten der gesetzlichen Regelung, also Flüchtlinge, Einwanderer und auch ansässige Ausländer, selber ohne direkten politischen Einfluss auskommen müssen, und damit aus der politökonomischen Perspektive für die Parteien als Gesetzgeber im Grunde nicht interessant sind. Ausländer verfügen nicht über wirksame Lobbyhebel, vor allem aber haben sie, außer bei Kommunalwahlen, keine Möglichkeit, als Wähler Einfluss auf die politische Sphäre auszuüben. So nimmt es nicht wunder, dass das Zuwanderungsgesetz leichte Beute der politischen Taktiker geworden ist, ohne dass sie es als taktisches Instrument bislang freilich deutlich zum klingen gebracht hätten. Anders als bei der vorletzten hessischen Landtagswahl, bei der die CDU aus ähnlichen Gründen mit der Instrumentalisierung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes erfolgreich war, ist in der vergangenen Bundestagswahl oder den jüngsten Landtagswahlen trotz gegenteiliger Ankündigungen von den Unionsparteien nicht nachhaltig versucht worden, »die Zuwanderung zum Wahlkampfthema« zu machen. Es gibt allerdings Hinweise, dass

sich das im Spätsommer im bayerischen Landtagswahlkampf ändern könnte.

Dass das Thema Einwanderung in den zurückliegenden Wahlkämpfen zwar im Gespräch blieb, aber als Polarisierungsgegenstand nicht recht zog, lag an einem zweiten externen Begleitumstand, auf den der Gesetzesentwurf inhaltlich nicht einwirken kann. In der Zeitspanne von der Konzeption des Gesetzes im Frühjahr 2001 und der Entscheidungsphase zunächst ein Jahr und jetzt zwei Jahre später haben sich die Arbeitsmarktdaten dramatisch verschlechtert. Die Notwendigkeit, aus ökonomischen und damit zusammenhängend auch aus demographischen Gründen die Einwanderung von Arbeitskräften gesetzlich zu ermöglichen, verschwand zusehends aus der Zuwanderungsdebatte. Beide großen Parteien, nach der Union zunehmend auch die SPD, stellten die Bedeutung des Arbeitskräftezuzugs zurück und zeigten sich entschlossen (Union) oder bereit (SPD), wenigstens die Regelung zur sogenannten angebotsorientierten Arbeitskräfte-Einwanderung aus dem Gesetz zu streichen, und damit im Grund den innovativen Kern der Novelle zu opfern. Gerade dieser vorgesehene Mechanismus, Einwanderern mit bestimmten Merkmalen und Qualifikationen den Zuzug nach Deutschland auch dann zu erlauben, wenn sie nicht, wie bislang Pflegegeschwestern oder *Software*-Entwickler, bestimmte Arbeitsplatznachfragen stillten, hätte dem Zuwanderungsgesetz eine neue Qualität gegeben.

Dieser Mechanismus, für den die Kurzform »Punktesystem« gebräuchlich wurde, hätte Deutschland gesetzestechnisch auf denselben Rang wie die klassischen Einwanderungsländer Kanada, Australien oder die Vereinigten Staaten gehoben. Gegen das Punktesystem richtete sich folglich am stärksten die ideologische (»Deutschland ist kein Einwanderungsland«) wie sachliche (»Es gibt bei 4,5 Millionen Arbeitslosen keinen Arbeitskräftebedarf«) Kritik der Union;

Auch in der aktuellen, zweiten Gesetzgebungsdebatte setzen CDU und CSU hier ihren stärksten Argumentationshebel an. Der Bundesinnenminister hielt lange Zeit mit dem Argument dagegen, das Punktesystem werde nur dann wirksam, wenn der Bundesrat den dafür notwendigen Rechtsverordnungen gesondert zustimme; die Oppositionsmehrheit der Länder halte also ohnehin in dieser Frage den Schlüssel in der Hand. Dennoch mehren sich die Zeichen der Bereitschaft im rot-grünen Koalitionslager, diesen zentralen Bestandteil der Einwanderungsnovelle zu opfern, um das Gesetz insgesamt zu retten. Es ist nicht abzusehen, ob diese Strategie zum Erfolg führen kann, um so weniger, als das Verhandlungsergebnis zum Zuwanderungsgesetz eben nicht aus den unterschiedlichen Sachpositionen auf diesem Politikfeld hergeleitet werden kann, sondern sich daraus ergeben wird, in welcher Weise sich das Gesetz am erfolversprechendsten in der eigenen politischen Taktik instrumentalisieren lässt.

Die Äußerungen aus den Reihen der GRÜNEN und der Union liefern aktuell die stärksten Hinweise, dass sich das Schicksal des Zuwanderungsgesetzes eher an taktischen als an inhaltlichen Umständen entscheiden wird. Die GRÜNEN demonstrieren eher Ablehnung gegenüber weiteren inhaltlichen Kompromissen und verpacken sie gelegentlich in die Formel, es dürfe aus einem guten Gesetz kein schlechtes gemacht werden – dahinter steht die Kalkulation, bei der eigenen Anhängerschaft leichter Verständnis für ein Scheitern des Vorhabens zu finden, zumal wenn man die Verantwortung dafür auf andere wälzen kann, als weitgehende Kompromisse im Sinne von »Verschärfungen« und Einschränkungen gegenüber dem gegenwärtigen Entwurf rechtfertigen zu müssen. Die Union hält sich, bei allen internen Unterschieden etwa zwischen dem saarländischen Ministerpräsidenten Müller und dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, mit ihrer Ablehnung

einzelner Gesetzesinhalte weiterhin im Unbestimmten, ja geradezu im Beliebigen, weil sie ihre endgültige Haltung zum Zuwanderungsrecht beeinflusst sieht von ihrer Position zu den anderen in der Debatte steckenden Reformvorhaben der Bundesregierung.

Das dahinter stehende Kalkül bei CDU und CSU lautet, es könne in den nächsten Monaten durchaus geschehen, dass die Unionsmehrheit im Bundesrat sowohl bei der Reform des Arbeitsmarktes als auch bei der Reform des Gesundheitswesens zu konstruktivem Mittun gezwungen werde, also zu Zugeständnissen, die auch der eigenen Klientel schwer plausibel zu machen seien. In diesem Fall böte sich die Zuwanderungsnovelle als Möglichkeit an, standfeste Ablehnung zu demonstrieren und den grundsätzlichen Dissens zum rot-grünen Regierungslager zu markieren. Das käme der CSU im bayerischen Landtagswahlkampf entgegen und wäre auch deswegen erwägenswert, weil der sachpolitische Schaden, den ein Scheitern des Gesetzes anrichten würde, jedenfalls auf dem engeren Sektor der Einwanderung gegenwärtig als gering erachtet würde.

Das Manko in dieser Oppositionstaktik steckt allerdings darin, dass sich überzeugende, eingängige Argumente für die Ablehnung des Gesetzes kaum finden ließen, jedenfalls dann, wenn das Element der angebotsorientierten Arbeitskräfte-Einwanderung wie zu erwarten aus dem Entwurf genommen würde und wenn der Bund an einigen anderen Stellen, etwa bei den Kosten der Integrationskurse oder der Altersgrenze für nachziehende ausländische Kinder, den Forderungen der Union demonstrativ entgegenkäme. Selbst der bayerische Ministerpräsident Stoiber hat ungewollt einen Hinweis gegeben, dass sich die Vorstellungen von Regierung und Opposition zum Inhalt des Gesetzes im Grunde ähneln, indem er drohte, die Mehrheit der unionsregierten Länder werde den vorliegenden Entwurf im Bundesrat scheitern

lassen, anschließend aber einen eigenen Entwurf vorlegen, der jene Punkte umfasse, die wirklich dringend geregelt werden müssten. Stoiber zählte die Integration ziehender und ansässiger Ausländer zu diesen Punkten, außerdem Regeln zur Beschleunigung von Asylverfahren und zum großzügigeren Aufenthalt für Wissenschaftler und Studenten – und hatte damit *peu à peu* doch wieder einen großen Teil des Kataloges beisammen, der im gegenwärtigen Zuwanderungsentwurf versammelt ist.

Unter den Parteien, die in der gegenwärtigen Debatte Profilbildung zu treiben suchen, muss noch die FDP erwähnt werden. Sie hat das Verdienst, das Thema Zuwanderung schon in der vorletzten Legislaturperiode entdeckt und als erste Partei dazu einen Gesetzentwurf konzipiert zu haben. Sie hat andererseits jüngst der Versuchung nachgegeben, eilig Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, indem sie den Entwurf der Bundesregierung an wenigen Punkten veränderte und in der neuen Form als Vermittlungsvorschlag zwischen Union und Rot-Grün vorstellte. Damit war ihr allerdings wenig Beachtung beschieden; erfolgreicher war die FDP im Februar mit einer Blitzaktion, mit der sie annähernd 130 Änderungsanträge der unionsregierten Länder zur Regierungsvorlage des Zuwanderungsgesetzes zu Fall brachte, indem sie in den vier Ländern, in denen sie mit der CDU regiert, den Koalitionsdissens aufrief und somit Enthaltungen bewirkte.

Das rot-grüne Koalitionslager freute sich über diesen Schachzug, ohne freilich eigene dauerhafte Hoffnungen darauf setzen zu können. Denn selbst wenn die FDP in einem Vermittlungsverfahren über die Zuwanderungsnovelle an die Seite der Koalition zu bringen sein sollte und ihre Zustimmung zu dem Koalitionsentwurf gäbe, wäre im Bundesrat, wo es ja auf eine absolute Mehrheit von 35 der 69 Stimmen ankommt, nichts gewonnen. Dort könnte die FDP nur auf Enthaltungen der von ihr mit-

bestimmten Regierungen dringen, also nur Mehrheiten verhindern. Zur Erzeugung einer Bundesratsmehrheit führt an der Union kein Weg vorbei, auch kein schmaler Pfad über das Saarland, das in Gestalt seines Ministerpräsidenten Müller immer wieder Positionsdifferenzen zu anderen in der Union, vor allem zur CSU markiert, da das Saarland nur über drei Stimmen verfügt, zuwenig für eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer.

So droht die Zuwanderungsnovelle, je länger sie unentschieden in der politischen Arena liegt, um so mehr zum Spielball abgeleiteter, externer Interessen zu werden. Eine äußere Entwicklung, die in der innenpolitischen Debatte vollkommen ausgeblendet bleibt, könnte in den nächsten Monaten allerdings doch noch den Gang der Dinge beschleunigen und sogar einen gewissen Druck zur Einigung erzeugen. Der ginge aus vom Prozess der Vergemeinschaftung der Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, wie er im Amsterdamer Vertrag fixiert wurde und wie er vom zuständigen EU-Kommissar Vitorino beharrlich betrieben wird. In den Entwürfen der bisherigen Richtlinien waren schon zahlreiche Details, etwa zur Flüchtlingsaufnahme oder zur Arbeitserlaubnis bestimmter Ausländergruppen enthalten, die das nationale Recht präjudiziert hätten. Sie sind nicht zuletzt aufgrund der Gegenwehr des Bundesinnenministers stets entweder gestrichen, oder unter nationale Regelungsvorbehalte gestellt worden, auch deswegen, weil Schily seine eigene Zuwanderungsgesetzgebung nicht beeinträchtigen wollte. Wenn das nationale Vorhaben jedoch scheitern sollte, bliebe nun umgekehrt immer noch die europäische Regelungsebene, um einzelnen Bestimmungen doch zu nationaler Geltung zu verhelfen. Und die EU-Richtlinien zu Asylverfahren und Arbeitskräfte-Einwanderung, für die das in besonderem Maße gälte, stehen noch aus, sollen aber bis Ende nächsten Jahres verwirklicht sein.

Das Thema: Jenseits von Bagdad

a. Aussichten

JOCHEN THIES Was wird aus der NATO?

Die NATO hat im ersten Jahrzehnt nach dem Kalten Krieg versucht, mit einer Politik des *business as usual* den Eindruck zu erwecken, als habe sich in den transatlantischen Beziehungen nichts verändert. Der Zerfall Jugoslawiens und humanitäre Interventionen rund um den Erdball, an denen sich Deutschland schon kurz nach der Wiedervereinigung beteiligte, führten zu einer Fülle von hektischen Aktivitäten, welche die fundamentale Frage nach der Zukunft der Beziehungen zwischen Europa und Amerika überdeckten. Dazu trug auch die ablehnende Haltung Russlands bei, das sich während der neunziger Jahre kategorisch gegen eine Osterweiterung des Bündnisses aussprach und damit den Kalten Krieg der Rhetorik verlängerte.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich die Situation für das Bündnis nochmals verändert. Es befindet sich auf dem Weg zu einer zweitrangigen Organisation und kann das Schicksal der OSZE erleiden, jener Großorganisation, die aus dem KSZE-Prozess hervorging, der bekanntermaßen mit dazu beitrug, dass es zur friedlichen Revolution in Osteuropa kam. Obwohl die NATO erstmalig in ihrer Geschichte einen Tag nach den Anschlägen in New York und Washington den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages ausrief, geriet sie sehr rasch in eine Krise – trotz der Beteiligung am Afghanistan-Konflikt, trotz Bereitstellung von Truppen und Material zur weltweiten Bekämpfung des Terrorismus.

Dies hatte mit neuen strategischen

Überlegungen in den Vereinigten Staaten viel zu tun, mit der Entwicklung der Irak-Krise im Laufe des letzten Jahres, aber auch mit der Osterweiterung des Bündnisses, die beim NATO-Gipfel in Prag im November 2002 auf den Weg gebracht wurde. Sie verändert den Charakter des Bündnisses vollständig. Da Moskau den Prozess der Erweiterung nicht länger blockiert, sondern wie die Volksrepublik China indirekt fördert, wird die NATO demnächst dreißig Mitglieder haben, darunter die drei baltischen Staaten, gegen deren NATO-Mitgliedschaft sich Russland lange Zeit vehement wehrte. Bereits im kommenden Jahr werden also Estland, Lettland und Litauen, die Slowakei und Slowenien sowie Bulgarien und Rumänien dem Bündnis angehören.

Der Schwerpunkt der Allianz verschiebt sich von Westeuropa, von den Küsten des Kontinents, ins Zentrum. Und damit erhöht sich der Druck auf die Bundesrepublik Deutschland in sicherheitspolitischen Fragen. Die Irak-Krise hat während ihres bisherigen Verlaufes gezeigt, dass die alten europäischen Vor- und Seemächte mit den Amerikanern gehen, Briten, Spanier und Portugiesen, auch die Holländer. Kritisch und aus deutscher Sicht geradezu enttäuschend bleibt anzumerken, dass Berlin, der große Förderer der Osterweiterung der EU, von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn fürs Erste im Stich gelassen worden ist. Diese jungen NATO-Mitglieder präsentieren sich als Superpartner der Amerikaner im aktuellen Konflikt.

Für die Zukunft des Bündnisses bedeutet dies, dass sich die Amerikaner – je nach Sach- und Interessenlage – Partner in der NATO für einzelne Operationen aussuchen können und dies auch tun werden. Sie kommen für Spezialaufträge beim Kampf gegen den weltweiten Terrorismus in Frage,

als Unterstützungskräfte im Konfliktfall, sowie als Besatzungstruppen nach einem Krieg.

Die Bundesrepublik muss nicht befürchten, dass sich die Osteuropäer nun remilitarisieren und Armeen bereithalten werden wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Das wird nicht der Fall sein. Im Schnitt haben die früheren Mitglieder des Warschauer Paktes ihre Truppenstärken seit 1990 halbiert und die Verteidigungshaushalte deutlich zurückgefahren. Die Bundesrepublik hat mit der weitgehend kostenneutralen Überlassung von Material der NVA und später der Bundeswehr eine Menge für die Modernisierung der osteuropäischen Streitkräfte und Heranführung an NATO-Standards getan.

Frankreich allein ist ein schwieriger Partner

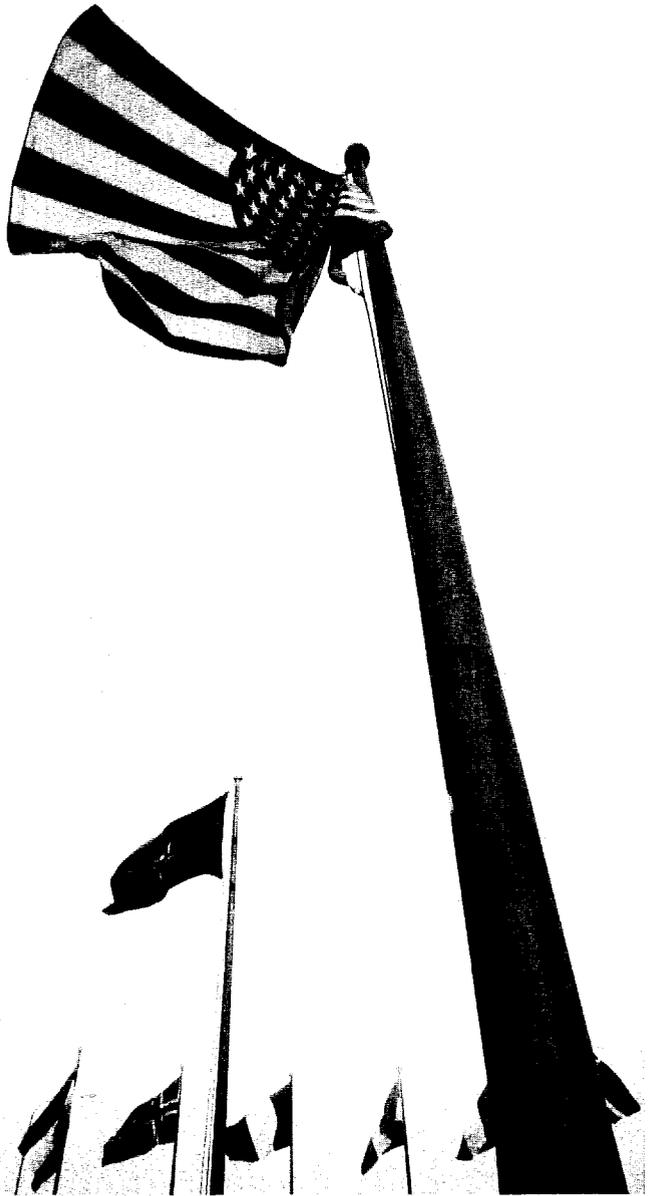
Dies gilt auch für den Ausbildungsbereich, wo es galt, ein altes Feindbild auszulöschen und indoktrinierte Offiziere mit westlichem Denken vertraut zu machen. Die jungen osteuropäischen Demokratien wurden dadurch spürbar entlastet, sie mussten nicht durch kritische Zeiten gehen wie die erste deutsche Demokratie nach 1918/19. Anstatt die Jahre der deutschen Militärhilfe nun zu honorieren und Beiträge für eine europäische Verteidigungspolitik zu leisten, wozu eine kostengünstige Rüstungsindustrie gehört, ordern die neuen NATO-Mitglieder im großen Stile in den USA. Washington seinerseits kämpft in Ostmitteleuropa mit harten Bandagen um Rüstungsaufträge.

Druck auf die Bundesrepublik, mehr für Verteidigung auszugeben, kommt dagegen aus dem Westen. Frankreich und Großbritannien haben seit dem 11. September 2001 Nachtragshaushalte verabschiedet. Frankreich wird demnächst 2,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben, Großbritannien sogar 2,9 Prozent. Da beide Staaten Nuklearmächte sind und Flugzeugträger, Raketen und

Flugzeuge in ihren Beständen haben, welche die Bundeswehr nicht braucht, dürfte ein realistischer Wert für Deutschland die Zwei-Prozent-Marke sein. Davon ist die Bundesrepublik derzeit jedoch weit entfernt. Mit 1,4 Prozent Verteidigungsausgaben – gemessen am Bruttosozialprodukt – könnte das Land nicht einmal als Neumitglied in die NATO aufgenommen werden. Die Reformansätze des neuen Bundesverteidigungsministers gehen hinsichtlich der zu erzielenden Synergie- und Einspar-effekte gewiss in die richtige Richtung.

Eine große Reform weg von einer Panzer- und Verteidigungsarmee hin zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee bedarf jedoch auch einer gleichzeitigen Anschubfinanzierung und einer ehrlichen Debatte über die Wehrpflicht. Die Bundeswehr ist viel zu bürokratisch organisiert, mit der Folge, dass es ein Missverhältnis zwischen Gesamtstärke und einsatzfähigen Kräften gibt. Schon jetzt hat man den Eindruck, dass sich die auf Auslandseinsätzen befindlichen Soldaten und ihre Angehörigen – nicht nur in Afghanistan – an den Grenzen der Belastbarkeit befinden. Zur Zeit beträgt der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt der Bundeswehr etwa 50 Prozent, nach einer anderen Berechnung sogar 60 Prozent.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Bundesregierung international unter Druck kommen wird, die Verteidigungsausgaben aufzustocken, zumal sie beim Prager Gipfel erneut erhebliche internationale Verpflichtungen eingegangen ist, die von Zeit zu Zeit von der NATO (und damit von den Amerikanern) überprüft werden. Eine direkte Konsequenz einer unterfinanzierten Bundeswehr ist übrigens, dass sich die Bundesrepublik von Zeit zu Zeit dazu bereit erklären muss, bei neu eintretenden internationalen Lagen hohe einmalige Beiträge zu zahlen. Die Kosten für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr sind über die letzten fünf Jahre kontinuierlich ange-



Schwere Zeiten für das nordatlantische Bündnis beim Streit um die Türkei-Hilfe, nachdem Frankreich, Belgien und Deutschland einen militärischen Vorgriff auf die Irak-Entscheidung witterten.

Foto: dpa/Doppagne

stiegen. Sie werden noch immer in mehreren Etats versteckt. Eine Risikovorsorge findet nicht statt.

So wenig erfreulich die Zusammenarbeit im NATO-Bündnis in letzter Zeit geworden ist – wenn man an die wochenlangen Diskussionen um die Türkei-Hilfe denkt – so wichtig bleibt das Bündnis auf absehbare Zeit. Es ist der einzige Ort, an dem die europäischen Staaten nach einge-

spielten Regeln mit den Amerikanern kommunizieren können und es bleibt damit der Platz, an dem mit der Supermacht um die künftige Weltordnung gerungen werden muss. So gesehen, müssen Deutschland und seine Partner auch auf Zeit spielen und abwarten, wie sich die Welt in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Eines haben die letzten Wochen jedoch gezeigt. Angesichts der dramatischen Ent-

wicklungen seit dem September 2001 ist die Idee der deutsch-französischen Achse tot. Infolge der Globalisierung aller Entwicklungen und des enormen Schubs an neuen NATO-Mitgliedern befinden sich Berlin und Paris in einer Minderheitsposition. Belgien als Partner beim Streit um militärische Hilfe für die Türkei oder Russland – wenn es um eine neue UN-Resolution geht – reichen nicht aus. Die Europäer müssen sich *in toto* finden. Die europäischen Land- und Seemächte müssen zusammengehen und auch unter Druck zusammenhalten. Dazu gehört auch Großbritannien, das Gerhard Schröder und Deutschland unter keinen Umständen über den Atlantik abdriften lassen dürfen. Deutschland benötigt in Europa – so wie es der Kanzler ursprünglich anstrebte – die Balance zwischen Großbritannien und Frankreich. Paris allein ist ein unerhört schwieriger Partner.

Die Zusammenarbeit mit Russland ist interessant, auch unter mittelfristigen Gesichtspunkten. Noch wichtiger für den Augenblick ist jedoch eine deutsche außenpolitische Offensive in Richtung Ost- und Südosteuropa. Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass es – kaum dass die zweihundertjährige Trennung der Europäer der Vergangenheit angehört – zu einer erneuten Spaltung des Kontinents kommt. Deutschland käme dadurch in eine gefährliche Lage. Mit den Osteuropäern muss um die europäische Identität gerungen werden. Westeuropa muss in der Lage sein, ihnen nicht nur wirtschaftliche Perspektiven, sondern auch Sicherheit zu bieten. Alles andere wäre ein unglaubliches Armutszeugnis. Bilaterale und multilaterale Aussprachen sind dazu erforderlich. Auch dafür ist die NATO ein geeigneter Ort.

Vom Zeitpunkt der Wahlkampfaussage Gerhard Schröders bis zur heutigen Position sind Prozesse im Gange, die Amerika und Europa spürbar auseinander treiben, ob man dies wünscht oder nicht. Die Politik sollte hier nicht anheizend wirken, sondern

genau beobachten und moderieren, wenn sie erkennt, was noch formbar ist und was unvermeidlicherweise passiert oder bald eintreten wird. So gesehen, sind dies auch Zeiten der Diplomatie und der Hoffnung, dass der Irak-Konflikt – wie immer er gelöst wird – am Ende zu einer neuen Weltinnenpolitik führt. Dabei müssen die Europäer mit einer Supermacht, die zwischen Selbstsicherheit und unsicherem Selbstwertgefühl schwankt, an einem Tisch sitzen. Und: ein Hauch von *compassion* für das, was Amerika am 11. September mitten in New York widerfuhr, muss bleiben.

PETER GLOTZ
**Lasst Blair mit den Osteuropäern
EFTA spielen!**
Zur notwendigen
Festigung des Kerns

Der Irak als Brennspeigel. Bis vor kurzem durfte das Liebesnest der Euro-Phantasten noch unbehindert ihrem Lieblingsspiel nachgehen: Symposien veranstalten (Tim Garton-Ash diskutiert mit Bronislaw Gerechtigkeit), Preise verleihen (zuvörderst an Bartoszewski oder Vaclav Havel) und den großen Schwung verbreiten (hier geht's nicht um Hartweizen, sondern um Geschichte). Plötzlich kommt die Wahrheit ans schäbige Licht: Die osteuropäischen Beitrittsländer zur EU sind mental und ökonomisch *Fellow-Travelers* der USA (was ja ihr gutes Recht ist!) – aber sie wollen auch keinen vertieften europäischen Staatenverbund, sondern nur eine Freihandelszone. Was nun?

Chirac war in seiner Philippika gegen die Mittel- und Osteuropäer gewiss ein wenig polternd. Aber auch wenn man die platten Wahrheiten diplomatisch verkleidet und den Polen nicht einfach sagt: »Ihr wollt Geld aus europäischen Strukturfonds und kauft Eure Jets bei BOEING« ist nun offenbar, was schon seit einem Dutzend Jahren klar

sein könnte: Die Osteuropäer fürchten sich (spätestens seit 1848) vor den Russen und glauben ihre Sicherheit nur beim großen Bruder in Washington in guten Händen. Sie mögen die deutschen und französischen Argumente gegen einen Krieg im Irak ganz schön finden; Sie sind allerdings gänzlich außerstande, den Amerikanern einen dringenden Wunsch abzuschlagen. Im übrigen ist ihnen die rührend ernsthafte Debatte im Konvent zur Zukunft Europas herzlich egal, solange Blair, Aznar und Berlusconi nur dafür sorgen, dass aus diesem Brüssel kein »Wien« wird. Leute wie Vaclav Klaus sagen auch gelegentlich: »Kein Moskau«. Ein guter tschechischer Nationalist ist heutzutage sehr flexibel, nur eine übernationale Bürokratie und kosmopolitische Institutionen sind ihm ein wirkliches Gräuelfeld. Auch bei Polen und Ungarn sitzt das tief, was Alt-Österreicher gelegentlich boshaft »Separatismus« genannt haben mögen. Aber wo gibt's schon noch Alt-Österreicher?

Jetzt tun unsere Weltblätter erstaunt. »Polen ist an noch mehr Erweiterung Europas statt an Vertiefung interessiert«, schreibt die FAZ. Her mit der Ukraine, Moldawa und Belarus. »Aus der Traum?« heißt eine andere Analyse des gleichen Blattes. »Blair und Aznar sind gegen die Wahl des EU-Kommissionspräsidenten«. Was sollen die »Alt-Europäer«, die Donald Rumsfeld so herzlich verachtet, da tun? Ein vertieftes, handlungsfähigeres Europa, eine europäische Machtorganisation erweist sich mehr und mehr als Fata Morgana am Horizont. Erschwerend kommt hinzu, dass die Wirtschaft, mehr und mehr das Interesse an einem politischen Europa verliert. Die Handels- und Investitionszahlen mit Mittel- und Osteuropa zeigen eine rasante Entwicklung. Deutschland wird das ökonomische Tor zum Osten. Mittel- und Osteuropa hat für Deutschland handelsmäßig einen ähnlichen Stellenwert wie die USA. Der Anteil der ost- und mitteleuropäischen

Staaten am gesamten deutschen Güterexport lag 2001 bei 9,5 Prozent. Wer will da noch mehr? Bitte keine Störungen der Geschäftsbeziehungen durch allzu politische Ambitionen.

In dieser Situation greift unsere Zeitschrift achselzuckend neun Jahre zurück. Im Dezember 1994 veröffentlichten wir unsere Analyse »Die Festigung des Kerns«. Gegen die damalige Mehrheitsmeinung der deutschen Linken konnten wir dem Plädoyer von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble für ein »Kerneuropa« einiges abgewinnen. Wir schrieben damals: »Das Schlimme ist, dass das universalistische Modell eines vereinigten Gesamteuropas aufgrund zerreißennder Widersprüche niemals ins Leben treten dürfte«.

Die Osteuropäer bräuchten jetzt einen neuen Franz Palacký. Der große Historiker und Vater der tschechischen Nationalgeschichte sagte seinen Leuten 1848 in seinem berühmten Absagebrief an die Frankfurter Nationalversammlung, dass man den österreichischen Kaiserstaat erfinden müsste, wenn es ihn nicht schon gäbe. Die vielen kleinen »Nationen und Natiönchen« würden von der »russischen Universalmonarchie« geschluckt. So kam es ja auch. Die EU ist der zeitgemäße (allerdings nicht autoritär geführte) Vielvölkerstaat, bloß ohne Kaiser. Aber wer sagt das unseren Slawen? Vaclav Klaus nicht. Und Palacký ist tot. Seit 1876.

Das aber heißt, dass das »alte Europa« sich zusammmentun muss. Josef Oleksy, der wunderbar witzige und wohltuend zynische polnische Kugelblitz, der sein Land im Konvent vertritt, mag dagegen sein. Sei's drum. Jacques Delors hatte recht. Sein Konzept der »variablen Geometrie« muss jetzt zum Zug kommen. Frankreich, die Benelux-Staaten und Deutschland müssen anfangen, andere werden folgen. Lasst Blair mit den Osteuropäern EFTA spielen. Wir betreiben die Festigung des Kerns. Liebe Grüße an George W. Bush.

KLAUS HARPPRECHT

Die Glosse:

Ami, come home!

In den besseren Kneipen der Hauptstadt raunt man sich zu, der Finanz-Senator von Berlin, der auf den herausfordernden Namen Sarrazin hört, habe vom Bundeskanzler zu fortgeschrittener Stunde verlangt, er möge den Vereinigten Staaten so rasch wie möglich den Krieg erklären – um *stante pede* zu kapitulieren, freilich nur unter der Bedingung, dass die Amerikaner ihre alten Pflichten und Rechte in Berlin wieder übernähmen: einen anderen Weg aus der Misere und der erdrückenden Verschuldung seiner Stadt, rief der sonst eher strenge Herr, sehe er wirklich nicht.

Und die Bundesregierung, habe Schröder gefragt, was und wohin mit dem Bundestag, dem Heer der Bürokraten, den Medien-Bataillonen? »Zurück nach Bonn!«, habe der Senator geschnarrt. Der Bundespräsident könne, um im vereinten Vaterlande präsent zu bleiben, nach Potsdam ziehen, ins Sanssouci, womit auch die Unterhaltskosten für Friedrichs Sommerpalais geregelt würden.

Womöglich wäre dies obendrein die Patentlösung, um die schwelende Verstimmung zwischen dem Kanzler und dem amerikanischen Präsidenten zu ersticken? Macht Berlin nicht ein bisschen mehr daher als das staubige Bagdad?

Der deutsche Regierungschef könnte Bush junior zu verstehen geben, er fände es köstlich, wenn George *Doubleyou* persönlich die Siegesparade Unter den Linden abnähme, stolz und stramm der glorreichen Armee salutierend, die mit klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor marschierte, am Sowjet-Denkmal in der Straße des 17. Juni vorbei über den Ernst Reuter-Platz und den Kurfürstendamm bis zur Clay-Allee in ihre alten Kasernen: Der texanische Triumphator dürfe gewiss sein, dass ihm die Alt- und Neu-Berliner voller Entzücken

zujauchzen würden. Sein künftiger Hochkommissar sei eingeladen, das Kanzleramt in der Willy Brandt-Straße zu beziehen. Was ihn, Gerhard Schröder, betreffe, kehre er nicht ungerne ins Schaumburg zurück (ins alte Palais, versteht sich, nicht in Ehmkes schwarze Zwingburg). Oft habe er mit der Versuchung gekämpft, am Zaun seines postmodernen Amtssitzes zu rütteln – von innen. In der Tat: mancher meint, er habe des nächtens den Bittruf: Lasst mich hier raus! gehört.

Alte Allianzen auf ein renoviertes Fundament stellen

Aber nichts da. Es wird hier geblieben. Doch es kann – dies im Ernst – wahrhaftig keine Schande sein, wenn Schröder den Amerikanern gelegentlich zu verstehen gibt, dass sie in Deutschland und besonders in Berlin vermisst werden – am besten durch die Vermittlung Colin Powells, der in Germanien stationiert war (wenn er noch Minister ist).

Der Kanzler soll kein Geheimnis daraus machen, dass wir uns nach den guten Tagen sehnen, in denen ein Mann vom Format Shephard Stones das ASPEN-INSTITUT oder ein intimer Kenner der deutschen Verhältnisse vom Schlage John Kornblums die Botschaft dirigierte. Shep Stone hat uns lang schon verlassen, aber Kornblum hält sich, zu unserem Vergnügen, noch immer in Berlin auf, anderen Geschäften nachgehend: seinen Rat sollte man einholen, wie nach dem Ende des Irak-Debakels nicht nur die deutsch-amerikanische, sondern die europäisch-amerikanische Allianz insgesamt auf ein renoviertes und solides Fundament gestellt werden könnte.

Soviel ist deutlich: Die alte NATO funktioniert nicht länger als das geschmeidige politisch-militärische Instrument, das den Kalten Krieg und seine Krisen mit solch bewundernswerter Verlässlichkeit und Flexibilität gemeistert hat. Sie ist im Begriff, an ihren Erfolgen zu scheitern. Als eine Art

Versicherungsgenossenschaft wird sie ohne Zweifel weiter bestehen, und es ist sehr wohl verständlich, dass die osteuropäischen Völker ihre Freiheit eher vom mächtigen Amerika als von Deutschland und Frankreich garantiert sehen.

Doch in der quälend langen Vorbereitung des nahöstlichen Dramas wurde leider auch offenbar, dass weder die Amerikaner noch die Europäer der Versuchung widerstanden, sich innerhalb des Bündnisses in Sonderallianzen zusammenzuschließen. Der Präsident der Vereinigten Staaten sprach – vielleicht die Konsequenzen nicht gründlich genug bedenkend – von wechselnden Koalitionen, die jeweils den Veränderungen der Interessen angepasst würden.

Sein Verteidigungsminister, dem niemand eine Neigung zu diplomatischer Sensibilität nachsagen wird, demonstrierte mit einigen harten Paukenschlägen, was gemeint sein könnte: In der erhitzten Debatte über die rechte Irak-Strategie hielt er es lieber mit dem »neuen Europa«, wie er so taktvoll sagte, statt mit dem »alten« der Franzosen und der Deutschen.

Mr. Rumsfeld dürfte auch der Arrangeur der Solidaritätsadresse sein, die von den Kandidaten der Europäischen Union mit einiger Verspätung der problematischen Erklärung der Elf um Blair, Aznar und dem strampelnden Berlusconi nachgereicht wurde. Als die Türkei so hartnäckig um eine Nutzgebühr für ihre Militärflughäfen feilschte, ließ er die amerikanischen Nachschub-Geschwader für den Nahen Osten kurzerhand auf rumänischen Basen landen.

Doch selbst ein eher robuster Kopf wie der des Pentagonchefs kann sich kaum der Einsicht entziehen, dass die aufgeschwemmte neue NATO nicht dieselbe Effizienz aufweist wie das historische Bündnis. Weil sich die Minderung der Qualität durch die Quantität leicht errechnen ließ, nahmen es die Russen schließlich so gleichmütig

hin, dass die Allianz weit in den einstigen Ostblock bis zu den russisch-weißrussisch-ukrainischen Grenzen expandierte. Vielleicht will Wladimir Putin auch sacht erproben, ob sich hier für Russland selber ein Weg zum Westen öffnet. Damit würde sich die Vision des großen amerikanischen Historikers Henry Adams – Enkel und Ur-enkel zweier Präsidenten der Vereinigten Staaten – erfüllen, der vor genau hundert Jahren in seiner brillanten Autobiographie den kühnen Gedanken erwog, dass sich vielleicht eines fernen Tages auch Russland der atlantischen Welt anschließen könne.

Ein regierungs- und handlungsfähiges Europa

Die Kernstaaten der Europäischen Union streben, kein Zweifel, nach einem gewichtigeren Status im Bündnis. Das setzt voraus, dass sie endlich eine europäische Streitmacht formieren, die den Namen verdient. Ohne eine durchgreifende Reform ihrer Armeen und ohne finanzielle Opfer für die Verteidigung wird dies nicht gelingen.

Die Europäische Verfassung, die der Konvent von Brüssel unter der energischen Leitung seines intellektuell so vitalen Präsidenten Giscard D'Estaing zu entwerfen hat, muss klare Voraussetzungen für die gemeinsame Sicherheit unter einem integrierten Kommando und für die gemeinsame Außenpolitik unter einer personell definierten und vor allem einer kraftvollen Autorität schaffen. Europa braucht, wenn es in Washington als Partner respektiert werden soll, die berühmte Telefon-Nummer, nach der sich einst Henry Kissinger mit dem Unterton verächtlicher Ironie erkundigt hat.

Nur ein verfasstes, regierungs- und handlungsfähiges Europa könnte den Präsidenten der Vereinigten Staaten davon abhalten, die Stabilität der »Weltordnung« – die immer ein beklagenswert unzulängliches, brüchiges und gefährdetes Gebilde

sein wird – durch seinen missionarischen Aktivismus und seinen manichäischen Alarmismus immer neuen Erschütterungen auszusetzen, statt sich der Mühsal konstruktiver Arbeit – zum Beispiel an einem israelisch-palästinensischen Ausgleich – zu unterziehen. Der Terrorismus darf uns nicht davon abhalten, den Pflichten des Alltags der Weltpolitik zu genügen, das heißt: unverdrossen die vielzitierten Apfelbäumchen Martin Luthers in unseren Gärten zu pflanzen.

Die Europäische Union wird freilich dem Schicksal der Paralyse durch Überexpansion (das die NATO so gründlich schwächt) nur entgehen, wenn die Verfassung von Brüssel die engere Integration einer Kerngemeinschaft erlauben wird: Euro-land ist ein Beispiel.

Große Präsidenten förderten Europa

Weitblickende Amerikaner, die es immer noch gibt – im Kongress, in der Diplomatie, in den Streitkräften, in der Wirtschaft, vermutlich sogar in den Geheimdiensten – werden den Präsidenten der Vereinigten Staaten und seine Gehilfen eindringlich davon warnen, die schüchtern wachsende Solidarität der Europäer mit Lockungen und Pressionen auseinander zu dividieren, wie sie's beim Aufbau der »Drohkulisse« im Nahen Osten unternahmen: leider Gottes mit deprimierendem Erfolg.

Die großen amerikanischen Präsidenten und Außenminister der Nachkriegsepoche aber haben stets die europäische Einheit ermutigt, ja sie haben ihr oft durch sanften oder unsanften Druck auf die Beine geholfen. Sie dienten damit auch den langfristigen Interessen der Vereinigten Staaten.

Wer »Ami, come back!« sagt, flirtet nicht nur mit verklärenden Nostalgie. In Wahrheit hofft er, dass Amerika endlich wieder zu sich selber zurückkehre – und damit auch zu uns.

b. Ansichten

KARIN PRIESTER

Wir brauchen keine Waffenschmiede der Demokratie Über manichäisches Denken in der Außenpolitik

In den Stellungnahmen und Verlautbarungen zum Krieg gegen den Irak fällt auf, welche hohe Bedeutung auf amerikanischer Seite dem Terroranschlag vom 11. September 2001 zugemessen wird. In einem kriegsrechtlich nicht greifbaren Sinne scheinen sich die USA seitdem im Kriegszustand zu befinden. Die Frage ist nur, gegen wen. Eine Antwort könnte lauten, dass ein de-territorialisierter, in den Kategorien von Raum und Land nicht greifbarer Feind gewissermaßen verstaatlicht oder verräumlicht werden muss, um schnelle Erfolge vorweisen zu können.

Die zweite, näherliegende Antwort lautet: Es geht gar nicht primär um den internationalen Terrorismus, sondern um eine längst anstehende geopolitische Neuordnung nicht irgendeiner, sondern just dieser Region mit ihren Erdölvorkommen und ihrer strategischen Bedeutung als westlicher Brückenkopf. Dann wäre der 11. September nur der psychologische Vorwand für die ohnehin anstehende Arrondierung von Einflussphären in einem bisher renitenten geographischen Raum. Es irritiert, dass hier zwei unterschiedliche Probleme ineinander geschoben werden. Der Krieg der Territorialmacht USA gegen einen »entorteten« Feind ohne Territorium, ohne Hauptstadt und Truppenverbände wird an eine räumlich fixierbare Adresse verlagert – an einen bereits besiegten Gegner, der seinen Abrüstungsaufgaben bisher nicht glaubhaft nachgekommen ist. Beide Probleme, die terroristische Bedrohung und die Abrüstung des Irak, sind aber, wenn auch auf unterschiedliche Weise, mit dem

arabisch-islamischen Kulturkreis verbunden. Dies erleichtert die Konstruktion eines einzigen, gewaltigen Gegners, der als abstrakte Synthese unterschiedlicher Bedrohungsszenarien metaphysische Dimensionen annimmt als das Böse schlechthin.

Irritierend an der Politik des Präsidenten George W. Bush ist auch die religiös aufgeladene Rhetorik von »Kreuzzug« über »Schurkenstaaten« bis zum »Kampf gegen das Böse«. Dass sich die USA als Gottes eigenes Land begreifen und daraus eine besondere Stellung im Schöpfungsplan ableiten, gehört zur Geschichte dieses Landes von Beginn an. Die USA sind keineswegs, wie gemutmaßt wurde, dabei, sich zu entsäkularisieren, sondern haben Religion und Staat immer schon als allianzfähig betrachtet. Man mag die zivilreligiösen Manifestationen, den *pledge of allegiance*, den Fahnenkult bis hin zum Straftatbestand der Fahnenentweihung (*flag desecration*), die diversen Bibelanrufungen amerikanischer Präsidenten von der *Gettysburg Address* bis zu Bill Clintons Beschwörung des alttestamentarischen Bundes, des *Covenant*, aus agnostischer Sicht befremdlich finden. Nur sollte man nicht glauben, der von Frankreich seit der Großen Revolution eingeschlagene republikanisch-laizistische Weg sei weniger missionarisch oder sendungsbewusst.

Neu dagegen ist die seit dem Ende des Kalten Krieges überwunden geglaubte manichäische Beschwörung eines Zweikampfes zwischen Gut und Böse, die Einteilung der Welt in eine Sphäre des Lichts und eine der Finsternis. Nun gehörte das manichäische Denken aber bis zum Zweiten Weltkrieg ins ideologische Arsenal der Gegenseite. Hitler war es, der die Welt manichäisch in gut und böse aufteilte. Und schon 1899 nannte der wahldeutsche Wagner-Schwiegersohn und alldeutsche Rassen-theoretiker Houston Stewart Chamberlain den finalen Endkampf zwischen zwei Weltanschauungen, dem Universalismus

und dem Nationalismus, »einen Kampf auf Leben und Tod«.

Die angelsächsischen Alliierten machten sich diese Sicht, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen zu eigen, dies um so leichter, als sie auf entsprechende apokalyptische Bibeltraditionen zurückgreifen konnten. Schon 1948 sah Dwight D. Eisenhower, seinerzeit NATO-Oberkommandierender und später US-Präsident, die amerikanische Intervention als »Kreuzzug in Europa«, bei dem den USA die Rolle eines »Waffenschmiedes der Demokratie« zufalle. Die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war nichts anderes als ein messianischer Kampf gegen die Mächte des Bösen, zuerst die Nazis, im Kalten Krieg dann das Sowjetimperium, den Marxismus und Sozialismus. Das Böse hatte einen Namen und lautete Totalitarismus. In der Populärliteratur sorgte die mythenreiche Fabel *Der Herr der Ringe* von John Ronald Reuel Tolkien für eine publikumswirksame, millionenfach verbreitete Optik, die die Welt in schwarz und weiß einteilt. In Mordor, dem Reich des Bösen, dem »Mörderland«, herrscht Sauron, der Herr über die Mächte der Finsternis, unterstützt von Shelob, seinem weiblichen Pendant. Seine Schergen heißen Nazgul, kombiniert aus Nazi und Gulag, aber hinreichend exotisch, um auch eine arabische Klangfärbung anzunehmen. Schließlich residiert der böse Sauron auf der Festung Barad-dûr, auch dies eher orientalistisch als russisch klingend. Dass aber auch einer der positiven Helden, Tom Bombadil, der Herr des Waldes, des Wassers und der Hügel (und der biblischen *city upon the hill*) dem Guten notfalls auch mit Bomben Nachdruck verleiht, zeigt sein Name.

Inzwischen hat der Hobbit Frodo einen Mitstreiter bekommen: Harry Potter, der Held der Bestseller von Joanne Kathleen Rowling. Auch er steht in der Tradition dieses Kampfes zwischen Gut und Böse und profitiert immer noch von der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Dumbledore, Har-

rys Beschützer, steht für demokratische und humanistische Werte. Das Böse dagegen wird verkörpert von Voldemort, was noch vage deutsch klingt (Waldemar) und gleichzeitig »Todesflug« heißt. Salazar, der geistige Vater des Schurken, erinnert nicht nur an den portugiesischen Diktator, sondern klingt auch verdächtig arabisch. Der immense Erfolg dieser Buchreihen, nicht gerechnet ihre Verfilmungen, bestärkt bei Millionen von Lesern, zu denen nicht nur Kinder und Jugendliche gehören, ein manichäisches Weltbild, simpel in seiner Zweiteilung, verständlich in seiner Botschaft, identitätsstiftend in der moralischen Bekräftigung, auf der Seite des Guten zu stehen.

Diese moralische Aufrüstung bezieht Prestige und Rechtfertigung einer zweigeteilten Weltansicht aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Sie ist die spiegelbildliche Replik auf die vorgängige, nationalsozialistische Weltanschauung und den dualen Klassenkampfgedanken und folgt der gleichen Logik. Es stellt sich aber die Frage, ob eine derart dämonisierende Weltansicht heute noch angemessen ist und man damit nicht im Banne einer weltpolitischen Konstellation bleibt, die 1989 zu Ende gegangen ist. Nicht zuletzt bestärkt sie ein Denken, das sich im Umgang mit einer komplizierteren, pluraleren Welt, insbesondere der arabisch-islamischen, nur regressiv auswirken kann.

Es gehört zum manichäischen Denken, die Komplexität der Welt auf den binären Code gut-böse zu reduzieren. Nun ist aber der islamistische Terrorismus ideologisch und praktisch etwas anderes als das gewiss nicht sympathischere Regime eines Saddam Hussein. Heutige Terroristen sind weltaggressive Aktivisten, die kein Territorium mehr verteidigen, kein Land, sondern ein anti-modernistisches Prinzip, eine geistige Idee, die den Islam für ihre Zwecke instrumentalisiert. Seit der Entkolonialisierung wurde die extensive koloniale Landnahme von der »intensiven Binnen-Kolo-

nialisierung« (*Virilio*) abgelöst, und die islamistisch-fundamentalistischen Terroristen haben sich darauf eingestellt. Das *World-Trade-Center* in New York wurde in Schutt und Asche gelegt, eine Synagoge auf Djerba, eine von zahlreichen australischen Touristen frequentierte Diskothek auf Bali – Symbole für internationalen Finanzkapitalismus, Judentum und westlichen Hedonismus. Was aber hat das mit dem Irak zu tun? Mit einem Diktator, der aus der laizistischen *Baath*-Partei hervorging und erst in jüngster Zeit einige religiöse Gesten erkennen lässt? Mit einem Land, das weder als Unterstützer des fundamentalistischen Terrorismus auftrat noch als Geldgeber oder logistisches Nachschubzentrum, mit einem Regime, das weder mit den Taliban auf eine Stufe gestellt werden kann noch mit den iranischen Gotteskriegern?

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus kann nicht Sache konventioneller Kriegsführung sein. Er erfordert andere Methoden und Strategien. Ein Krieg gegen den Irak ist daher ein untauglicher Versuch, ihn durch Verräumlichung auf den Boden zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen zurück holen zu wollen. Überdies wird der geografisch lokalisierbare Staat Irak mit eben jener religiös-messianischen Rhetorik angegriffen, der die spiegelbildliche Antwort auf den anderen Feind, den religiös-fundamentalistischen Terrorismus, ist. Ein kriegslegitimierendes Verwirrspiel, das zu durchsichtig ist, um nicht weltweiten Protest auszulösen.

Das Trauma vom 11. September wird durch einen Stellvertreterkrieg externalisiert auf einen Gegner, von dem zwar konventionelle Gefahren ausgehen, dessen Beseitigung aber die suprakonventionellen Gefahren neuer terroristischer Anschläge nur erhöhen dürfte. Zudem ist das universalistische Argument von Bush jr. und seinen Anhängern, es gehe um den Kampf für Demokratie, Menschenrechte und das universelle Gute, unterhalb der rhetorischen

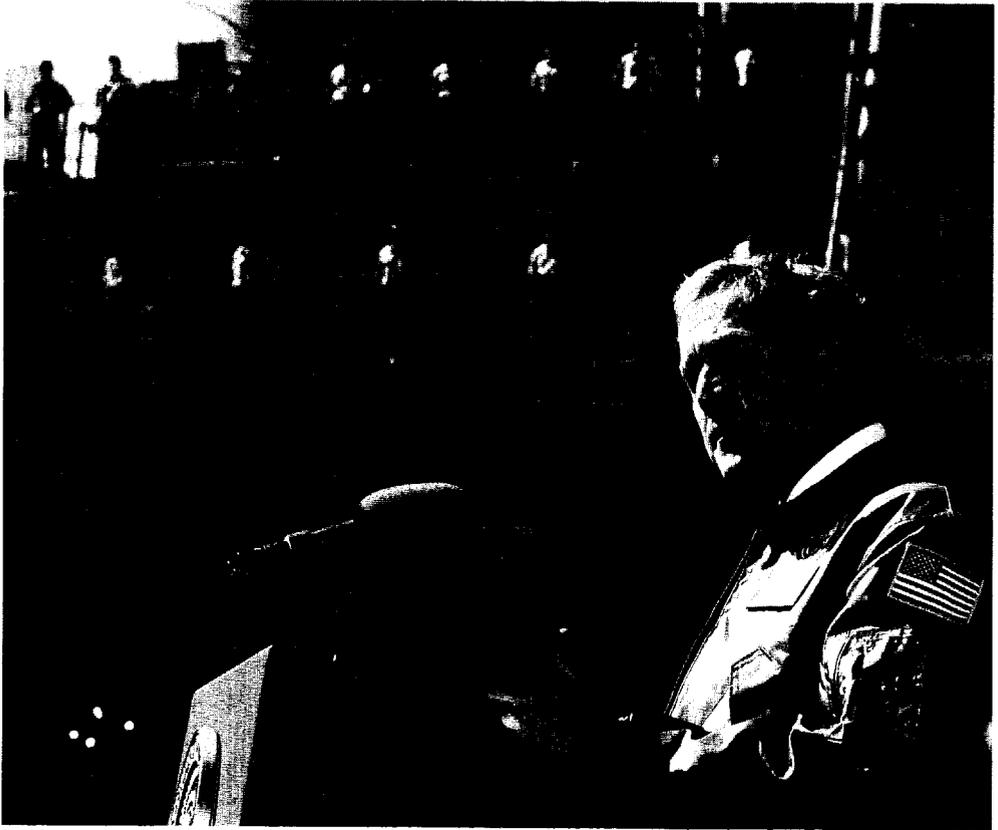


Foto: Reuters/Larry Downing

Chief-Commander Bush stellte dem UN-Sicherheitsrat das inakzeptable Ultimatum, mit ihm in den Krieg zu ziehen oder künftig als »irrelevant« wahrgenommen zu werden.

Ebene längst einer Politik des *divide et impera* gewichen. Politisch zeigte sich dies erst jüngst beim Druck auf jene osteuropäischen Länder, die sich in vorseilendem Gehorsam vorbehaltlos an die Seite der USA stellten. Theoretisch gewichtiger sind die Überlegungen eines Samuel P. Huntington, der seinem Land empfiehlt, den Universalismus doch endlich fahren zu lassen zugunsten einer Politik von Zuckerbrot und Peitsche.

Pluralistisch – multilateral

Inzwischen ist die Peitsche gezückt, dieser Krieg ist eine unilaterale Sache. Aber er gießt nur Wasser auf die Mühlen derer, die immer schon behaupteten, der Universalismus sei nur der Partikularismus des Wes-

tens. Ein Krieg, bei dem es nicht nur um Öl, sondern um die Neuordnung einer ganzen Region geht, verfehlt sein offenbar nur vorgeschobenes Ziel: den Kampf gegen den Terrorismus. Die Abertausende von Bauernpartisanen, die Mao Tse Tung noch auf seinem langen Marsch folgten, gehören ebenso der Vergangenheit an wie die heimatverbundenen Verteidiger ihres Landes gegen koloniale Fremdbesitzer. Der Nährboden des heutigen islamistischen Fundamentalismus' sind städtische Unterschichten, arbeitslose Akademiker, demografische Veränderungen in vielen arabischen Ländern, hohe Arbeitslosigkeit und Anomie. Diese Quellen des islamistischen Terrorismus' austrocknen zu wollen durch einen Angriff auf ein Land des gleichen Kultur-

und Religionskreises, heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben. Das Trauma, dass eine Großmacht ihre Bevölkerung gegen die Angriffe von »entorteten« Terroristen nicht mehr wirksam schützen kann, wird mit diesem Krieg nicht produktiv bearbeitet, sondern verdrängt.

Wenn wir in Deutschland nach 1945 den langen Weg nach Westen einschlugen, lag dies nicht, wie von rechts gern unterstellt, am »Oktroi« der Siegermächte. Vielmehr erschien uns mehrheitlich der vom »Westen«, insbesondere von den USA, vertretene pluralistische Pragmatismus am ehesten geeignet, um nach einer Zeit manichäischer Weltanschauungskämpfe der religiösen oder pseudo-religiösen Instrumentalisierung von Menschen für »letzte« Ziele ein Ende zu setzen. Pluralismus war der Schlüssel für eine freie, offene Gesellschaft, und Multilateralismus lautet seit 1989 sein außenpolitisches Pendant. Jeder Universalismus steht immer in der Gefahr, messianisch, missionarisch und sendungsbewusst zu werden, wenn eine und nur eine Macht für sich reklamiert, sein allein autorisiertes Sprachrohr zu sein. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, sich darauf zu besinnen, dass nicht nur Kriege eingeehrt werden müssen, sondern auch Weltmächte, wenn sie sich, wie einst die Deutschen mit den bekannten desaströsen Folgen, als universales Menschheitsvolk begreifen.

Der amerikanische Essayist Robert Kagan brachte kürzlich die unterschiedliche Optik auf den Punkt. Für Europäer bedeute Multilateralismus eine Form von rechtlicher Ordnung, mit der man Amerikas Macht eingrenzt. Für die Amerikaner bedeute er, Verbündete zu haben, die Amerikas Macht helfen, eine Krise gemeinsam zu bewältigen. Nun sind die Europäer aber keine römischen Föderaten, auch keine mittelalterlichen Vasallen, und es kann nicht ihre Aufgabe sein, »Amerikas Macht zu helfen«. Vielmehr gilt es, für internationale Krisen in internationalen Gremien

konsensfähige Lösungen zu finden, notfalls auch durch Eingreifmandate. Wer den Krieg einhegen will, muss auch die Macht einhegen. Aber solange Europa sich schon mit seinem eigenen Pluralismus schwer tut, schwankend zwischen abgelebten nationalstaatlichen Eigeninteressen und zynischem Defätismus wie im Kosovo-Konflikt, befördert es nur die unilaterale Selbstmandatisierung der einzigen noch verbleibenden Weltmacht.

Wenn das Land, von dem wir einst die heilsame Lehre eines pluralistischen, multilateralen Parallelogramms der Kräfte übernahmen, uns nun wieder einen messianischen Dualismus ansinnt, die Teilnahme an Kreuzzügen um letzte Dinge und damit den Rückfall ins Feindbilddenken des Kalten Krieges, dann siegt die regressive Harry-Potter-Philosophie. Was wir brauchen, ist keine »Waffenschmiede der Demokratie« mit dem dahinter stehenden, seit Eisenhower beginnenden militärisch-industriellen Komplex, sondern eine Werteschmiede internationaler Glaubwürdigkeit.

ERIC ALTERMAN
**Keine ernsthafte Debatte
in den US-Medien**

1992 veröffentlichte ich mein erstes Buch über die US-Medien, in dem ich die Ursachen für den von den USA geführten Golfkrieg 1990/91 untersuchte sowie die Bereitwilligkeit der Medien, in der breit geführten Debatte über Saddam Hussein und die Bedrohung des Weltfriedens durch den Irak die Entscheidung letztlich Präsident Bush und seinen neokonservativen Anhängern zu überlassen. 2003 veröffentlichte ich zufälligerweise wieder ein Buch über dasselbe Thema. Der berühmte amerikanische Baseball-Spieler und Philosoph Yogi Berra würde sagen: »It's déjà vu all over again«.

Ein zweites Mal sehe ich mich gezwungen, über die US-Medien berichten zu müssen, wie sie sich wieder einmal widerstandslos durch einen zweiten Präsidenten Bush dominieren ließen, der zusammen mit seinen neokonservativen Anhängern bis in alle Details die Auseinandersetzung über Krieg und Frieden in einer Art und Weise vorausplante, welche die zweite Option von vornherein ausschloss. Elf Jahre nach dem ersten Golfkrieg stellt sich das amerikanische politische Establishment die naheliegendste aller möglichen Fragen: Nicht »Krieg, ja oder nein?« – vielmehr »Krieg, jetzt oder später?« Die Idee, dass Saddam Hussein ohne Krieg gezügelt werden könne, oder dass die Vereinigten Staaten dringlichere Probleme zu lösen hätten, oder dass das »alte Europa« gute Gründe dafür haben könnte, die Krise ohne eine Invasion zu überwinden, sind Vorstellungen, die in der amerikanischen Mediendiskussion mit unverhohlenem Spott behandelt werden.

Es ist durchaus nicht so, dass die US-Medien Bush kritiklos erlaubt hätten, Unwahrheiten über das Ausmaß der Bedrohung durch Saddam Hussein zu erzählen. Einige Journalisten haben konsequent die Behauptungen Bushs und seiner Kabinettsmitglieder über die militärischen Fähigkeiten Saddams, seine Verbindungen zu Bin Laden und seine Fortschritte in der Entwicklung einer Atombombe korrigiert. Trotzdem glauben die meisten Amerikaner, dass Saddam Hussein in gewisser Weise für den 11. September 2001 verantwortlich war. Dies ist einerseits dadurch zu erklären, dass die meisten Amerikaner den Details der Außenpolitik wenig Aufmerksamkeit schenken, andererseits auch ein Zeichen für das Ausmaß, in dem man sich normalerweise hinter dem Mann versammelt, der auch gern als *commander-in-chief* bezeichnet wird. (In der Folge des 11. September waren viele in den Medien so traumatisiert, dass sie, wie Dan Rather von CBS

NEWS, sich ebenfalls hinter Bush stellten. Rather hat dies später bedauert.) Es ist aber auch zum Teil eine Reflexion der neokonservativen Strömung auf fast alle Meinungsmedien im Fernsehen, Radio, und in einem geringeren Ausmaß, Zeitungen und Zeitschriften.

Amerikanische Konservative beschwerten sich von Zeit zu Zeit darüber, dass die Medien auf Seiten der Liberalen seien und hoffnungslos voreingenommen gegenüber einem religiösen Menschen vom rechten Flügel wie George W. Bush. Darüber hinaus sagen sie, dass die »kosmopolitischen«, durch die Medien repräsentierten Eliten, in ihrem Denken und Handeln den Eliten des »alten Europa« viel näher stünden als den ehrlichen, hart arbeitenden Amerikanern. Man findet in der Berichterstattung über den Irak-Krieg nichts, was diese Sicht untermauern könnte. Angefangen vom Zorn und Spott gegenüber der Haltung von Jacques Chirac und Gerhard Schröder bis hin zur Weigerung, Argumente für eine nicht-militärische Lösung des Irak-Problems ernst zu nehmen, haben sich die Medien auf die Wiedergabe der wichtigsten Meinungen des Bush-Teams beschränkt und lediglich um deren Konturen gestritten.

Wenn die US-Medien wirklich daran interessiert wären, die Eile der Administration in Richtung Krieg kritisch zu hinterfragen, hätten sie eine unüberschaubare Menge von Material zur Verfügung, um sogar die zentralen Aspekte der Festlegung der Administration auf einen Krieg in Frage zu stellen. Wie oft aber brachten Medienvertreter in der Woche, in der Präsident Bush seine Rede an die Nation hielt und Colin Powell im Sicherheitsrat seine »Beize« gegen den Irak präsentierte, die folgenden zentralen Tatsachen vor?

Chemische und biologische Waffen. Anknüpfend an die Rede Bushs an die Nation sind »die größte Gefahr für Amerika und die Welt die verbrecherischen Regime«, »die nach atomaren, biologischen und che-

mischen Waffen streben und bereits in deren Besitz sind«. Während der Reagan/Bush-Administration setzte aber das gleiche *outlaw regime* die gleichen verheerenden Waffen gegen unschuldige Zivilisten ein und die Vereinigten Staaten schlossen davor bewusst die Augen. Tatsächlich haben wir Saddam Hussein heimlich mit dem Wissen und der Ausstattung bedacht, die für die Fortsetzung seines Krieges gegen den revolutionären Iran nötig waren. Dick Cheney und Donald Rumsfeld erschienen nicht gerade sehr erstaunt darüber. Warum also *jetzt* diese ganze Aufregung? Außerdem hat Saddam Hussein diese Waffen niemals gegen jemanden eingesetzt, der die Möglichkeiten eines Rückschlags hat.

Terrorismus: Die CIA hat vor dem Kongress wiederholt erklärt, dass sie keine Verbindung zwischen Hussein und anti-amerikanischen Terroranschlägen seit 1993 ausmachen könne. Unterdessen weissagt der Direktor der DEFENSE INTELLIGENCE AGENCY, Vize-Admiral Lowell E. Jacoby: »Konfrontiert mit einer US-Invasion im Irak, würde Präsident Saddam Hussein wahrscheinlich Raketenangriffe und Terroranschläge gegen Israel und US-Einrichtungen lancieren, vorsorglich gegen die Kurden im Norden des Landes vorgehen, und im Irak eine ›Strategie der verbrannten Erde‹ verfolgen«. Mit anderen Worten: Während die Vereinigten Staaten aktuell nicht mit einem terroristischem Anschlag rechnen müssen, werden wahrscheinlich gerade wir die Attacken gegen uns auslösen, von denen die Bush-Regierung behauptet sie vorbeugen zu wollen. Bis jetzt ist dieser Punkt in der aktuellen Debatte, die vollkommen von den Neokonservativen dominiert wird, praktisch ignoriert worden.

Glaubhaftigkeit: In den Tagen nach der Präsentation von Außenminister Powell haben sich einige seiner zentralen Aussagen als anfechtbar erwiesen. Vielleicht am peinlichsten ist die Tatsache, dass das Britische Geheimdienst-Dossier, dem Powell so viel

Bedeutung beigemessen hatte, sich als (schrecklich unvorsichtiger) Fall geistigen Diebstahls Jahrzehnte alter akademischer Artikel herausstellte. All dies wurde prompt berichtet, doch scheint dies die Glaubwürdigkeit des argumentativen Regierungsstrategie nur wenig beeinträchtigt zu haben.

Eine Angelegenheit, welche die Medien besonders beschäftigte, war die wissentliche Irreführung – besser gesagt das Belügen – des eigenen Volkes durch die Regierung, um die Nation auf Gehorsam gegenüber dem Irak einzuschwören. Die *Whitehouse*-Korrespondentin der WASHINGTON POST, Dana Millbank, vertrat auf der Titelseite die Ansicht, dass sich Bush zweifelhafter, wenn nicht gar falscher Behauptungen schuldig gemacht habe. Zu verschiedenen Anlässen behauptete die Reporterin behutsam, dass Bushs Reden »Reisen in die Phantasie« unternähmen, »sich einige Freiheit nehmen«, »Vermerke auslassen« und »einfach die Fakten übergehen«.

Aber das Problem ist weitaus drastischer als es diese Wörter vermuten lassen. Bush versuchte den Amerikanern durch die Behauptung Angst einzujagen, dass der Irak eine Flotte unbemannter Flugzeuge besitze, die zu Einsätzen gegen die Vereinigten Staaten eingesetzt werden könnten. Etwas früher hatte er behauptet, dass ein Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde irakische Pläne zum Bau einer Waffe binnen sechs Monaten offen legte. Beide Behauptungen sind falsch, aber beide wirken. Beinahe drei Viertel aller befragten Amerikaner sind der Meinung, dass Saddam im Augenblick Al Qaida unterstütze. 71 Prozent glauben, es sei wahrscheinlich, dass er selbst in die Anschläge vom 11. September verwickelt sei. Trotzdem aber sind die Amerikaner, abgesehen von ihrer Führung, im Krieg wie im Frieden hingebungsvolle Multilateralisten; sie weigern sich, eine Attacke auf den Irak ohne das Ja des Sicherheitsrates zu unterstützen.

Wären amerikanische Reporter wirklich daran interessiert gewesen, den Präsidenten und seine Repräsentanten zu einer überzeugenden Argumentationsweise anzuhalten, hätten sie, als Gelegenheit dazu war, Fragen wie diese stellen können: »Warum fangen wir einen neuen Krieg an, wenn wir bis jetzt so wenig Fortschritte in der Verteidigung unserer Heimat gemacht haben?« »Stellt dieser Krieg den Versuch dar, von der Tatsache abzulenken, dass Sie keinen Erfolg dabei hatten, bin Laden, wie der Präsident es formulierte, ›tot oder lebendig‹ zu fassen?« »Was immer es mit der ›Achse des Bösen‹ auf sich hat – können wir aufhören, uns darüber Sorgen zu machen?« »Warum dieses Hätscheln Nord-Koreas, wenn, dem Direktor der DEFENCE INTELLIGENCE AGENCY folgend, deren Streben nach nuklearer Bewaffnung ›die gravierendste Anfechtung entstehender US-amerikanischer Regionalinteressen‹ darstellt. Sollten wir uns nicht zuerst damit befassen?«

Die Liste ließe sich fortsetzen. Über die oben genannten Fragen hinaus ist es der Demut dieser Medien zu verdanken, dass Bush niemals gezwungen wurde, etwa folgende Einwände zu beantworten: Warum sind die USA dabei, einen Krieg im Irak zu führen, während sich Al Qaida in Pakistan neu gruppiert? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, dass anti-amerikanische Terroristen eher in Pakistan als im Irak nukleare Waffen finden? Warum sind all jene, die am lautstärksten den Krieg unterstützen, gleichzeitig auch die, die den rechten Flügel der LIKUD-Partei in Israel unterstützen? Und schließlich, Mr. President: Seit sich Bush gegen ein *nation-building* während seines Präsidentschafts-Wahlkampfes aussprach, welchen Beleg gibt es für die Kompetenz der Vereinigten Staaten, den Irak wiederaufzubauen, nachdem wir ihn pulverisiert haben? Wo sind die Kosten-Kalkulationen für die Jahre, vielleicht Jahrzehnte der Besatzung und des Wiederauf-

baus? Können wir von den Europäern Hilfe erwarten, nachdem Bush nichts anderes getan hat, als seine Führer zu beleidigen und auf so vielen Gebieten die Kooperation verweigerte, vom Umweltschutz – Stichwort: Kyoto-Protokoll! – bis zum Internationalen Strafgerichtshof?

Ich bin nicht der Meinung, dass sich die Medien verschworen haben, um all diese störenden Fragen und Argumente im Dunkeln zu lassen. Die Berichterstattung über den Krieg war in vielen Fällen engagiert, auch wenn sie den liberalen *touch* eines GUARDIAN in Großbritannien oder von LE MONDE DIPLOMATIQUE in Frankreich nicht hatten. Auch aus diesem Grund sind Bush, Cheney und Co. in der Lage, die USA in ihren ersten Präventivkrieg zu führen, mit minimaler Unterstützung für ihr gefährliches Abenteuer, weder im Innern noch außerhalb der USA. Eines ist klar: Das politische System der Vereinigten Staaten funktioniert momentan nicht so, wie es seine Begründer sich gedacht hatten.

EVA HOMMER

Cowboys gegen Eurowürstchen Selbst- und Fremdwahrnehmung in Europa und den USA

Das alte Griechenland gegen das neue Rom, Kants Traum vom ewigen Frieden *versus* Hobbes' Kriegszustand, Cowboys gegen »Eurowürstchen« – das Repertoire an Bildern zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen den USA und Europa ist groß. In Krisenzeiten werden die Vorurteile und Klischees, mit denen man sich gegenseitig bedenkt, regelmäßig Teil der politischen Diskurse auf beiden Seiten des Atlantiks. Nach den Erkenntnissen der Stereotypenforschung sind Fremdbilder immer auch zum Teil Selbstbilder. Woher stammen also die Vorurteile, welche die gegenseitige

Wahrnehmung von Europäern und Amerikanern bestimmen und eine konstruktive Zusammenarbeit erschweren? Inwieweit sind aktuelle europäische Reaktionen auf die Politik der Bush-Regierung beeinflusst von tradierten Vorurteilen, und wo verläuft die Grenze zwischen sachlicher Kritik und Antiamerikanismus?

Ein kurzer historischer Überblick kann – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Hinweise zu den Wurzeln europäischer Amerika-Bilder geben. Im 18. Jahrhundert ist das europäische Amerika-Bild überwiegend positiv. Die in der Entstehung begriffenen Vereinigten Staaten von Amerika werden in Werbeliteratur zur Auswanderung und in Reisebeschreibungen als Land der Freiheit, als idealisiertes Gegenmodell zu den schwierigen Lebensbedingungen in Europa gezeichnet. Das 19. Jahrhundert bringt die »Amerikanisierung« Europas mit sich und dazu auch gleich den Begriff zur Bezeichnung dieses Phänomens. Die USA und ihre Entwicklung durch Industrialisierung und Modernisierung werden zum Vorbild für europäische Staaten, als bedrohlich empfundene Entwicklungen wie die Entstehung einer Massenkultur und die scheinbare Allmacht des Geldes wirken abschreckend. Dennoch bleibt für die ersten beiden Drittel des Jahrhunderts ein europäisches Überlegenheitsgefühl gegenüber den USA bestimmend. Die Romantik prägt mit ihrer Ablehnung des Liberalismus, des Materialismus und einer als abstrakt empfundenen Freiheit einige der langlebigsten amerikafeindlichen Bilder, während zur gleichen Zeit die genannten Merkmale der amerikanischen Gesellschaft von Vertretern des politischen Liberalismus positiv bewertet werden. »Amerika, du hast es besser«, schreibt Goethe, während Heinrich Heine die Vereinigten Staaten als »ungeheures Freiheitsgefängnis« bezeichnet, das von »Gleichheitsflegeln« bewohnt wird. Die USA sind für Europa immer Spiegel für eigene Ängste und Zweifel. Dan Diner bezeichnet

Amerika als »europäische Gegenwelt«, als »komplementäre(n) Kontinent der abendländischen Zivilisation« und als »Projektionsfläche all jener Bilder und Metaphern, die der Entgegensetzung zu Europa entspringen«.

Das europäische Überlegenheitsgefühl wird ab dem Ende des 19. Jahrhunderts und besonders in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erschüttert durch den unaufhaltsamen Aufstieg, die demografische und wirtschaftliche Entwicklung der USA. Das sich verändernde Verhältnis zwischen Europa und Amerika führt in Europa auf der einen Seite zu bewundernder Übernahme vieler Elemente der amerikanischen Gesellschaft und auf der anderen Seite zur Ablehnung eben dieses Modells aus Furcht vor einer dauerhaften Unterlegenheit Europas gegenüber Amerika. Einen »Anspruch auf Restüberlegenheit« (Hartmut Kaelble) erhalten sich die Europäer zunächst noch im kulturellen Bereich im Sinne einer Gegenüberstellung der gewachsenen europäischen Traditionen und dem jungen Amerika, das europäische Kultur wenn überhaupt nur kopieren kann. Das 20. Jahrhundert ist bestimmt von den beiden Weltkriegen, die jeweils durch das Eingreifen der USA ihre entscheidende Wendung erfahren, und nach 1945 von dem Bündnis der westeuropäischen Staaten mit den USA gegen den gemeinsamen Feind, den Sowjetkommunismus. Der »gütige Hegemon« garantiert Frieden und Freiheit auf seiner Seite des Eisernen Vorhangs. Nach dem Ende des Kalten Krieges müssen die Positionen neu bestimmt werden – ein selbstbewussteres Europa steht der einzigen verbleibenden Supermacht gegenüber.

Der Begriff des »Westens« hat heute nicht mehr die Bedeutung, die ihm fast fünfzig Jahre lang zukam. Er definiert nicht mehr eine ideologisch fundierte macht- und geopolitische Einheit, die sich aus einer geteilten Bedrohung ergab. Auch wenn sich Europa nach dem 11. September 2001



Foto: Reuters/Michael Dalder

Gängiges Touristenklischee: Blondes Fräuleinwunder, mehrere bayerische Biermaß stemmend.

klar mit den USA solidarisch erklärte, sind die Analyse der weiteren Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und die Schlussfolgerungen, die aus dieser Analyse gezogen werden, in den USA und in Europa sehr verschieden. Die unter Präsident George W. Bush deutlich erkennbare Tendenz zu unilateralem Handeln zur Durchsetzung amerikanischer Politik stößt in Europa auf wenig Akzeptanz.

Kagan unterschlägt Stimmenvielfalt

Robert Kagans Analyse zufolge kollidieren hier zwei grundsätzlich verschiedene Konzepte. Europa bemüht sich um eine Weltordnung, in der die konkrete Ausübung von (militärischer) Macht überflüssig wird und durch multilaterale Organisationen, die an das Völkerrecht gebunden sind, ersetzt werden kann. Die USA verfügen als einzige Nation über ein Machtpotenzial, das groß genug ist, um internationale Konflikte lösen

zu können. Indem sie dieses Potenzial auch einsetzen, schaffen sie, so Kagans These, erst die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die von den Europäern angestrebte Weltordnung verwirklicht werden kann. So einleuchtend Kagans Darstellung auf den ersten Blick erscheinen mag, unterschlägt sie doch zum einen die Stimmenvielfalt innerhalb der Europäischen Union gerade in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und zum anderen die Existenz unterschiedlicher Strömungen auch in der US-Außenpolitik. Kagans Analyse mag zutreffen in Bezug auf die Strategie der Bush-Regierung. Sie ist somit jedoch nicht nur neutrale Untersuchung, sondern auch politisches Programm.

Genauso wenig wie die außenpolitische Position der Bush-Regierung von allen Amerikanern geteilt wird, ist europäische Kritik an der Politik der Administration notwendigerweise mit Anti-Amerikanismus

gleichzusetzen. In den europäischen Staaten existiert zweifelsohne ein unterschiedlich starker Sockel an Ressentiments gegenüber den USA – mit einer wesentlich klareren Ausprägung in Frankreich als in Deutschland beispielsweise –, aber er bestimmt nicht den dominierenden Diskurs. Differenzen in politischer, strategischer oder geopolitischer Hinsicht gehen nicht einher mit einer Ablehnung amerikanischer Werte und Lebensformen durch die Europäer. Eine anhaltend positive Wertschätzung ist auf beiden Seiten des Atlantiks im Gegenteil weiter vorherrschend. Der Vorwurf des Anti-Amerikanismus wird nicht zuletzt von den politischen Gegnern der deutschen Bundesregierung gerne benutzt, um jegliche Kritik an den Vereinigten Staaten und an der Politik ihrer Regierung abzuqualifizieren (»Gerade wir als Deutsche...«).

Doch »die Kulturbrücke steht fest«, wie Michael Naumann in der ZEIT schreibt. Die Amerikanisierung Deutschlands wird durch eine Krise in den Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Länder nicht rückgängig gemacht werden. In der Frage des Irak-Krieges repräsentieren Vertreter der amerikanischen Regierung in ihrer zum Teil sehr harschen Kritik an den Europäern und besonders an Deutschland und Frankreich nicht die Meinung der Mehrheit ihrer Bevölkerung, und die europäische Bevölkerung ist sich der Unterschiede zwischen »Amerika« und der amerikanischen Regierung sehr wohl bewusst.

»Mit Verachtung durchsetzte Gereiztheit« ist Timothy Garton Ashs Definition für amerikanischen Anti-Europäismus, doch auch diese Haltung ist keineswegs repräsentativ für die Mehrheit der Amerikaner. Hier herrscht wohl eher eine Form der Gleichgültigkeit gegenüber Europa vor, gepaart zuweilen mit einer erschreckenden Unkenntnis der Realitäten in den europäischen Staaten. Eine von der DEUTSCHEN BANK in Auftrag gegebene aktuelle Studie

über das Deutschland-Bild in den USA ergab beispielsweise, dass 60 Prozent der Befragten (100 US-Führungskräfte und 1.000 weitere US-Bürger) der Meinung sind, dass Deutschland durch extrem linke Parteien beeinflusst sei. Die meisten der Befragten waren zudem nicht in der Lage, die Zahl der Deutschen korrekt einzuschätzen. Für immerhin rund 37 Prozent der amerikanischen Führungskräfte ist Adolf Hitler der bekannteste Deutsche. Das Deutschland-Bild der Amerikaner insgesamt ist, so das Ergebnis der Studie, stark an der Vergangenheit orientiert. Dieser Tendenz auf europäischer Ebene entgegenzuwirken, wäre eine lohnenswerte Aufgabe beispielsweise für eine gemeinsame auswärtige Kulturpolitik.

Im Hinblick auf die Zukunft der transatlantischen Beziehungen steht viel auf dem Spiel. Die Europäische Union wird sich außer der Herausforderung Osterweiterung auch der Frage stellen müssen, wie sie ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten definieren möchte. Die noch immer nicht deutlich konturierte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik spielt hier eine entscheidende Rolle. Ein selbstbewusstes Europa, das mit einer Stimme spricht, muss sich nicht mit einer *Pax Americana* abfinden. Die Staaten der Europäischen Union sind durchaus in der Lage, ihre weltpolitische Verantwortung wahrzunehmen. Der Graben zwischen Europa und den USA ist breit, aber noch nicht unüberbrückbar. Auf Dauer kann die heutige globalisierte Welt nicht unilateral und im Alleingang regiert werden, sondern nur im Rahmen eines multilateralen Systems, durch *global governance*. Um diesem Ziel näher zu kommen, dürfen es die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht bei Reaktionen auf die Politik der US-Regierung belassen. Sie müssen eine eigene aktive Politik betreiben, um mit eigenen Initiativen eine realistische Alternative zu einer allein von Amerika bestimmten Weltordnung möglich erscheinen zu lassen.

c. Rücksichten

WILHELM RIBHEGGE Krieg und Frieden transatlantisch Woodrow Wilson und George W. Bush

Anfang des Jahres brachte das Nachrichtenmagazin TIME einen Beitrag seines Kolumnisten Michael Elliott, überschrieben *The Trouble with Saving the World*. Wenn Präsident Bush ankündige, hieß es dort, er wolle Frieden und Demokratie über den ganzen Globus verbreiten, so verdiene er es, ernst genommen zu werden. Aber man müsse eine warnende Anmerkung hinzufügen: »We've been here before«.

Damit spielt Elliott auf einen der Vorgänger Bushs als Präsident an, auf Woodrow Wilson, der 1917 die Amerikaner in den Ersten Weltkrieg führte und damit die Kriegswende herbeiführte. Aber nach dem Krieg ist Wilson mit seinem ehrgeizigen Programm, »to make the world safe for democracy«, ohne realistische Pläne für eine neue Friedensordnung gescheitert, die Politik des *nation building* führte nicht zu einem dauerhaften Frieden. Werde Bush erneut, fragt Elliott, wie seinerzeit Wilson, scheitern?

Nach dem 11. September hat Bush das alte Programm Wilsons wieder aufgegriffen, die Welt durch eine Politik des *nation building* neu zu ordnen, was in Afghanistan begonnen wurde. Der Einwand der Europäer sei berechtigt, dass durch den Einsatz politischer, diplomatischer und militärischer Macht tatsächlich kein dauerhafter Frieden in den durch Krisen erschütterten Weltregionen gesichert werden kann. Auch wenn man der Regierung Bush keinen Imperialismus nach alteuropäischen Mustern unterstellen sollte, ist dennoch unverkennbar, dass die neue Politik des *nation building*, die man für Afghanistan, Palästina und für den Irak betreibt, unverkennbar auf ein amerikanisches Imperium hinausläuft.

Hier setzt Elliott mit seinen Bedenken ein: »Führer wie Bush und Wilson vor ihm glauben unerschütterlich daran, dass die amerikanischen Ideale universell sind. Gewöhnliche Amerikaner finden es unmöglich sich vorzustellen, dass ihre Nation eigensüchtig oder gedankenlos oder arrogant sein könne«. Entscheidend sei, wie diejenigen das sähen, denen diese Werte aufgezungen würden. Wenn Bush nicht vorsichtiger agiere, dann stolpere er in eine Welt, in der Demonstrationen gegen die amerikanische Macht überall in der Welt selbstverständlich würden.

In einem einfühlsamen biografischen Essay hat der amerikanische Schriftsteller und Historiker Louis Auchincloss das historische und politische Debakel Woodrow Wilsons, des einundzwanzigsten us-Präsidenten, beschrieben. Der Sohn eines presbyterianischen Geistlichen begann seine Karriere zunächst als Politologe an der Universität Princeton, ehe er in die Politik wechselte, zunächst als Gouverneur von New Jersey. 1912 stellten ihn die Demokraten als ihren Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl auf. Wilson gewann mit 6,3 Millionen Stimmen gegen seine Konkurrenten Roosevelt (4,1 Millionen) und Taft (3,5 Millionen).

Der uns aus dem Krieg herausholt

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatte Wilson einen strikt neutralen Kurs eingeschlagen: »Amerika muss nicht nur deshalb ein Beispiel für den Frieden geben, weil es nicht kämpfen will, sondern weil der Friede einen heilenden und aufbauenden Einfluss auf die Welt hat, aber nicht der Streit«. Auch sein engster Vertrauter, Colonel House, lehnte die Vorstellung ab, dass es sich bei dem europäischen Krieg um einen »Kreuzzug gegen den Satan« handele. Als der demokratische Konvent 1916 Wilson für eine zweite Präsidentschaft nominierte, gab man für die Wahlkampagne die Parole aus: »The man who kept us out of war«.

Im April 1917 führte er jedoch Amerika an der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Deutschland und die Mittelmächte. Die deutsche Kriegsführung und Diplomatie hatten entscheidend dazu beigetragen, die Wende herbeizuführen, als sie den unbegrenzten U-Boot-Krieg und damit die Versenkung amerikanischer Schiffe wieder aufnahm und – ebenso plump wie dilettantisch – versuchte, Mexiko gegen die USA aufzuzwiegen. Mit einer technisch ausgeklügelten Planungs- und Versorgungsstrategie wurden zwei Millionen amerikanischer Truppen nach Europa gebracht. Wilson misstraute weiterhin der alten selbstzerstörerischen Kriegsphilosophie der Europäer, aber auch der neuen Philosophie der Weltrevolution, wie sie die bolschewistische Oktober-Revolution in Russland verkündete. Dagegen formulierte er im Januar 1918 seine »Vierzehn Punkte«. Artikel 14 enthielt das Programm einer neuen Weltfriedensordnung, die auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationen basieren sollte und die Schaffung eines Völkerbunds vorsah, der die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Staaten, der großen wie der kleinen, zu garantieren hatte.

Wilson fuhr selbst nach Europa, um sieben Monate lang an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Bei seinen Auftritten in einigen europäischen Hauptstädten wurde er als der Prophet einer neuen Weltzivilisation begeistert begrüßt. Er verstand sich als politischer Missionar, doch die europäischen Politiker, auch seine Verbündeten, begegneten ihm mit Misstrauen. Aber auch in den USA wuchs die Zahl seiner Kritiker. Bei den Wahlen im November 1918 hatte Wilson in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit verloren, auch im Senat, von dessen Zustimmung die in Paris auszuhandelnden Verträge abhängig waren. Bei den Pariser Verhandlungen bestand Wilson darauf, dass das Kernstück seines Zukunftsplans, der Vertrag

über den Völkerbund, Bestandteil des Friedensvertrags wurde.

Wie stark ist die öffentliche Meinung?

So wurde Wilson Opfer seines eigenen Idealismus. Im Auswärtigen Ausschuss des amerikanischen Senats opponierte dessen Vorsitzender, der Republikaner Cabot Lodge, gegen die Klausel 10 des Völkerbundesvertrags, die es ermöglichte, Amerika zu friedensstiftenden militärischen Aktionen im Auftrag des Völkerbunds zu verpflichten. Aber Wilson bestand auf der vollständigen Realisierung seiner Lieblingsidee – und verlor. Im September 1919 warb er während einer dreiwöchigen Redekampagne für die Annahme des Vertrags. Vor seinem Auftritt in Wichita, Kansas, erlitt er einen Schlaganfall, von dem er sich nie wieder erholte. Das restliche Jahr seiner Amtszeit verbrachte Präsident Wilson im Krankenbett oder im Rollstuhl. Der Senat lehnte den Friedens- und Völkerbundesvertrag ab, so dass die neue Weltordnung ohne die Mitwirkung der initiierten USA begann.

Der britische Militärgeschichtler Michael Howard betont, Versailles und der Völkerbund hätten letztlich keinen zusammenhängenden Plan für eine neue europäische Ordnung geliefert. Ironischerweise sei es gerade der Triumph der Demokratie in Europa nach dem Sturz der Dynastien der Romanows, der Hohenzollern und der Habsburger gewesen, der die neue Ordnung zu Fall gebracht habe. Die öffentliche Meinung habe dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Noch auf dem Wiener Kongress 1814 hätten sich Metternich, Castlereagh und Talleyrand über die öffentliche Meinung ihrer Länder hinwegsetzen können. Eine zivilisierte öffentliche Meinung zähle zu den wichtigsten Faktoren, die Kriege verhindern könnten. »Aber man kann niemals sicher sein«, bemerkt Howard, »dass die öffentliche Meinung in De-



Foto: dpa/Bildarchiv

Gründer des Völkerbundes, vom Senat zurückgepfiffen: Woodrow Wilson (l.), US-Präsident von 1913 - 1921, am Tag seiner Ablösung durch Nachfolger Warren G. Harding. Zwei Jahre lang hatte Edith Wilson für den gesundheitlich angeschlagenen Gatten die Amtsgeschäfte geführt, um den Vizepräsidenten zu verhindern.

mokratien auch wirklich zivilisiert ist; 1918 war sie es sicherlich nicht«.

Unsere eigene Erfahrung mit der Geschichte im letzten Jahrzehnt lehrt auch, dass offensichtlich noch nicht das »Ende der Geschichte« angebrochen ist, wie es nach 1989 von Fukuyama proklamiert wurde. Auch Wilson musste die Erfahrung machen, dass sich die Geschichte nicht an Lehrbücher hält, und immer wieder zu Wirkungen und Folgen führt, die nicht vorhersehbar sind und die auch ein amerikanischer Präsident nicht wie ein politischer Chirurg und Demiurg steuern kann.

Einer der ersten Fälle, bei denen Wilson die neue Politik des *nation building* anwandte, war Deutschland. Die deutsche Regierung hatte im Oktober 1918 ihr

Waffenstillstandsersuchen an Wilson gerichtet, nicht an dessen Verbündete in Europa. In dem darauffolgenden Notenwechsel quer über den Atlantik verlangte Wilson von Note zu Note immer entschiedener und unverhohlener die Absetzung Kaiser Wilhelms II. als Vorleistung für einen Waffenstillstand. In Deutschland waren es besonders die Sozialdemokraten, die ihre Hoffnungen auf Woodrow Wilson setzten. Es war der sozialdemokratische »Wilsonianer« Philipp Scheidemann, der nach den unmissverständlichen Aufforderungen Wilsons an die Deutschen, den Kaiser zu stürzen, am 9. November 1918 gegen den Willen seines zögerlichen Parteifreunds Friedrich Ebert die deutsche Republik ausrief.

Scheidemann fühlte sich von Wilson fallengelassen

Trotz Warnungen aus seiner eigenen Fraktion erklärte der Reichskanzler Scheidemann am 16. Mai 1919 auf der Sondersitzung der Deutschen Nationalversammlung, dass der Versailler Vertrag »unannehmbar« sei und trat zurück. Damit hatte es Wilson nicht geschafft, in Deutschland seinen demokratischen Anhängern den Rücken zu stärken. Sie fühlten sich wie Scheidemann bloßgestellt und fallengelassen. Die nationale Rechte in Deutschland verband seitdem den Kampf gegen Versailles mit dem Kampf gegen die Weimarer Demokratie.

Howards Essay über die *Erfindung des Friedens* geht davon aus, dass jahrhundertlang der Krieg eine feststehende Einrichtung war, dass aber seit dem 18. Jahrhundert unter dem Einfluss der Aufklärung eine im Kern bürgerliche Bewegung einsetzte, die – auch aus der eigenen wirtschaftlichen Interessenlage heraus – den Frieden als ein neues Ziel internationaler Politik »erfunden« habe. Man ging von der Hoffnung aus, dass sich der Grundsatz innergesellschaftlicher Zivilität auch auf die globale Gesellschaft übertragen lasse. Aber diese Zivilität, so Howard, blieb immer gefährdet. Das habe sich bei der nationalen Kriegsstimmung der europäischen Länder vor dem Ersten Weltkrieg gezeigt, wie auch später bei der Hinwendung bürgerlicher Kreise in Deutschland zum Nationalsozialismus auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise.

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es mit der Gründung der Vereinten Nationen einen neuen Ansatz für eine friedliche Weltordnung nach den Mustern der Aufklärung gegeben. Erneut übernahmen dabei die USA die führende Rolle. Der Kalte Krieg sollte dem neuen Weltfrieden bald ein Ende setzen, auch wenn sich der Westen zumindest erstmals zu einer wirklichen kulturellen Gemeinschaft zusammenfand. Nach 1989 hat sich erneut eine Chance für eine Weltfriedensordnung eröffnet. Doch

die bürgerlich-urbane Gesellschaft des Westens, so Howard, habe in der übrigen Welt keineswegs den entsprechenden Gegenpart gefunden. Die nicht-urbanen Massen anderer Kontinente könnten sich nur schwer mit den demokratischen Überzeugungen des Westens identifizieren. In den islamischen Ländern könne die Reaktion auf die Kulturträger des Westens sehr leicht in eine feindliche Haltung umschlagen: »In vielen Staaten der Dritten Welt waren autoritäre Regime in der Lage, ihre Macht dadurch zu erobern und zu behaupten, indem sie eine politische Bewegung gegen die Modernisierung anführten«.

Wie wirksam sind *pre-emptive strikes*?

Zu den Faktoren, die in der Gegenwart zur Gefährdung des Friedens beitragen können, zählt Howard überraschenderweise auch die Erosion des Nationalstaats. Es sei vielleicht paradox, aber der Staat mache nicht nur den Krieg, sondern eben auch den Frieden möglich. »Der Staat ist der einzige wirksame Mechanismus geblieben, durch den Völker sich selbst regieren können«. Die Erosion staatlicher Autorität sei wenig geeignet, die internationale Ordnung zu stärken, nach wie vor seien es die Einzelstaaten, die durch ihre Unterstützung die internationale Ordnung garantierten. Es würden noch Generationen vergehen, bis es einmal supranationale Autoritäten gäbe, die von ihren Mitgliedern die gleiche Loyalität verlangen könnten wie einzelne Staaten heute von ihren Bürgern. Leider sei Frieden eben nicht die »natürliche« Ordnung der Dinge; er sei vielmehr »künstlich« und von daher höchst anfällig.

Kritisch bewertet Michael Howard auch Bushs Strategie der präventiven Verteidigung und unilateralen Aktion nach dem Attentat des 11. September 2001, wonach der Krieg auch auf alle Staaten ausgeweitet werden sollte, die den Terrorismus als Mittel einsetzten, also nicht nur gegen nicht-

staatliche Organisationen wie Al Quaida, sondern auch gegen feindlich gesinnte Staaten, die chemische, biologische und nukleare Waffen herzustellen imstande seien.

Howard bezweifelt die Rationalität solcher Vorstellungen wie der von der »Achse des Bösen«. Sie verkennen die Art des terroristischen Angriffs. In dem Angriff von Al Quaida seien keine rationalen ökonomischen oder politischen Ziele erkennbar gewesen. »Es war ein Krieg gegen das »Böse«, der nur eine eschatologische Lösung haben konnte«. In einer Art von Psychose hätten die Amerikaner in gleicher Manier geantwortet, während bei den europäischen Alliierten die amerikanische Reaktion auf das Attentat nur Verwirrung auslöste. Aber ist eine Politik des *pre-emptive strike*, verbunden mit der Absetzung der Regime der *rogue-states* überhaupt wirksam?

Kritiker der amerikanischen Politik, nicht nur in Europa sondern auch in den USA, befürchten stattdessen, dass die amerikanische Versessenheit auf eine militärische Lösung des »Kriegs gegen den Terror« das Problem nicht an den Wurzeln erfasse, sondern die Dinge noch zum Schlechteren wende. Die Europäer sind sich bewusst, dass der Friede, den man erhalten wolle, zweifellos äußerst prekär sei, und dass die gegenwärtige Situation durchaus der des Kalten Krieges ähnelt, als militärischer Einsatz und die darauf folgende Eskalation klug vermieden werden konnten. Auch heute gelte es so zu handeln, betont Howard, damit es nicht zum »Kampf der Kulturen« komme. Krieg zu führen sei keine Lösung für die gegenwärtigen Probleme des Westens. Man brauche eine kluge Politik mit einem breiten Instrumentarium, in Kooperation mit anderen Staaten, um die Terroristen auch in der islamischen Welt zu isolieren. Die Alternative dazu wäre ein Krieg ohne Ende, der leicht zu einem direkten, wenn auch asymmetrischen, Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen eskalieren könne.

BENNO ENNKER

Appeasement oder Präventivkrieg – die falsche Alternative

Der amerikanische Präsident George W. Bush und der britische Premierminister Tony Blair haben in den vergangenen Monaten wiederholt den Nimbus Winston Churchills bemüht, um die heutige Frage von Krieg und Frieden zu beurteilen. Unlängst hat sich auch der US-Historiker J. Herf (in der F.A.Z. vom 11. Februar 2003) in gleichem Sinne auf die Autorität Churchills berufen, der als personifizierte Alternative zur *Appeasement*-Politik der Zwischenkriegszeit gilt. Herf empfiehlt den Deutschen die nachholende Lektüre von Churchills *The Gathering Storm*. Dessen Fehlen im intellektuellen Leben Nachkriegsdeutschlands bringt er in Verbindung mit der Weigerung von Linken und Liberalen der Bundesrepublik während der 80er Jahre, im Ost-West-Konflikt die Politik der Stärke, also der atomaren Aufrüstung zu unterstützen. Diese aber habe gerade am Ende des Kalten Krieges zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Auflösung des Sowjetblocks geführt. Mit Blick auf die heutige Entscheidung über Krieg und Frieden in der Irak-Krise empfiehlt Herf den Deutschen »Churchills Vermächtnis« ganz im Sinne von Bush und Blair zu beherzigen. Denn in dem erwähnten 1. Band aus Churchills Memoiren über den Zweiten Weltkrieg (1948) werde die Auffassung vertreten, ein entschiedenes militärisches Auftreten oder eine präventive Besetzung Nazi-Deutschlands 1938 hätte die weitaus größere Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust verhindern können.

War also die von Churchill vorgeschlagene Alternative zur Beschwichtigungspolitik der Zwischenkriegszeit ein Präventivkrieg gegen Nazi-Deutschland? Der Leser könnte aus Herfs Darstellung den Eindruck gewinnen, Churchill hätte 1938 als damals machtloser Kritiker der *Appeasement*-Politik

des britischen Premiers Neville Chamberlain wirklich für eine »präventive Besetzung Nazi-Deutschlands« plädiert. Tatsächlich ist von Präventivkriegsplänen bei Churchill in jener Zeit keine Rede. Er hatte gefordert, die französische Regierung zu militärischer Drohung und notfalls Intervention gegen Hitlers Rheinland-Besetzung zu veranlassen. Das wäre nach den damaligen internationalen Verträgen eben kein Präventivkrieg gewesen. Über Churchills Vorschlag als Alternative zu Chamberlains *Appeasement*-Politik angesichts von Hitlers Bedrohung der Tschechoslowakei von 1938 vermerkt das Kabinetts-Protokoll vom 12. September 1938: »*Mr. Churchill's proposition was that we should tell Germany that if she set foot in Czechoslovakia we should at once be at war with her*« (Zitat nach Roy Jenkins: Churchill, London u.a. 2002, S. 525). Dies ist ein klares Kriegsumultatum, begründet aus bestehenden Bündnisverpflichtungen und gerichtet gegen eine akute Aggression. *Appeasement*-Politik hat kaum jemals den Präventivkrieg zur Alternative gehabt – bis auf eine hypothetische Floskel aus der Nachkriegsperspektive, aus der Churchill seine Memoiren schrieb.

Herf aber stellt die Frage eines Präventivkrieges gegen Nazi-Deutschland in einen aktuellen Zusammenhang. Tatsächlich ging es historisch um die Alternative: *Appeasement* oder kollektives Sicherheitssystem in Europa?. Gegen den Münchener Vertrag von 1938, mit dem England und Frankreich die Tschechoslowakei an Hitler preisgaben, verteidigte Churchill mit seinem Vorschlag gerade das kollektive Sicherheitssystem. Er tat dies nicht mit einem Präventivkriegsvorschlag, sondern mit der Forderung, die Bündnisverpflichtungen auch militärisch einzuhalten, darin ausdrücklich die Sowjetunion einzubeziehen und damit Nazi-Deutschland durch dieses kollektive Sicherheitssystem zu stoppen. Das war Politik und nicht einfach Präventivkrieg. Ob der Weltkrieg damit verhindert worden wäre, kann

niemand sagen. Jene Generäle und Feldmarschälle im deutschen Generalstab, die 1938 in Opposition zu Hitler standen, glaubten es jedenfalls und verbanden damit den Plan, ihn zu stürzen. Ein »Regime-Wechsel« also, durch kluge Politik ermöglicht. Auch sie scheiterten an München.

Unter diesem Aspekt spielte – entgegen der Meinung Herfs – München und die *Appeasement*-Politik in den Debatten Nachkriegsdeutschlands durchaus eine Rolle: als definitive Liquidierung der Politik kollektiver Sicherheit, um Hitlers Expansion einzugrenzen und »verpasste Chance« in der aussichtsreichsten Konstellation, ihn zu stürzen. Dem gegenüber ist die Frage eines Präventivkrieges gegen Deutschland abstrakt gewesen. Allerdings ist Churchill immer von einem konkreten Feind Hitler ausgegangen, den er zu definieren vermochte, weswegen es ihm gelang, eine politische und militärische Strategie gegen ihn zum Sieg zu führen.

Saddam Hussein dagegen ist in der amerikanischen Wahrnehmung längst zu einem absoluten Feind geworden, der offensichtlich alle Definitionsfähigkeiten übersteigt: »Als erster Diktator seit Hitler vereint Saddam Hussein in seiner Politik Elemente des europäischen Faschismus und Stalinismus.« (Herf) Eine solche Feinddefinition, in der alle historischen Epochen und regionalen Kulturen durcheinandergeworfen werden, spottet jeder Beschreibung. Es ist die übliche Dämonisierung, die nur die Unfähigkeit zur Politik bemäntelt. Nicht dass Saddam Hussein weniger verwerflich wäre, nur wird »das Böse« durch Teufelsaustreibung nicht besiegt werden. Vielmehr wird es durch einen Angriffskrieg, der die Legitimität der internationalen Rechtsordnung zerstört, vervielfacht werden.

Hier, in der Feindwahrnehmung, zeigt sich schließlich auch die entscheidende Differenz, die heute zum Auseinanderdriften zwischen Europa und den USA geführt hat. Herfs Artikel erinnert an die Differenz

in der Wahrnehmung der Ursachen für das Ende des Ost-West-Konflikts. Die europäische Erfahrung des Kalten Krieges und seines Endes ist nicht trennbar von dem Beziehungswandel, den dabei die Feindverhältnisse durchgemacht haben: Entspannung, Rüstungsbegrenzung, Abbau des Feindbildes, bilaterale und multilaterale Verträge bis zur KSZE-Akte, bis die KSZE-Charta und die Auflösung des Warschauer Paktes 1991 die Auflösung des tödlichen Ost-West-Gegensatzes dokumentierten. Gewiss hat es dabei auch die militärische Seite, die Bündnisgarantien, eben die Gewaltdrohung gegeben. Aber warum ließ die Disziplinierungsfähigkeit der beiden Blöcke auf beiden Seiten in den 80er Jahren nach, warum sah sich die Sowjetunion noch vor dem Ende der Konfrontation veranlasst, die Breschnew-Doktrin aufzuheben?

Die Mobilisierung der Angst vor dem Feind hatte ihre Kraft verloren, weil dieser über die vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen längst seine dämonischen Züge eingebüßt hatte. Die in den USA dominierende Sicht kann nur die eine Seite erkennen, wie J. Herf zeigt: Hiernach ist das Ende des Kalten Krieges einfach durch die militärische Überlegenheit errungen worden. Diese dürftige Lehre wurde nun zur Militärdoktrin des Präventivkrieges ausgeweitet. Das ist aber keineswegs die Konsequenz aus den katastrophalen Folgen der *Appeasement*-Politik der 30er Jahre, es ist auch nicht deren historische Alternative gewesen.

Es war schon immer zweifelhaft, ob die Geschichte eindeutige Lehren für die Gegenwart bereit hält. J. Herf jedoch teilt nun die deutschen Politiker der heutigen Kriegsdiskussion und der Debatten um die Mittelstreckenraketen (1981-83) in solche, die Churchills Lehren aufnehmen, und solche die sie ignorieren. So eindeutig konnte Churchill seine Schlüsse aus der Geschichte kaum empfinden. Bekanntlich fand er nach dem Sieg über Hitler und angesichts

der neuen Frontstellung gegen Stalin, man habe vielleicht »das falsche Schwein geschlachtet«. Der Nimbus des standhaften Churchill sollte nicht übertrieben werden. Er war 1944/45 ja nicht frei von *Appeasement* – diesmal gegenüber Stalin – gewesen, als er Polen preisgab. (Dies in einer Churchill-Biografie zu vermerken, wie es John Charmley 1993 tat, gilt in Großbritannien immer noch als »revisionistisch«.) Übrigens fast sämtliche jener deutschen Politiker, die Herf als Kronzeugen einer Anti-*Appeasement*-Politik (1983) anführt, fallen für die Rolle als Protagonisten der angeblichen Alternative des Präventivkrieges in der heutigen Situation aus: Sowohl Heiner Geißler (CDU) als auch Helmut Schmidt (SPD) gehören mittlerweile zu den schärfsten Kritikern des Kurses der USA.

Die missglückte Beweisführung, nach der die Alternative zu *Appeasement* im Präventivkrieg bestehe, lässt es dem Historiker J. Herf plausibel erscheinen, »dass man einen Krieg mit dem Irak für das Frühjahr 2003 ins Auge fasst«. Wie immer, wenn »eindeutige Lehren« aus der Vergangenheit gezogen werden, gerät »Geschichte« zur Agitation.

Bangladesh

Ohne Gift und Chemie

In Bangladesh ist die moderne Landwirtschaft ein zweischneidiges Schwert. Zwar steigert industrielles Saatgut den Ertrag, doch vergiften dafür notwendige Pestizide Flüsse und Böden. Die Bewegung Neue Landwirtschaft (UBINIC) setzt auf nachhaltigen/zukunftsfähigen Anbau einheimischer Pflanzen und schult Bäuerinnen und Bauern in ökologischer Landwirtschaft. Ganze Dörfer haben sich inzwischen zu Öko-Dörfern ohne Gift und Chemie erklärt.

Brot
für die Welt
Ein Stück Gerechtigkeit

Helfen Sie uns dabei
mit Ihrer Spende:
Postbank Köln
Konto 500 500-500
BLZ 370 100 50

JOSEF THOMAS GÖLLER

Ein dauerhaftes System der allgemeinen Sicherheit

Zur Beziehungsgeschichte USA – UNO

Die Vierzehn-Zoll-Geschütze des britischen Kriegsschiffes *Prince of Wales* feuern ihre schwere Ladung in den strahlend blauen Sommerhimmel. Dampf grollen die Salutschüsse über die verhaltenen Wogen der Bucht von Argentia vor der Küste Neufundlands. Aus den Kehlen der Matrosen erschallt rau das Lied *Onward Christian Soldiers*. Mit einer dem Krieg angepassten »Feuertaufe« wird am 12. August 1941 das Ergebnis von zweitägigen Geheimverhandlungen zwischen den USA und Großbritannien gefeiert: die Atlantik-Charta.

Das dürre Moralpapier mit seinen acht Grundsätzen, das zwei Tage später veröffentlicht wird, ist das Geburtsdokument der Vereinten Nationen, die sich wenige Jahre später in ihrer Satzung als oberstes Ziel setzte, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren«.

Der britische Premierminister Winston Churchill war mit dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt auf der *Prince of Wales* in diesem entlegenen Winkel des Nordatlantik ursprünglich zusammengekommen, um mit ihm über amerikanische Hilfe für England zu beraten. Heraus kam aber die nach ihrem Verhandlungsort benannte Atlantik-Charta, in der sich beide Staaten zum Ziel setzten, nach der »endgültigen Zerschlagung der Nazi-Tyrannie ein umfassendes und dauerhaftes System der allgemeinen Sicherheit« aufzubauen. Im September 1941 stimmte auch die Sowjetunion dieser Erklärung zu. Bis zum 1. März 1945 traten fast alle nicht mit Deutschland und Japan verbündeten Staaten der Atlantik-Charta bei. Der Antrieb, eine Weltorganisation zur Sicherung des Friedens zu gründen, resultierte zum zweiten Mal aus einem von Deutschland verursachten Weltkrieg.

Und wieder war es ein amerikanischer Präsident, der die Initiative dazu ergriff: Nach dem ersten Weltkrieg war der Völkerbund Woodrow Wilsons Idee und 1941 die UNO eine Vision Roosevelts. Persönlich tragisch: Der amerikanische Kongress verweigerte Wilson den Beitritt der USA zum Völkerbund mit den gleichen Argumenten, die heute gegen die UNO zu hören sind, nämlich, dass sich Amerika in seinen außenpolitischen Entscheidungen nicht anderen Mächten unterwerfen sollte. Roosevelt hingegen erkannte es als einen schweren Fehler, dass die USA dem Völkerbund ferngeblieben waren, starb aber am 12. April 1945 wenige Tage bevor die neue Weltorganisation UNO in San Francisco offiziell gegründet wurde.

Sowjetisches Fernbleiben mit Kriegsfolgen

Obwohl der Zweite Weltkrieg im Pazifik noch in vollem Gange war, offenbart folgende Stelle in den Memoiren des Nachfolgers Harry S. Truman, welch' hohen Stellenwert die Gründung der UNO in der damaligen amerikanischen Politik einnahm: Kurz nach der schmucklosen Eidesleistung wendet sich der Pressesprecher des Weißen Hauses, Steve Early, an den neuen Präsidenten: Die Presse wolle wissen, ob die *San-Francisco-Konferenz* wie vorgesehen zusammentreten werde. »Ich zögerte keine Sekunde«, erinnert sich Truman. »Dass die Konferenz abgehalten werden müsse, darüber gab es für mich keinen Hauch des Zweifels. Es war meine erste Entscheidung als Präsident«. Als Störenfried der Konferenz entpuppte sich zeitweilig Frankreich, das gerade Damaskus bombardierte und glaubte, in Syrien Kolonialallüren ausleben zu können. Briten und Amerikaner wiesen damals Frankreich in die Schranken, verhalfen Syrien zu seiner Unabhängigkeit und zur Mitgliedschaft in der UNO.

Das erste Veto im UN-Sicherheitsrat fiel auf Russisch: »Njet«, sagte Anfang 1946 der russische Vertreter Wyschinskij, weil



Foto: Reuters/Akram Saleh

Monate lange Hängepartie um UN-Inspektionen im Irak. Leidtragender war Chefinspektor Hans Blix als Feigenblatt im Vorspiel eines gewollten Krieges.

ihm die Sprache einer Resolution nicht stark genug erschien. Damit eröffnete die Sowjetunion die UNO als Austragungsort für den Kalten Krieg auf diplomatischer Ebene, dankbar aufgegriffen von den Amerikanern. Die Reihe der sowjetischen »Njets« und theatralisch-beleidigten *walk-outs* setzte sich fort – bis Moskau erkannte, welchen folgeschweren Fehler es damit beging. Denn am 24. Juni 1950 wurde Südkorea entlang seiner Nordgrenze von Nordkorea angegriffen. Seit dem Zweiten Weltkrieg war das Land zwischen der UdSSR und den USA als Einflussgebiet geteilt. Die Amerikaner, die den Süden erobert hatten, versuchten das Korea-Problem loszuwerden, indem sie es im November 1947 vor die Vereinten Nationen brachten. Das erwies sich 1950 als geschickter Zug, denn Korea war nun kein bilateraler Streitfall mehr, sondern eine Weltangelegenheit. Einen Tag nach dem Angriff Nordkoreas, trommelten die Vereinigten Staaten den Sicherheitsrat

zusammen, der in Abwesenheit der Sowjets die Lage beriet. Moskau blieb der UNO damals fern, weil es für die neue kommunistische Volksrepublik China den ständigen Sitz im Sicherheitsrat reklamierte. Noch aber wurde der Veto-Sitz von Taiwan eingenommen.

Deshalb blieb, trotz Drängens des damaligen Generalsekretärs Trygve Lie, über das Washington sehr verärgert war, die Sowjetunion dem Sicherheitsrat weiter fern und so wurde am 27. Juni 1950 jene spektakuläre Resolution angenommen, welche die Aufforderung enthielt, dass die »Mitglieder der Vereinten Nationen der Republik Korea diejenige Hilfe leisten mögen, die erforderlich ist, den bewaffneten Angriff zurückzuschlagen und den internationalen Frieden und die Sicherheit in diesem Gebiet wieder herzustellen«. Das war die erste Kriegserklärung der UNO, im Auftrag der USA. Es dauerte etwa einen weiteren Monat, bis die Sowjets das Ausmaß ihres

Fernbleibens begriffen und in den UN-Sicherheitsrat zurückkehrten.

Folglich »führte« die UNO erst wieder 1991 einen Krieg, den sogenannten ersten Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits von der irakischen Besatzung. In den Jahren zwischen 1950 und 1991 hingegen gelang es den USA nicht mehr, die Weltorganisation für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Den Vietnamkrieg etwa »mussten« die USA alleine führen, dafür war keine UN-Zustimmung zu bekommen. Und was die zahlreichen Nahost-Konflikte angeht: Hier waren die USA bis etwa Mitte der neunziger Jahre bereit, in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsrat Lösungen zu finden: etwa UN-Friedens- und Überwachungstruppen. Selbst Außenminister Henry Kissinger hat bei seiner Pendel-Diplomatie 1973/74 stets den UN-Generalsekretär Kurt Waldheim eingeschaltet und insbesondere im sogenannten Yom-Kippur-Krieg 1973 auf eine rasche UN-Beteiligung gedrängt.

In all den vergangenen Jahren stritten sich die Amerikaner zudem ausgiebig mit den anderen Veto-Mächten um die UNO-Generalsekretäre. Während Chruschtschow Anfang der sechziger Jahre forderte »Das Amt des Generalsekretärs muss abgeschafft werden«, begann unter Präsident Clinton in den USA eine Hetz-Kampagne gegen Boutros-Ghali, einen erklärten Francophilen. Boutros-Ghali war ein Kandidat Frankreichs, von den USA zunächst nur geduldet. Als er im Januar 1992 sein Amt im UN-Glaspalast am New Yorker East River antrat, führte er bei den Vereinten Nationen den Brauch ein, seine offiziellen Reden zweisprachig vorzutragen, indem er mit Englisch begann und in Französisch endete oder umgekehrt.

US-Front gegen

Generalsekretär Boutros-Ghali

Solche und weitere Bekenntnisse zur Frankophonie sowie sein selbstbewusstes Auftreten führten dazu, dass die Clinton-Administration Front gegen diesen General-

sekretär bezog. Im Präsidenten-Wahlkampf 1995 überboten sich Demokraten und Republikaner in der Schmähung des UN-Generalsekretärs und damit der Weltorganisation. Das ging soweit, dass beide Parteien der amerikanischen Öffentlichkeit versicherten, ein Ägypter werde nicht über die Außenpolitik der USA bestimmen.

So abwegig diese Behauptung erscheinen mag, aber Clinton und sein Herausforderer Bob Dole sprachen damit gezielt die Befürchtungen konservativer Kreise an. Selbst nachdem Clinton seine Wiederwahl gesichert hatte, war das Verhältnis der amerikanischen Regierung zum UN-Generalsekretär zerstört. Vierzehn Mal legte die damalige Außenministerin Madeleine Albright, eine erklärte Gegnerin Boutros-Ghalis, das amerikanische Veto gegen die Verlängerung seiner Amtszeit ein. Vierzehn Mal hingegen beharrte die Veto-Macht Frankreich auf ihren ägyptischen Kandidaten. Bis dieser freiwillig kapitulierte und den Weg freigab zur Wahl des derzeitigen Amtsinhabers Kofi Annan.

Seither hat sich eine irrationale Rivalität zwischen Frankreich und den USA verfestigt. Das derzeitige Spannungsverhältnis beider Staaten insbesondere im Sicherheitsrat ist ohne diesen Hintergrund nicht im vollen Umfang verständlich.

Seitdem nun der konservative Republikaner George W. Bush, ohnehin kein Freund multinationalen Agierens, ins Weiße Haus eingezogen ist, wird in amerikanischen Medien und der Politik nahezu täglich über die »Irrelevanz« der UNO diskutiert. Selbst die oppositionellen Demokraten, die eine Zeit lang nach dem Terroranschlag am 11. September Präsident Bush aufforderten, die Hand nach der internationalen Staatengemeinschaft auszustrecken, sind seit der Verabschiedung der Resolution 1441 im November 2002 überzeugt, entweder zieht die Weltorganisation bei der »Entwaffnung des Irak mit uns« oder sie erfährt das Schicksal des Völkerbundes.

Die amerikanischen Politiker sind durch die Bank von der derzeitigen Abstimmungslage im Sicherheitsrat derart *pissed off* (angewidert), dass zum Beispiel Michael Haltzel, ranghoher Mitarbeiter der Demokraten im US-Senats-Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, kürzlich auf einer Veranstaltung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG in Washington erklärte, keine US-Regierung dürfe ihre außenpolitische Handlungsfreiheit der Zustimmung oder Ablehnung einer Diktatur wie China und einer Noch-nicht-Demokratie wie Russland unterwerfen. Haltzel spielte darauf an, dass beide Staaten mit ihrem Veto (genauso wie die Demokratie Frankreich) eine UNO-Kriegserklärung an den Irak verhindern. Die Opposition vertritt damit die identische Position der Regierung.

Anhand dieser Krise wird erneut deutlich: Die Entwicklung in der amerikanischen Politik weg von der UNO hin zu unilateralem Handeln hat nichts damit zu tun, wer im Weißen Haus sitzt. Sie setzte unter Clinton ein, der sich maßlos von den unzulänglichen Fähigkeiten der UNO und den Komplikationen mit der UNO enttäuscht fühlte, als die sogenannte humanitäre Intervention in Somalia 1993 so kläglich scheiterte. Sie spitzt sich nun zu, da Bush nicht an die UNO als Forum für erfolgreiche Konfliktlösung glaubt. Um aber nicht als plumper Unilateralist dazustehen, sprach er vergangenen Herbst vor den Versammelten aller Welt und forderte nichts weniger als bedingungslosen Gehorsam für seinen Militärkurs gegen den Irak.

Natürlich wusste er, dass er diese Art Unterstützung nicht bekommen würde, nur fühlt er sich jetzt vor aller Welt im Recht, die UNO zu umgehen und einseitig zu handeln. Dabei beruft er sich sogar auf das in der UNO verbrieftete Recht der Selbstverteidigung.

Unterm Strich will die Bush-Administration gleichzeitig damit die »Irrelevanz« der Vereinten Nationen vor allem innenpolitisch vor Augen führen – also

dem Senat und dem Repräsentantenhaus – um bei künftigen Konflikten gar nicht erst zuvor zur UNO pilgern zu müssen. Beide Häuser haben im Kampf gegen den Terror dem Präsidenten schon einmal eine Blankovollmacht ausgestellt. Eine solche liegt schon wieder auch für den Irak vor – da die UNO ja »mauert«, wie selbst die Opposition beklagt. Bush würde also jenen totalen Handlungsspielraum bekommen, mit dem sich schon einmal ein amerikanischer Präsident verrannt hat: Lyndon B. Johnson, als er seine *Boys* zum Sterben in die indochinesischen Sümpfe schickte.



ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft Menschen in Not. **Helfen Sie mit** – durch Ihre Spende oder als Mitarbeiter/in in unseren Projekten.



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V. • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
 www.aerzte-ohne-grenzen.de
 Spendenkonto 97 0 97 • Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00

11103606

Kontrovers

RICHARD HERZINGER

Schwarz-Grün ist die Haselmaus

Wie nahe sind sich Grüne und Union?

Mag sein, dass die rot-grüne Bundesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode durchhält. Eines aber steht spätestens seit den verheerenden Wahlniederlagen der SPD in Hessen und Niedersachsen fest: Ein »rot-grünes Projekt« gibt es nicht mehr. Genauer gesagt: Die Illusion, Politik ließe sich in modernen Demokratien noch als weltanschauliches Projekt betreiben, ist zerbrochen. Warum sollten die Grünen ihr wachsendes Selbstbewusstsein auf Dauer nur dazu einsetzen wollen, einer immer tiefer in die Sinnkrise taumelnden SPD über die Hürde zur Macht zu verhelfen? Die im Bundestagswahlkampf noch einmal mühsam befestigten Lagergrenzen zwischen »links« und »rechts«, »progressiv« und »reaktionär« bröckeln.

Unterschwellig ist das große Spiel der Neupositionierung in der deutschen Parteienlandschaft bereits in vollem Gange. Während sich zwischen den beiden Volksparteien eine heimliche Große Koalition ausbildet, tasten BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nach neuen Optionen, die ihr auf Dauer die Teilhabe an der Gestaltungsmacht in der Republik sichern können. Optionen? Viele gibt es für DIE GRÜNEN ja nicht. Die Emanzipation vom Dauerbündnis mit der SPD führt über eine Annäherung an die Union. Die ist ihrerseits wenig erfreut von der Aussicht, als Koalitionspartner auf ewig nur die krisenanfällige FDP zur Auswahl zu haben. Zunehmend kommen christdemokratische Politiker daher zu dem Schluss, Schwarz-Grün müsse für die Union mittelfristig eine strategische Möglichkeit werden. Dem saarländischen Ministerpräsi-

denten Peter Müller sagt man schon lange die Ambition nach, die erste schwarz-grüne Landeskoalition der Republik zu zimmern. Aber auch Berlin, Sachsen und Baden-Württemberg sind für die nächsten Jahre potenzielle Schauplätze einer solchen historischen Premiere; Christoph Böhr, stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender, trommelt zudem von Rheinland-Pfalz aus für den Mut zu Schwarz-Grün.

Noch freilich werden derartige Gedankenspiele, zumindest für die Bundesebene, von den Parteiführungen mit altbekannten Floskeln verworfen. Mit Leuten, sprich: notorischen Reaktionären wie Stoiber, Koch und Merz könne es keine Gemeinsamkeit geben, verkündete für die GRÜNEN erst jüngst wieder Umweltminister Jürgen Trittin. Auffällig freilich, dass Angela Merkel in solchen Negativreihungen seltener genannt wird. Dass junge Pragmatikerinnen wie die grüne Fraktionssprecherin im Bundestag, Katrin Göring-Eckhard, mit der CDU-Chefin ohne Berührungängste umgehen, wird parteiintern wohl vermerkt. Vorwitzige freilich, die mit öffentlichen Statements in diese Richtung vorpreschen, werden einstweilen noch streng zur Ordnung gerufen.

Auf dem GRÜNEN-Parteitag in Hannover im vergangenen Dezember war es Werner Schulz, MDB und ehemaliger DDR-Bürgerrechtler, der den Zorn der Parteioberen hervorrief, als er die babylonische Gefangenschaft der Öko-Partei im rot-grünen »Koalitionsgetto« beklagte. DIE GRÜNEN dürften sich vom großen sozialdemokratischen Bruder nicht länger wie »Juso-Spätheimkehrer« behandeln und schurigeln lassen, hatte Schulz auf dem Parteitag ausgerufen. Sie seien kein Anhängsel von »Rot«, kein Juniorpartner in einem gemeinsamen linken Verwaltungsbetrieb, sondern eine ei-

genständige programmatische Kraft – und eine Partei, die sich von ihrem Gründungsverständnis her ja gerade aus dem historischen Links-Rechts-Schema des traditionellen Parteiensystems hatte lösen wollen.

Schulz hatte schon bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen die Bildung einer schwarz-grünen Koalition im Lande betrieben – und von der Parteiführung angeblich bereits grünes Licht bekommen. Die haushohe absolute Mehrheit der Sachsen-CDU und das Verschwinden der GRÜNEN unter der 5-Prozent-Marge ließ diese Pläne damals Makulatur werden. Einstweilen sind es aber nicht in erster Linie Köpfe wie er, die bei den Entkrampfungsübungen im Verhältnis zum einstigen Erzfeind das Tempo bestimmen. Schulz spricht aus den spezifischen Erfahrungen der DDR-Bürgerrechtler heraus, denen das ideologische Welteinteilungsschema der Alt-68er schon immer fremd war. Er betrachtet die reflexhafte Abwehrhaltung, die Joschka Fischer oder Jürgen Trittin gegenüber der CDU noch immer an den Tag legen, mit Unverständnis. Schließlich ist er führenden CDU-Politikern in den neuen Bundesländern noch aus den Tagen verbunden, da sie gemeinsam gegen die DDR-Diktatur stritten. Ob der eine oder andere in dieser oder jener Westpartei gelandet ist, spielt aus dieser Sicht keine wirklich entscheidende Rolle.

Ein Symbol für die Entideologisierung

Für die grünen Diskussionsprozesse noch weniger richtungsweisend als dieses Ost-Bewusstsein ist aber die Position Oswald Metzgers, des ehemaligen grünen Haushaltsexperten im Bundestag. Metzger veröffentlichte vergangenen Dezember im F.A.Z.-Feuilleton einen spektakulären Appell für Schwarz-Grün. Er bewies damit jedoch vor allem, wie weit er sich inzwischen von Meinungsbildungsprozeduren in der Partei isoliert hat. Denn Metzger versuchte, die Option für die CDU primär weltanschaulich zu begründen. In Fragen der Ökologie und

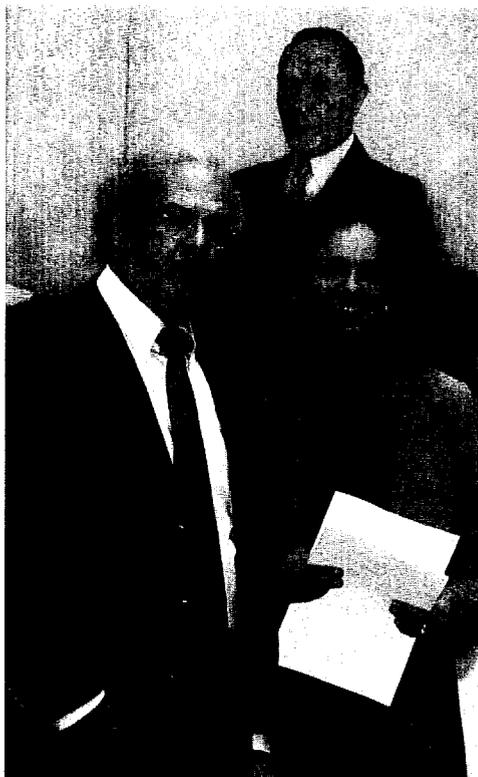


Foto: dpa/Roland Scheidemann

Schwarz-grüner Kölner Koalitionsvertrag. OB Adenauer (auf dem Gemälde) bediente sich einst sogar der Kommunisten, um die Mülheimer Hängebrücke im Rat durchzusetzen.

Gentechnologie sieht er eine natürliche Nähe zwischen grüner Naturschutzethik und christlichem Wertkonservatismus. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hingegen berühre sich neuerdings das libertäre Prinzip der Selbstorganisation mit der ordoliberalen Wirtschaftsphilosophie der Ludwig-Erhard-Tradition in der CDU. Viele Grüne sehen dies ähnlich, begreifen sich längst als Partei eines urbanen, individualisierten neuen Mittelstands. Ihre Bereitschaft, bei der Reform des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes stärker auf Eigenverantwortung und Flexibilität zu setzen, ist deshalb deutlich größer als bei den Sozialdemokraten, die nicht zuletzt an ihre traditionelle Gewerkschaftsklientel gebunden sind.

Doch Oswald Metzger präsentiert Schwarz-Grün emphatisch als ein neues

projet ideologique – und verfehlt eben damit den Kernpunkt, um den es bei der Anbahnung der neuen Bündnisoption tatsächlich geht. Schwarz-grün ist nämlich ein Symbol für die Entideologisierung der Parteienlandschaft und kein Medium für die Befestigung eines neuen politischen Credos. Es kann nicht als Reißbrett-Projekt politischer Strategien zur Welt kommen, es wächst langsam, von unten nach oben, als ein ideologischer Abrüstungsprozess in der pragmatischen politischen Praxis. Saarbrücken, die erste Großstadt, die seit gut eineinhalb Jahren von einer schwarz-grünen Koalition regiert wird, bietet dafür ein Fallbeispiel. Das Bündnis wurde erst möglich, als sich die GRÜNEN die paternalistische Umklammerung durch die SPD nicht mehr gefallen lassen wollten. Sie seien von den Roten immer wie abtrünnige Kinder behandelt worden, die immer dann bereit zu stehen hätten, wenn die große Sozialdemokratie sie brauche, erklärt der grüne Bürgermeister Kajo Breuer. Verhandlungen mit der CDU habe man zuerst nur aufgenommen, um der SPD die Instrumente zu zeigen, sagt die grüne Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Claudia Schmidt. Dann aber sei man völlig überrascht gewesen von der Kooperationsbereitschaft der CDU-Leute, die den GRÜNEN von Gleich zu Gleich begegneten. Die 47-jährige, die erst seit 1996 GRÜNEN-Mitglied ist und sich früher als »Sponti-Linke« verstand, hätte sich nie träumen lassen, dass sie einmal »mit denen von der anderen Seite« gemeinsame Sache machen würde. Jetzt lernt sie, dass politischer Gestaltungswille seine eigenen Gesetze hat – und findet Gefallen daran. Wo steht geschrieben, dass immer diejenigen miteinander koalieren müssen, die sich politisch am nächsten stehen? Kreative, neue Lösungen entstehen oft gerade dann, wenn scheinbar unvereinbare Positionen aufeinanderprallen.

Nach Saarbrücken wird nun mit Köln eine zweite wichtige Großstadt schwarz-grün regiert: Das Testfeld weitet sich aus.

Mochte es auch Zufall sein, dass der Koalitionsvertrag am 4. Februar, nur zwei Tage nach dem Absturz der SPD in Hessen und Niedersachsen unterschrieben wurde – die Allianz der einstigen ideologischen Erzfeinde in der viertgrößten Stadt Deutschlands hat bundesweite Symbolkraft. Beide Partner bemühen sich zwar, die Bedeutung ihres Bündnisses herunterzuspielen. Doch ihre Genugtuung über die neuen Spielräume, die es ihnen eröffnet, können sie kaum verbergen. Die extrem schwierigen Rahmenbedingungen für das Kölner Koalitionsexperiment – im kommunalen Haushalt klafft ein Loch von über 500 Millionen EURO – nennt Barbara Moritz, grüne Fraktionsführerin im Stadtrat, fast freudig eine »Herausforderung« – was umso mehr zutrifft, als DIE GRÜNEN in Zeiten finanzieller Knappheit ausgerechnet für die Sozialpolitik Verantwortung übernehmen wollen. Ein Wunschpartner seien die Christdemokraten keineswegs, betont die agile Ultra-pragmatikerin. Die Alternative sei unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen aber in oppositioneller Reinheit abseits zu stehen, und das wollen moderne Grüne wie sie auf gar keinen Fall mehr.

Der persönlich leichtere Umgang

Wie Barbara Moritz will auch der Kölner CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann in der Kölner Koalition noch kein Modell für ganz Nordrhein-Westfalen sehen. In der Großstadt Köln sei das Lebensgefühl auch der CDU-Mitglieder und -wähler nun einmal ein ganz anderes als auf dem flachen Land. Aber in den Städten, wo die CDU im Herbst 2002 die Bundestagswahlen verloren hat und sich deshalb dort ein moderneres Gesicht zulegen muss, bilden sich zunehmend kulturelle Schnittmengen zwischen der jüngeren Führungsgeneration von Union und GRÜNEN heraus.

Seine Generation sei jetzt dabei, mit den GRÜNEN eine neue, gemeinsame Sprache des weltoffenen Pragmatismus zu erler-

nen, meint etwa der 43-jährige Saarbrücker Stadtrat Michael Jung, der auch bei Peter Müller in der Staatskanzlei arbeitet. Das Bedürfnis nach Individualität statt staatlichem Kollektivismus bilde die Grundlage. So stellt man beiderseits nicht ohne Erstaunen fest, dass man im Kampf gegen Verwaltungsfilz und Bürokratie, gegen staatliche Überregulierung und für zivilgesellschaftliches Eigenengagement im Sozialbereich, aber auch in Bürgerrechtsfragen – CDU und Grüne setzten in NRW ein Informationsfreiheitsgesetz durch, das mehr Bürgereinsicht in Behördenakten garantiert – unversehens gemeinsam gegen die oft zu staatsgläubige Sozialdemokratie steht.

Auch im nordrhein-westfälischen Landtag wachsen also die Gemeinsamkeiten zwischen Grün und Schwarz. Sogar auf die Initiative für ein neues Ausländer-Integrationsgesetz hatte man sich geeinigt. Der persönliche Umgang mit CDU-Abgeordneten fällt den meist aus bürgerlichen Kreisen stammenden Grünen oft leichter als mit den Sozialdemokraten. Die, so heißt es aus den Reihen der grünen Landtagsfraktion, funktionierten wie ein strammes Kollektiv. Die CDU-Leute hielten sich eher für souveräne »kleine Fürsten«, die sich gerne mal den Luxus leisten, außerhalb der offiziellen Parteilinie überfraktionelle Absprachen zu treffen. Jürgen Rüttgers, CDU-Landeschef in NRW, versucht aber, dem Eindruck entgegenzutreten, er gebe Schwarz-Grün eine weltanschauliche Präferenz. Er hält sich an das Credo, über Schwarz-Grün rede man nicht, das mache man. Und doch ist es ein offenes Geheimnis, dass Rüttgers, der dem Sozialfügel der Union nahe steht, mit dem »Neoliberalismus« der FDP weniger anfangen kann als mit der Bewahrungsethik der GRÜNEN. Dementsprechend wurden sich die NRW-Christdemokraten mit ihnen in der parlamentarischen Alltagspraxis bisher vor allem in wertkonservativen Fragen einig: etwa bei der Verankerung

des Tierschutzes in der Landesverfassung und im Widerstand gegen Wolfgang Clements Plan, Stammzellen zur genetischen Forschung aus Israel zu importieren.

Die Frage, ob Schwarz-Grün eine Modernisierungskombination sein würde oder ob sich durch ein Zusammengehen beider Parteien ihre jeweiligen modernitätskritischen Impulse noch verstärken würden, ist somit keineswegs ausgemacht. In einer Hinsicht wären schwarz-grüne Landesregierungen – und irgendwann einmal sogar eine Koalition im Bund – aber mit Sicherheit ein Gewinn für die politische Kultur der Republik: Es wäre ein Ausbruch aus den anachronistischen Lagerfestungen, hinein in das Abenteuer politischer Normalität. Oder, wie es ein führender Saarbrücker Grüner ausdrückte: Eine solche Konstellation »hat den Reiz des Verbotenen«.

YVONNE DELHEY

Geschichtsschreibung als Identitätsbildung

Zur jüngsten Debatte über den Luftkrieg in Deutschland

In Großbritannien erschien kürzlich W. G. Sebalds Essayband *Luftkrieg und Literatur*. Mit diesem Buch gelang es Sebald 1999 erstmals, eine breitere Öffentlichkeit für ein Thema zu interessieren, das der Berliner Historiker Jörg Friedrich mit seinem Buch *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945* jetzt erneut in die Diskussion brachte. Der englische Titel von Sebalds Essayband, *On the Natural History of Destruction*, vermeidet die Fokussierung auf den Luftkrieg jedoch völlig. Von einem Zufall sollte man nicht ausgehen. Die Frage ist, ob Sebald dasselbe meinte wie Friedrich. Und wie lässt sich das Verhältnis von

Literatur und Geschichte in diesem Zusammenhang verstehen?

Jörg Friedrichs Buch bot den Anlass für eine Diskussion, die hier wie jenseits des Kanals die Gemüter erhitzte. Die Briten lasen aus Friedrichs Buch den Vorwurf des Kriegsverbrechens an zivilen Opfern. Die Deutschen interessierte die Frage nach den Lücken im eigenen kollektiven Gedächtnis. Sie suchten nach den Folgen, welche die Verdrängung der unmittelbaren Kriegs- und Nachkriegserfahrung auf die eigene Identität hat. Neu daran ist die Opferperspektive.

Im Eifer der Debatte verliert sich jedoch leicht Anlass, Anspruch und Ziel der Kontroverse. Friedrichs Buch ist das Eine, die Diskussion etwas anderes, auch wenn die Übergänge fließend sind.

Geschichtsschreibung lässt sich kaum von kollektiver Identität und dem Prozess ihrer Konstitution trennen, identisch sind sie deshalb noch lange nicht. Im Gegenteil, genau genommen sollte Geschichtsschreibung keinem individuellen oder gemeinschaftlichen Interesse, sondern höchstens der Wahrheit verpflichtet sein. Letztere sollte sie so umfassend wie möglich darstellen, womit sich eine selektive, interessenbestimmte Wahrnehmung von vornherein verbietet. Ein hehrer Anspruch, der in der neueren Geschichtsschreibung, die unter dem »Paradigma des Gedächtnisses« (Lutz Niethammer) mehr mit dem Erinnern der eigenen Identität beschäftigt ist, allzu leicht vergessen wird. Friedrichs Erklärungsversuche sind deshalb so bemerkenswert, weil sein Buch selbst einen enormen Interpretationsraum lässt. Mit seinem Versuch, die Vergangenheit einer neuerlichen Erörterung zu unterziehen, *literarisiert* Friedrich sein Thema.

Im Editorial seines Buches *Der Brand* erklärt Jörg Friedrich, dass es ihm um die »Leideform« des Luftkrieges gegangen sei. Auf wen oder was sich diese Bemerkung bezieht, geht aus dem Buch selbst nicht her-

vor. Das Buch ist in sieben Kapitel unterteilt, die alle lediglich ein Wort als Überschrift tragen. Der Reihe nach lauten sie: »Waffe«, »Strategie«, »Land«, »Schutz«, »Wir«, »Ich«, »Stein«. Jedem Kapitel steht als Motto ein Zitat und ein kurzer Text voran, dessen Bedeutung offen ist: Handelt es sich um einen zusammenfassenden Kommentar des Autors, soll er den nachfolgenden Text erklären oder ist er weiterführend gemeint? Diese Vagheit kennzeichnet ein Phänomen, das die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann einmal die »Polyfunktionalität« fiktionaler Texte nannte. Es gehe dabei nicht um die Eindeutigkeit der Inhalte, sondern um die Adaptabilität an verschiedene (historische) Kontexte. Die Aktualität wahrer Klassiker erklärt sich damit. Im Falle Friedrichs handelt es sich jedoch um ein Buch, das – wie Friedrich in einem Interview äußerte – der Wahrheit verpflichtet ist: »Inzwischen«, so sagt er dort, »ist die Kultur der Versöhnung« – gemeint ist hier »die Versöhnung mit unseren westlichen Gegnern« – soweit gediehen, dass wir sogar die Wahrheit vertragen« (DIE WELT, 21.II.2002). Es lohnt sich, über Friedrichs »wir« und dessen Gegner nachzudenken. Es zeigt, dass dieses Buch der Konstitution kollektiven Gedächtnisses verpflichtet ist. Unter diesem Aspekt betrachtet, ist Friedrichs universaler Anspruch, die Darstellung der *Leideform*, die ihm so wichtig ist, unvermeidlich auf den deutschen Kontext zu beziehen: Geschichtsschreibung als Identitätsbildung.

Friedrich zieht in jenem Interview einen anderen Schluss: »Die Zivilisation insgesamt muss sich fragen, ob im Zweiten Weltkrieg ein Irrweg eingesetzt hat. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob man die Geister, die man rief, jemals wieder los wird«. Das zielt auf eine allgemeine Kritik des Kriegs. Warum aber beschränkt sich Friedrich in seinem Buch auf die Darstellung der deutschen *Leideform*? Wie auch immer man es drehen will – die offene, ins mythisch-fik-

tive gesteigerte Form der Kapitelanfänge, die selektive Darstellung sowie Friedrichs mehrdeutige Aussagen über sein Buch beweisen, dass Friedrich in dieser Form narrativen Erlebens das *Leiden* der Deutschen als kollektive Erinnerung bewusst machen will. Das ruft eine weitere Frage auf: Warum fand das Buch ausgerechnet jetzt, vor dem Hintergrund der Irak-Krise und den außenpolitischen Konflikten, die Deutschland mit seinem kategorischen »Nein« zum Krieg beschwor, soviel Interesse? Neu war das Thema nicht; da waren andere, Schriftsteller vor allem, Friedrich voraus. W.G. Sebalds Essayband *Luftkrieg und Literatur* bietet den besten Beweis.

Die Idee der Läuterung durch den Leidensakt

Dass Sebald soviel Aufmerksamkeit zuteil wurde, hängt mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung zusammen. Das Thema passte gut in den Selbstverständigungsprozess der Deutschen. Die neue Bundesrepublik, die »Berliner Republik«, befand sich in einer Situation, in der sich die öffentliche Diskussion verstärkt um die veränderte Position Deutschlands innerhalb Europas drehte. Fragen nach der eigenen (nationalen, kollektiven) Identität hängen jedoch immer mit der eigenen Geschichte und ihrer Repräsentation im kollektiven Gedächtnis zusammen. Allerdings fand die Auseinandersetzung nun unter anderen Paradigmen statt: Fünfzig Jahre nach dem Krieg, so die einhellige Meinung, sei es an der Zeit, sich auch über das eigene Leiden, die eigenen Opfer, zu verständigen. Bücher wie Günter Grass' Novelle *Im Krebsgang* (2002) bestätigen das. Der Ansatz ist jedoch nicht neu. Er ist mit der Vorstellung einer gesellschaftlichen Katharsis als Ausgangspunkt einer umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung verbunden. Die aus der antiken Tragödie bekannte Idee der Läuterung durch den Leidensakt, der von jedem Einzelnen im kollektiven Erfahrung

erlebt werden müsse, war in der Nachkriegszeit sehr populär.

In späteren Jahren wurde die Vorstellung vor allem unter westdeutschen Linksinтеллектуellen gepflegt, die, vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und politischen Aufschwung in der alten Bundesrepublik, das Ausbleiben der Katharsis als das Unvermögen der Deutschen verstanden, aus der eigenen Geschichte zu lernen und zu einem wirklichen Neuanfang zu finden. W.G. Sebald knüpft an diese Kritik an. Er berief sich dabei auf Hans Magnus Enzensberger, der in dem Band *Europa in Trümmern. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944-1948* (1990) von »der Bewusstlosigkeit« der Deutschen sprach, die »die Bedingung ihres Erfolges war«. »Man begreift die rätselhafte Energie der Deutschen nicht«, so Enzensberger dort, »wenn man sich gegen die Einsicht sträubt, dass sie ihren Defekt zur Tugend erhoben haben«.

W. G. Sebald (1944-2001) war, bewusst und frei gewählt, Exilant im politischen Sinn. Er machte Großbritannien zu seiner Wahlheimat, in der er ab den sechziger Jahren bis zu seinem unerwarteten Tod im Dezember 2001 lebte und arbeitete. Sein Verhältnis zu Deutschland war gebrochen. Er gehörte zu jener Generation, die sich unschuldig schuldig fühlten gegenüber der Nazi-Vergangenheit Deutschlands. Sein freiwilliges Exil hing mit diesem Schuldkomplex zusammen. Aus diesem Bewusstsein erklärt sich die Beschäftigung mit Krieg, Zerstörung, Tod und Verfall in seinem Werk.

Das ist der Hintergrund, vor dem der Essayband *Luftkrieg und Literatur* zu sehen ist, der auf eine Vorlesungsreihe zurückgeht, die Sebald bereits 1997 an der Universität von Zürich hielt. Er setzte sich in dem Buch mit der Frage auseinander, wie der Zweite Weltkrieg und seine Folgen in der deutschen Nachkriegsliteratur vergegenwärtigt sind. Dabei behauptete er, dass die deutsche Literatur direkt nach dem Krieg durch die »Unfähigkeit einer ganzen

Generation deutscher Autoren« geprägt war, »das, was sie gesehen hatten, aufzuzeichnen und einzubringen in unser Gedächtnis«. Sebald hatte einen wunden Punkt getroffen. Zu gut passte das Thema zu dem Bedürfnis nach einem neuen nationalen Selbstverständnis, das nach der Wende im geeinten Deutschland entstand.

Dennoch, Sebalds Position war die des Außenseiters und – auch das wird zu leicht vergessen – er sprach als Experte in literarischen Dingen. Zwar mag er sich in *Luftkrieg und Literatur* mit seinem »wir« auf die Deutschen bezogen haben. Sein Standpunkt ist jedoch nicht so national, wie es oberflächlich erscheint. Etwas vereinfacht könnte man sagen, dass Sebald den Briten mit dem deutschen Diskurs vermischte, denn der Luftkrieg während des Zweiten Weltkrieges spielt im Bewusstsein der Briten eine weitaus wichtigere Rolle als in dem der Deutschen. Außerdem ging es Sebald mit seiner Erinnerungsarbeit nicht um die Neubildung einer nationalen Identität. Sein Engagement galt den unterdrückten Kriegserfahrungen, die er wieder an die Oberfläche und damit in das Bewusstsein bringen wollte. Mit seiner Argumentation – und der englische Titel *On the Natural History of Destruction* macht die Verschiebung des Schwerpunktes sehr gut deutlich – will Sebald das menschliche Leiden, die Zerstörung in all ihren Konsequenzen thematisieren und damit einer neuerlichen individuellen Auseinandersetzung zugänglich machen. Das Leiden muss erfahrbar sein – ganz im kathartischen Sinn.

Sebalds Ansatz war ein individueller, der zudem durch den für ihn typischen essayistischen Stil geprägt ist, mit dem alle herkömmlichen Grenzen zwischen *Fiction* und *Non-fiction* in der Literatur aufgehoben werden. J. M. Coetzee sprach diesbezüglich einmal von dem *blend of storytelling, travel record, fictive biography, antiquarian essay, dream, and philosophical rumination, executed in elegant if rather lugubrious prose and supple-*

mented with potographic documentation of an endearingly amateurish quality (NEW YORK REVIEW, 24.10.2002). Darin liegt die Anziehungskraft von Sebalds Prosa in der Auseinandersetzung mit Gedächtnis- und Identitätskonzeptionen, denn das Narrative gehört zur Erinnerungskultur und prägt unsere Geschichtsschreibung.

Literarisch ist das aufregend. Hinsichtlich seiner Wirkung auf die aktuelle deutsche Debatte um kollektive Erinnerung und Gedächtniskonstruktion ist jedoch die Frage erlaubt, inwieweit man die Fiktion als legitimes Mittel bei der kollektiven Gedächtniskonstruktion einsetzen kann und wo die Grenze zwischen kollektiver und individueller Erzählung gezogen werden muss. Das zielt auf die Unterscheidung von Realität und Fiktion: Was bezeichnen wir als real und was ist fiktiv? Die Fiktion grenzt sich von der Totalität der Wirklichkeit durch bewusstes Weglassen und Hinzufügen ab. Damit ist zwar noch nicht die Unterscheidung erklärt, zumindest aber wird die Grenze deutlicher.

Peter Burke wies in seinen zehn Thesen zum westlichen Geschichtsdenken auf die literarische Form der westlichen Geschichtsschreibung hin. Jörg Friedrich liefert mit seinem neuesten Buch *Der Brand* ein anschauliches Beispiel, an dem die Fiktionalität einer solchen Gedächtniskonstruktion dargestellt werden kann. Der Vergleich mit W. G. Sebald liegt, angesichts der Beziehung, die zwischen der Arbeit beider zum Luftkrieg besteht, auf der Hand. Im Unterschied zu Sebald bleibt Friedrichs Motivation jedoch unklar. Sebald sprach aus der Negation. Darüber hinaus besaß er die politische und moralische Integrität des unabhängigen Autors, der mit seinem Schreiben die universalen Rechte des Menschen in Erinnerung bringt. Seine Erinnerungsarbeit verfolgte kein kollektives Ziel, auch wenn es den gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess anregen kann.

SEBASTIAN ULLRICH Die liberalen Falken und der gerechte Krieg

Das liberale Dilemma in der Irakfrage war Ende letzten Jahres ein inzwischen viel rezipierter Artikel in der *NEW YORK TIMES* überschrieben. Der Autor, George Packer, versuchte, einem auffälligen Phänomen nachzuspüren: dem weitgehenden Fehlen von liberalen Intellektuellen in der amerikanischen Anti-Kriegs-Bewegung. Erstaunlich war diese Abstinenz im Vergleich mit dem Zweiten Golfkrieg von 1991. Denn damals hatte sich noch ein ganz anderes Bild geboten. Als George Bush Senior Saddam Hussein aus Kuwait vertrieb, war er von liberalen Intellektuellen vehement kritisiert worden. Zwölf Jahre später hielt sich diese kleine, aber einflussreiche Gruppe innerhalb der amerikanischen Linken dagegen sichtbar zurück, und das, obwohl die Begründungen für einen Krieg nicht im entferntesten so überzeugend waren wie 1991. Einige traten offen für einen Angriff auf den Irak ein. Die Mehrheit jedoch verharrte in jenem Zustand »selbstquälerischer liberaler Ambivalenz«, wie ihn Timothy Garton Ash kürzlich in der *SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG* beschrieb. Wie ist das zu erklären?

Mit den Friedensaktivisten der anti-imperialistischen amerikanischen Linken um Gore Vidal und Noam Chomsky verbindet liberal gesinnte amerikanische Intellektuelle nicht mehr viel. Zu groß ist der Graben zwischen beiden Richtungen seit dem 11. September 2001 geworden. So hatte der linksliberale Philosoph Michael Walzer in seinem Manifest *Can there be a decent left?* eine klare Trennlinie zu jenen Linken gezogen, die nach den Terroranschlägen auf Pentagon und World Trade Center die Schuld bei den USA suchten und sich dem

»Krieg gegen den Terror« verweigerten. Noch deutlicher wurde der ehemalige Star-kolumnist der Zeitschrift *THE NATION*, Christopher Hitchens. Er verabschiedete sich von seiner früheren Wirkungsstätte mit der Bemerkung, er habe die »Nase voll« von einer »masochistischen Linken«, die in US-Justizminister Ashcroft eine größere Bedrohung erblicke als in Osama bin Laden.

Der »Bosnien-Konsens«

Unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges war die amerikanische Linke in den siebziger und achtziger Jahren gegenüber kriegerischen Abenteuern sehr skeptisch eingestellt. Die ablehnende und zur Vorsicht gemahnende Haltung von 1991 entsprang noch diesem »Vietnam-Konsens«. Im Rahmen der intellektuellen Neuorientierungen nach dem Ende des Kalten Krieges hat jedoch auf Seiten der Linken ein erstaunlicher Wandlungsprozess stattgefunden – und dies nicht nur in Amerika. Ein Teil der ehemaligen »Tauben« änderte angesichts der humanitären Katastrophen in Ruanda und Bosnien seine außenpolitischen Prioritäten. Die Einhaltung der Menschenrechte löste die Erhaltung des Friedens an der Spitze der Werteskala ab. Dieser »Bosnien-Konsens« führte zu einer neuen Sichtweise amerikanischer Außenpolitik. Während die »alte Linke« in den Kategorien des Vietnam-Krieges verharrte und hinter den Aktionen des Pentagon Aggression und Imperialismus vermutete, wollten die sogenannten »liberalen Falken« die amerikanische Militärmacht benutzen, um Menschenrechte und Demokratie weltweit durch humanitäre Interventionen zu sichern und zu befördern.

Kritisiert wurden sie dabei nicht nur von Seiten der »alten Linken«, sondern auch von den amerikanischen Konservati-

ven. Bill Clinton, der mit den »liberalen Falken« in einigen Punkten übereinstimmte, zeigte sich unter dem Schlagwort des *selective engagement* gegenüber der Idee des multilateralen Menschenrechts-Interventionismus aufgeschlossen. Von konservativer Seite wurde er deshalb beschuldigt, amerikanische Soldaten bei Einsätzen zu gefährden, in denen es nicht um nationale Sicherheitsinteressen der USA ging. Nach dem Scheitern der Somalia-Intervention von 1993 wagte Clinton es 1994 nicht, in Ruanda einzugreifen. Als seine Administration jedoch in Bosnien und im Kosovo zusammen mit den europäischen Verbündeten Militäreinsätze unter dem Zeichen der humanitären Intervention durchführte, wurden diese von Repräsentanten der Konservativen verächtlich als internationale »Sozialarbeit« bezeichnet. Was humanitäre Interventionen anging, hatten die »liberalen Falken« gewissermaßen ein Monopol.

Dies hat sich seit dem 11. September 2001 geändert. Die neue Sicherheitslage seit den Terroranschlägen der Al Qaida wurde von Seiten der Neokonservativen benutzt, um nationale Sicherheitsinteressen und humanitäre Mission im Zeichen des *Compassionate Conservatism* argumentativ zu verknüpfen. Die neue Sicherheitsdoktrin der Vereinigten Staaten vom September 2002 kombiniert den neuen Ansatz der notfalls unilateralen Präventivschläge mit einer Rhetorik des Menschenrechtsschutzes. Nur »Schurkenstaaten«, so die Argumentation, bedrohten die USA, marktwirtschaftliche Demokratien würden dagegen mit ihr kooperieren. Der humanitär begründete *Regime Change* wird damit – sehr zum Ärger der »Realisten« um Henry Kissinger und der »alten« Konservativen um Pat Buchanan – zum Gegenstand der nationalen Sicherheitsinteressen der USA. In der Irak-Frage konnte die Bush-Administration so das Entwaffnungsargument mit dem Demokratisierungsargument verbinden. Saddam musste in dieser Sichtweise nicht

nur beseitigt werden, weil seine Massenvernichtungswaffen angeblich eine Bedrohung des Weltfriedens darstellten, sondern auch weil sein Regime der Demokratisierung und Modernisierung des Irak und langfristig des ganzen Nahen Ostens entgegenstände.

Grenzen des Interventionismus

Diese neokonservative Rhetorik des *Benevolent Empire*, ein Begriff, den Robert Kagan 1998 prägte, stürzte die »liberalen Falken« in ein Dilemma. Denn nun fand sich das Banner der Demokratie und der Menschenrechte, das sie so eifrig geschwenkt hatten, plötzlich in den Händen der Bush-Administration wieder. Auf der einen Seite fühlten sich die humanitären Interventionisten bei ihren Idealen und Hoffnungen gepackt und identifizierten sich mit den Zielen der Demokratisierung und Modernisierung des Nahen Ostens. Für einige war dies Grund genug, den Krieg gegen Saddam Hussein zu unterstützen. Christopher Hitchens etwa legte das Misstrauen ab, das er noch 1991 gegen die Motive der US-Regierung gehegt hatte und unterstützte die Pläne einer »Revolution von oben«, die er als eigentliche *Agenda* des Weißen Hauses wahrnahm. Auch der ehemalige Clinton-Berater Ronald D. Asmus zeigte sich in der FRANKFURTER RUNDSCHAU von der neokonservativen Kombination aus nationaler Sicherheit und »Entwicklungshilfe« überzeugt. Wer im Kosovo-Krieg aus moralischer Überzeugung für einen Regimewechsel in Belgrad eingetreten sei, könne jetzt nicht gut gegen die Intervention im Irak sein.

Auf der anderen Seite wurde die Art und Weise, wie die Bush-Administration ihren Krieg gegen den Irak zu begründen versuchte, von den »liberalen Falken« aber auch als gefährlich empfunden. Denn wo ist die Grenze des Interventionismus zu ziehen? Bietet die Moral eine höhere Legitimation als der Sicherheitsrat der Vereinten



Foto: Reuters/Pool/Mikhail Metzel

Die krieglerisch erzwungene Einhaltung von Menschenrechten hat unter US-Intellektuellen Vorrang vor der Erhaltung des Friedens.

Nationen? Kann sie im Notfall unilaterales Vorgehen rechtfertigen oder ein Eingreifen ohne UNO-Mandat wie im Kosovo? Wie ist Missbrauch zu verhindern, und wie ist in der heutigen Mediengesellschaft überhaupt zu gewährleisten, dass gesicherte Informationen über die tatsächliche Lage im Interventionsgebiet vorliegen? Diese Fragen werden nicht nur unter Völkerrechtlern intensiv diskutiert, sie ließen im Falle des Irak-Konflikts auch einige der »Falken« wieder zu »Tauben« werden. David Rieff, einer der eifrigsten Verfechter von Interventionen in Bosnien, und Leon Wieseltier, einer der Herausgeber der Zeitschrift *THE NEW REPUBLIC*, etwa sprachen sich gegen den Krieg aus, der sich ihnen als »Hybris« und »Spiel mit dem Feuer« darstellte.

Dennoch blieb bei den liberalen Gegnern des Krieges ein unbefriedigendes Gefühl zurück. Denn die Aussicht, einen Diktator an der Macht zu lassen, widersprach

ihren Idealen. Die Natur des Feindes mache es nahezu unmöglich, so Michael Walzer, offen für den Frieden einzutreten. Obwohl er selbst den Krieg nicht für gerechtfertigt halte und dies auch publizistisch vertrete, fühle er sich mit dieser Haltung nicht glücklich, bekannte der Philosoph. Der Publizist Paul Berman drückte die Schwierigkeiten der »liberalen Falken« vielleicht am pointiertesten aus: Wenn es den Neokonservativen ernst wäre mit ihrer Anlehnung an die Sprache der liberalen Interventionisten der Neunziger Jahre, dann wäre das eine gute Sache. Aber man könne eben nicht wissen, was tatsächlich die gegenwärtige Politik des Weißen Hauses sei.

Das Dilemma der »liberalen Falken« verdeutlicht vor allem eines: die Problematik einer moralisierenden Konzeption von Außenpolitik, wie sie sich in den Neunziger Jahren unter dem Begriff der humanitären Intervention durchgesetzt hat. So hehr ihre

Motive auch sein mögen, die Befürworter von humanitären Interventionen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie den Krieg als Mittel der Politik enttabuisiert und letztlich die Entscheidung über seine Legitimität de-institutionalisiert haben. Das Völkerrecht basiert auf der Gleichheit souveräner Staaten. Seine höchsten Prinzipien sind Frieden und Stabilität. Indem die Interventionisten der Neunziger Jahre Menschenrechte und Demokratie an die Stelle von Frieden und Stabilität setzten, unterhöhlten sie das Souveränitätsprinzip der Staaten und stießen einen Wandlungsprozess des Völkerrechts an, der gegenwärtig zu einem Zustand gesteigerter internationaler Rechtsunsicherheit geführt hat.

Theorie des gerechten Krieges

Legitimiert wurde diese Neuausrichtung des Völkerrechts oftmals durch den Rückgriff auf das Vokabular der Theorie des gerechten Krieges. Diese dient traditionell der Begrenzung des Krieges. In den Händen der »liberalen Falken« und neuerdings der Neokonservativen wurde sie jedoch zu einem Mittel, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen aufzuheben. Ein Beispiel hierfür ist das von Neokonservativen und »liberalen Falken« gemeinsam unterzeichnete Manifest *What we are fighting for* vom Februar 2002. Dieses hatte auf die Theorie des gerechten Krieges zurückgegriffen, um den Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan zu rechtfertigen. Obwohl die »liberalen Falken« grundsätzlich multilateral eingestellt sind, gibt es zwischen ihrer Position und den Vorstellungen der Neokonservativen damit grundsätzliche Berührungspunkte. Ohne die Aufweichung des traditionellen Völkerrechts in den neunziger Jahren hätten Bushs Parteigänger heute weitaus größere Schwierigkeiten, eine Politik zu legitimieren, mit der die UN unterminiert und eine unilaterale Weltordnung unter Vorherrschaft der USA etabliert würde.

Heißt dies nun, dass eine Politik humanitärer Interventionen mit kriegerischen Mitteln grundsätzlich abzulehnen ist, da die Gefahr ihres Missbrauchs zu hoch ist? Ist der von Günter Grass kürzlich zitierte Satz von Matthias Claudius »Ich begehre nicht Schuld daran zu sein« die einzig mögliche Antwort auf die »neuen Kriege«? Eine solche Haltung wäre nicht nur unbefriedigend, sie würde auch dem Rechtsgefühl der Menschen in den westlichen Gesellschaften zuwiderlaufen. Das Dilemma der »liberalen Falken« in den USA zeigt aber deutlich die Gefahren einer »Auslieferung der internationalen Politik an die Moralphilosophie«, wie sie Herfried Münkler Ende letzten Jahres in den *BLÄTTERN FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK* beklagte. Gegenüber den millenaristischen Tönen der Neokonservativen, für die sich einige »liberale Falken« so empfänglich zeigten, ist die Bedeutung politischer Überlegungen und politischer Vernunft hervorzuheben. Krieg darf immer nur das letzte Mittel sein, das in Ausnahmefällen eingesetzt wird. Die Entscheidung über diese *ultima ratio* schließlich darf nicht dem Belieben von »Moralisten« überlassen werden, sondern muss im rechtlichen Rahmen der UNO institutionalisiert bleiben.

Dies mag eine Position der Schwäche sein, wie Robert Kagan in seinem Aufsatz *Power and Weakness* vom letzten Sommer behauptet hat. Aber vielleicht sollte man auf die Schwachen hören. Denn selbst der Starke ist nie so stark, dass er seine Sicherheit allein garantieren könnte. Das wusste schon Thomas Hobbes, in dessen Welt die Amerikaner nach Kagan ja angeblich leben. Für den gerechten Krieg hatte Thomas Hobbes dagegen nicht viel übrig und 1991 galt das auch noch für die amerikanischen Liberalen. »Dass ein Krieg gegen den Irak gerecht wäre, rechtfertigt noch nicht tatsächlich in den Krieg zu ziehen«, hieß es damals in einem Leitartikel der *NEW YORK TIMES*.

TIM E. BRAUN

Brücken über den Rhein

Wilhelm Hausenstein –
Vermittler zwischen Kultur und Zeit

Als Wilhelm Hausenstein 1882 geboren wurde, war Hornberg im Schwarzwald eine Poststation an der »kleinen europäischen Seidenstraße«, der alten Poststraße, die Paris mit Wien verband. Die Geschichten und Berichte der Reisenden und Händler, die beim »Bärenwirt«, dem Großvater Hausensteins, Station machten, erweckten schon früh dessen Interesse. Mehr noch muss es die Nähe zu Straßburg, zum Elsass gewesen sein, dass sich aus diesem Interesse schließlich in ihm »das unbefangene Rhein-Bewusstsein« manifestierte und im Geiste eine Brücke zwischen Frankreich und Deutschland bildete.

Eine heile Welt im Angesicht eines vergifteten Zeitgeistes, belastete doch seit 1840 eine von Krieg, Propaganda und Missverständnissen gezeichnete Geschichte sowie ein kollektives, vom »Dämon des Vorurteils« befallenes Empfinden die Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Was als Begriff »Erbfeindschaft« in die Geschichte einging, transformierte sich im Verlauf der letzten vierzig Jahre zur *amitié franco-allemande*, zum Motor Europas und ließ sich dieses Jahr als Jubilar *Elysée-Vertrag* feiern.

Kunsthistoriker, Literat, Homme de Lettre

Diese Freundschaft verdankt sich nicht zuletzt jenen, die sich mit Werk und Wirken abseits der politischen Einbahnstraßen um die Verständigung der Völker bemühten. Sie schlugen ihre persönlichen Brücken über den Rhein, um so dem Kultur-Import, bzw. -Export die Schranken zu öffnen. Es sind Menschen wie André Gide, Ernst Robert Curtius und eben auch Wilhelm Hausenstein, die sich als »Brückenköpfe« in der Vergangenheit um die Gegenwart verdient gemacht haben.

Konrad Adenauer hielt es für ratsam, »nicht einen Berufsdiplomaten als ersten Vertreter Deutschlands nach Frankreich zu entsenden. Die Aufgaben, die einen deutschen Vertreter in Paris erwarteten, waren in erster Linie psychologischer Art«. Und so trat Wilhelm Hausenstein mit 68 Jahren zu seiner letzten großen Mission an und verband damit sein bisheriges Schaffen mit dem politischen Auftrag der »Aussöhnung beider Nationen«. Vielseitig, produktiv und von mancher Seite als widersprüchlich wird seine *vita* gesehen: Er verfasste neben Standardwerken zur Bildenden Kunst Reise- und Landschaftsessays, Prosa, übersetzte französische Lyrik, schrieb für zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen und stand schließlich als Präsident der (deutsch-französischen) SCHICKELE-GESELLSCHAFT und 1950 der BAYERISCHEN AKADEMIE DER SCHÖNEN KÜNSTE vor. Vorsichtige Kritik wird angesichts seines politisch-philosophischen Entwicklung geübt: Er wandelte sich vom bekennenden »Proletarier« vor und um den Ersten Weltkrieg »zum Verfechter und Bewahrer des westlich-integrierten Christentums und Abendlandes im Sinne Konrad Adenauers«.

»Auf einem von den bösen Jahren hinterbliebenen moralischen Trümmerfeld« (*Hausenstein*) mag es eine zündende Idee gewesen sein, über den Weg kultureller Vermittlung, die Bilder in den Köpfen der Franzosen behutsam zu verändern. Vermittels eines nachbarlichen »Zaungesprächs« – die Schriftstellerin Maria Schlüter-Hermkes empfahl Hausenstein als eine Person, die in der Lage sei, »Deutschland wieder in Kontakt mit intellektuellen Kreisen im Ausland zu bringen« – wurde aus dem Vermittler französischer Kultur in Deutschland ein Botschafter des Geistes der neugegründeten Bundesrepublik in Frankreich. Und tatsächlich: Mit Hilfe alter Freunde wie Annette Kolb, dem Deutsch-Franzosen Joseph Breitenbach und Carl Jakob Burckhardt gelang es Hausenstein in



Wilhelm Hausenstein: »Die Kunstgeschichte ist die parteiichste aller Wissenschaften«.

kurzer Zeit, in Paris ein weitverzweigtes Netz freundschaftlicher Kontakte zu knüpfen. Und nach einigen enttäuschenden Versuchen, die französische Bevölkerung für deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts zu erwärmen, fand 1951 eine Impressionisten-Ausstellung großen Anklang. Somit kann mit Jean du Riveau die Mission Hausenstein als der Weg gesehen werden, »auf dem die Freundschaft zu Deutschland sich wieder anbahnte. Sobald irgendwo eine neue Tür vor ihm, dem einzelnen, sich öffnete, trat mit ihm sein ganzes Land ein«.

Die Wilhelm-Hausenstein-Gesellschaft

Dem Prinzip der Menschlichkeit verpflichtet, als Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart und zwischen den Kulturen, so könnte begrifflich und begreiflich gefasst werden, wofür der Name Wilhelm Hausenstein steht und der Geist von Hornberg in Zukunft stehen soll. Im November 2001 hat sich eine WILHELM-HAUSENSTEIN-GESELLSCHAFT gegründet, deren Aufgabe darin besteht, »sein Andenken zu wahren und zu mehrern« und »in seinem Sinne zu wirken«. Schon dreimal fanden in Hornberg

gleichnamige Symposien statt, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, anhand aktueller Themen »ein neues Licht auf Hausenstein« und andererseits »auch Lichter von ihm aus auf unsere Zeit« zu werfen. Schon zweimal erschien davon eine gedruckte Fassung im Münchner JUDICIUM VERLAG, und im Sommer diesen Jahres wird der nächste Band unter dem Titel *Krieg – Frieden – Kultur. (Un)Zeitgemäße Erinnerungen* vorgelegt.

Hausensteins Tochter, Renéé Marie Parry-Hausenstein, nennt ihn einen Holisten. Und tatsächlich, bei seiner Rede zur Verleihung der Ehrenwürde eines *Grand Officier de la Legion d'Honneur*, 1955, definiert Hausenstein, was die Direktiven seines Denkens und Handelns sind: Politik sei »eine Funktion des kulturellen Bewusstseins – und es schadet uns nicht, wenn wir uns daran erinnern, dass Augustinus eine *Civitatis Dei* geschrieben hat«; die Politik sei aber nur insoweit »wirklich und wahrhaftig Politik, nämlich mit der antiken Würde, Wesentlichkeit und Wirkung des Politischen, als sie ... auch selbst Kultur ist. Kultur: Das bedeutet in unserer abendländischen Welt: christlicher Humanismus«.

In *Krieg – Frieden – Kultur* beleuchten neun Autoren und eine französische Autorin aus philologischer, kunstwissenschaftlicher, philosophischer, sozialwissenschaftlicher und theologischer Sicht Leben, Wirken und Werk Wilhelm Hausensteins, unternehmen Exkurse in die Vergangenheit, um damit zu einer Art Gegenwartsanalyse anzusetzen. Trotz der Vielseitigkeit der Beiträge verbindet der Geist Hausensteins die Betrachtungsweisen zu einem Ganzen.

»Die Kunstgeschichte ist die parteiischste aller Wissenschaften«, so Hausenstein, »hat sie sich einen Stil erkoren, liebt sie ihn eifersüchtig und will von anderen Stilrichtungen nichts mehr wissen«. Variiert lässt sich dieser Satz zu einer wesentlichen Aussage der verschiedenen Beiträge verwenden: Die Gegenwart ist die parteiischste al-

ler Seins-Zustände, quasi ein Aggregatzustand, in dem der Zeitgeist selbstverliebt die Welt nur mit den Augen des Jetzt betrachtet. Dabei vernachlässigt er die Notwendigkeit der Erkenntnis, dass alles was *ist* einen Teil seines Seins aus dem *War* bezieht.

Das *Jetzt* bedarf eines rückwärts blickenden Vorwärtsschreitens, rekurriert Rüdiger Görner auf den jungen Heidegger und spricht von der heutigen als einer Kultur des Unbehagens, einer Welt des digitalisierten, jederzeit abrufbaren Wissens, in der »Umfrageergebnisse und Wahrscheinlichkeiten die Utopien der Vergangenheit ersetzen«. Verschwunden scheint die Kultur *in* Unbehagen, die noch Spielraum für Gestaltung lässt, indem sie bereit und fähig war und wäre, die Moderne zu entlarven. Görner zeichnet eine Welt, in der sich der Mensch inmitten der real existierenden all umgreifenden Bedeutungs- und Begriffsinflation einzurichten scheint. Doch ist diese pessimistische Sicht mehr als der rückwärts gewandte Blick in eine scheinbar bessere, wertvollere Zeit – sie hält dem Zeitgeist, dem menschlichen Handeln und Denken im Medienzeitalter seine Bedeutungslosigkeit vor Augen. Der Mensch, zumal der heutige, verstehe es nicht, entlang der Bruchlinien der Geschichte für seine Zwecke die Vieldeutigkeit von Kultur zu begrenzen.

Am Vorabend neuer Weltenbrände

»Heute ist die Verbindung zwischen den Zeiten unterbrochen. Das schrecklichste Übel unserer Zeit ist die Gedächtnislosigkeit«, schrieb der kirgisische Schriftsteller Tschingis Aitmatow, dessen Gedanken Friedrich Hitzer Gehör verschafft und damit vom ehemaligen Reich des Zaren zum heutigen Russland eine Brücke schlägt. Er unternimmt einen Ausflug in die Geschichte des Staatsterrorismus seit 1801 und kommt zu der Bewertung: »Wir haben alle diese Stufen von Terror und Gegenterror,

die in die Weltkriege mündeten, nie wahrgenommen, suchten stattdessen nach einer Erklärung des Unfasslichen vor allem in den Ideologien des Totalitarismus, vergessen aber dessen Vorgeschichte und wissen auch jetzt nicht aus und ein, womöglich am Vorabend neuer Weltenbrände«. Wie eh und je gründeten die Probleme in der Hypertrophie des Menschen, »der Gott sein will, die eigene Unvollkommenheit verlacht und sich vom Elend der Menschen, das er schafft, abwendet«. Was bleibt ist der Appell an das Erinnern und die Vergegenwärtigung, dass soziale Ungerechtigkeit in einer globalisierten Welt zu einer tickenden Zeitbombe wird, und genauso wie die Ursachen machen auch die Wirkungen bei ihrer Explosion vor Grenzen keinen Halt.

Markus Vogt wähnt aus der Analyse des *Jetzt* heraus den Menschen im Daseinskampf. In drei Thesen konstatiert er den Einfluss sozialdarwinistischer Theorieinflüsse und Gedankengutes auf den Zeitgeist der Gegenwart. So sei Huntingtons *Kampf der Kulturen* ein Beispiel für die sozialdarwinistische Analyse militärischer und ethischer Konflikte, zeige sich die globalisierte Weltwirtschaft als Gestaltungsfeld zwischen existierendem Daseinskampf ohne »soziale und ökologische Leitplanken« und einem Mindestmaß an wirtschaftlicher Gerechtigkeit, befinde sich der Mensch in blindem Fortschrittsglauben an der Grenze seiner Auflösung vom Subjekt zum Objekt. Anhand des geschichtlichen Verlaufs, von Spencer und Darwin ausgehend, wird die Entwicklung der Theorie als »unkontrollierte Diffusion einzelner Begriffe und Erklärungsmodelle zwischen Biologie und normativer Gesellschaftstheorie« dargestellt, wird der Weg skizziert, auf dem das *survival of the fittest* seinen weiten Deutungs- und Interpretationshorizont erhielt; ökonomischer Liberalismus, anti-metaphysischer Monismus, aristokratische Ethik, früh-sozialistischer Klassenkampf, bis zur imperialistischen »Rassenhygiene«.

Am Ende dieses langen Irrweges angekommen, stellt Vogt der Einfalt des *clash of civilisations* den Reichtum der Vielfalt entgegen, erteilt dem Krieg als reales Mittel zur Konfliktlösung eine ultimative Absage. Die Gestaltung der Globalisierung bedürfe menschenrechtlicher, sozial gerechter und ökologisch tragfähiger Maßstäbe, wie sie im Konzept der *global governance* enthalten seien. Und schließlich entreißt er jeglicher Debatte um das Für und Wider gentechnischer Anwendungsmöglichkeiten durch das »Totschlag-Argument« – Ethisch hat das Verbot zu töten Vorrang vor dem Gebot zu heilen – den Boden. So zeigt hier die Geschichte des Sozialdarwinismus exemplarisch, »dass die Achtung oder Nichtachtung der Menschenwürde auch in gesellschaftlichen Randbereichen bereits eine Weichenstellung für Krieg oder Frieden sein kann«, und endet mit dem päpstlichen Zitat: »In der Achtung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens.«

GÜNTER FRANZEN

Kassandra in Novi Sad

Zum Tode von Aleksandar Tisma

Wenn man sich fragt, was die Faszination eines ausländischen Autors ausmacht, dessen Werke den deutschen Sprachraum regelmäßig mit jahrzehntelanger Verspätung erreichen, während inländische Produkte schon nach wenigen Monaten ihr Verfallsdatum überschritten zu haben scheinen, erhält vom kürzlich in seinem Geburtsort Novi Sad verstorbenen serbisch-jüdischen Altmeister Aleksandar Tisma eine klare Antwort. Die neun Erzählungen, die unter dem Titel *Ohne einen Schrei* seit zwei Jahren in deutscher Übersetzung vorliegen, bieten einmal mehr die Gewähr für zwei Eigen-

schaften, die die Beständigkeit der Texte garantieren: die Zeitenthabenheit der Handlung und die tiefgefrorene, von arktischer Kälte befallene Gefühlswelt der Protagonisten.

Die Erzählung, der das Buch seinen Titel verdankt, spielt im Jahr 1952, an einem heißen Augusttag, »überwölbt von einem zornigen Himmel, aus dem die Sonne tropfte, wie glühendes gelbes Wachs«. Auf dem Weg zum erlösenden Strandbad breitet sich die heimatliche Flusslandschaft vor den Augen des Betrachters aus. »Am Horizont wellte sich sanft der Strom mit seinem Grün; diesseits, wo ich wie Hunderte andere meinen von der Kleidung befreiten Körper der Sonne darbot, erstreckte sich in umgedrehtem Halbkreis der ebene Sandstrand, weiß und entblößt wie ein Arm auf dem Kopfkissen.« Über diese Idylle, eine von hingebungsvoller Heiterkeit getragene Liebeserklärung an Land und Leute, bricht durch eine winzige Aufmerksamkeitsverschiebung die Erinnerung herein wie die Axt, unter deren Hieben die Tür zersplittert. An zwei Januartagen des Jahres 1942 trafen genau hier bei minus 28 Grad die zwangsentkleideten, vor die Tore der Stadt getriebenen tausend jüdischen Opfer mit ihren uniformierten Mördern zusammen, die ihnen nur einen Ausweg ließen: »das ins Eis über dem toten blutigen Wasser gehauene Loch, an dessen Rändern sich Schädel, Beine, Arme aufbäumen, in das auch dein Kind fällt, noch warm, mit zertrümmertem Kopf, erstarrtem letztem Wimmern, und in das auch dich ein Schlag, ein Todesröcheln, ein Todeskrampf stürzt«.

Danach schließt sich das Eis, und der Betrachter kehrt mit dem Leser in eine Gegenwart zurück, in der das Trügerische über das wahnsinnig machende Wahre obliegen muss: »Es drängt sich lächelnd auf und reizt zu versöhnlicher Resignation«. Dieser Strandbadbesucher taucht sein erhitztes Gesicht am Ort des Entsetzens in das blutgetränkte Wasser, die acht anderen

Handlungsträger gehen im Vollzug ihrer archaischen, durch keinerlei zivilisatorische Hemmungen gebremsten Rachege-lüste buchstäblich über Leichen: Es sind vor allem die Frauen, triebhaft, habgierig, widerspenstig und berechnend, die dem jäh aufflammenden mörderischen Narzissmus und der mit ihm verbundenen extremen Kränkbarkeit der Männer zum Opfer fallen. Diese Männer empfinden sich selbst als der letzte Dreck und suchen die Frauen an ihrer Seite durch brachiale Tötungsakte in eben jenen Abfall zu verwandeln, von dem sie wissen, dass sie ihm nicht entinnen können. Ihre individuelle Pathologie weist einen kollektiven historischen Bezugspunkt auf. All ihre Lebensspuren führen in den Zweiten Weltkrieg zurück, ein Krieg, der das innere Koordinatensystem zerschlagen und das Orientierungsvermögen der an ihm beteiligten Täter und Opfer gleichermaßen zerstört hat: Seither ist jeder dem anderen ein Wolf.

**Alles was denkbar ist,
tut der Mensch dem Menschen an**

Aleksandar Tisma wird von denen, die seinen Weg kreuzten, als jemand erinnert, der in der unbedingten Schärfe seines Urteils auch außerhalb der Reservate der Literatur nicht immer angenehm war. Seine überragende ästhetische Souveränität ist unbestritten. Von sich selbst sagte der Mann, der dem Pogrom von Novi Sad entkam und das Arbeitslager in Transylvanien überlebte bevor er als Musiker in Titos Partisanenarmee eintrat, in seinen Tagebüchern: »Werde ich aus meiner Einsamkeit und Isolierung ausbrechen, aus der Selbstsucht, die ich, obwohl sie das Wesentliche meiner Natur ist, als Laster empfand, als Mangel, als Hindernis vor dem Ziel, mich mit den Menschen zu vereinigen, mich ihnen aufzunötigen? Ich fühle immer intensiver, dass ich das nur durch das Schreiben konnte, durch meine Literatur, dass das Ziel, dem ich instinktiv nachstrebte und



Foto: Peter Peitsch

An den äußeren Rand des europäischen Kulturbereichs weggelobt: Aleksandar Tisma

aus dem Wunsch Bücher zu schaffen, wie ich sie selbst mochte, für mich der einzig mögliche Lebensweg ist. Ohne Literatur, ohne selbstverfasste Bücher war ich ein Nichts, ein leerer Raum, ein Raum ohne Berührung mit der Wirklichkeit, der Geschichte, dem Leben«.

Die verstörte westliche Leserschaft und die ihr verbundene Literaturkritik suchte die immanente Botschaft dieses begnadeten Dichters zu bemänteln, indem sie ihn als den greisen Seher von Novi Sad an den äußersten Rand des europäischen Kulturkreises weglöbte. Jenseits dieser Grenze, auf dem Balkan, beginnt bekanntlich die Barbarei. Nach dem Untergang der kannibalischen Systeme des Nationalsozialismus und des Stalinismus sind wir, so die menschenfreundliche Prognose, aus dem Größten heraus. Einer hält dagegen: Alles was denkbar ist, tut der Mensch dem Menschen an. Es ist geschehen und es wird wieder geschehen.

ANNETTE BAUMGARTL
Kafka in Ekstase
Rainer Stachs große Biografie

Ein Sonntag in Berlin, wenige Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Es ist heiß in dem Zimmer des Hotels ASKANISCHER HOF, in dem der Prozess gegen Dr. Franz Kafka stattfindet, jüdischer Versicherungsbeamter und Schriftsteller aus Prag. Das Gericht besteht aus drei Frauen: Felice Bauer, seiner Braut, ihrer Schwester Erna, daneben Grete Bloch, eine Freundin Felices, die schwere Vorwürfe gegen den Bräutigam erhebt. Ihr hat er gestanden, dass er, »so wie ich bin«, nicht verantworten könne zu heiraten. Kafka kann die von ihm geforderten Erklärungen nicht geben. Er schweigt. Felice bleibt nichts übrig, als das Urteil zu verkünden: die Auflösung der Verlobung.

Der Kafka-Spezialist Reiner Stach, der solche und ähnliche Szenen aus dem Privat- und Arbeitsleben Franz Kafkas (1883-1924) erzählt, entwirft im ersten Teil seiner dreibändigen Biografie ein spannendes und akribisch recherchiertes Porträt. Er zeigt, dass es der »Gerichtshof im Hotel« war, bei dem die entscheidenden Bilder gezeugt wurden, die zu Kafkas wohl bekanntestem Roman *Der Prozess* führten. Stach zeichnet die Genese eines Künstlers, der niemals geheiratet hat und von sich sagte: »Ich bin einsam – wie Franz Kafka«.

Nach der Lektüre des fast 700-seitigen Epos' muss das bisherige Kafka-Bild nicht grundlegend revidiert werden. Aber das Porträt des zerrissenen, hochsensiblen Prager Dichters wird zunehmend plastischer und facettenreicher. Stach macht aus Kafka einen zutiefst gespaltenen Romanhelden des 20. Jahrhunderts, mit dem Hang zur permanenten Selbstanalyse und zu morbiden Selbstbestrafungsphantasien. Unverkennbar ist, dass Kafka selbst im Mittelpunkt seiner Romane und Erzählungen steht. »Der Roman bin ich, meine Ge-

schichten sind ich«, schreibt er an Felice. Wie aber konnte ein sozial so unscheinbarer Mensch, fragt Stach, eine kulturelle Schockwelle auslösen, die bis heute nachwirkt?

Die Biografie verfährt nicht chronologisch, sondern beginnt mit den »Jahren der Entscheidungen« von 1910 bis 1915, in denen aus dem unauffälligen Prager Juristen das »Phänomen Kafka« wird. Mit seiner Methode der »Empathie«, der Einfühlung in das Seelenleben seiner Figuren, geht Stach einen riskanten Weg. Er will Kafka in die Gesellschaft seiner Zeit stellen, verwischt dabei aber die Grenzen zwischen Biographie und Roman. Stach setzt Kafkas *Briefe an Felice* dramaturgisch so geschickt in Szene, dass man den Eindruck gewinnt, es handle sich um eine Innenansicht, und versucht von hier, Kurzschlüsse zwischen Leben und Werk nachzuweisen. Nicht immer hat er die nötige Distanz zu seinen Figuren und verfällt in das, was er erklärtermaßen vermeiden wollte: »Ratschläge« zu erteilen. Er attestiert Felice und Kafka, dass sie im entscheidenden Augenblick versagt hätten, denn es sei an der Zeit gewesen, »jenen angstvoll erwarteten Realitätschock der Ehe« durch ein Handeln auf Probe zu mildern.

Warum Felice? Am Abend des 13. August 1912 traf Kafka bei einem Besuch seines Freundes Max Brod eine entfernte Verwandte der Familie, Felice Bauer. Man plauderte angeregt und beschloss spontan, gemeinsam nach Palästina zu reisen. Aus der Reise wurde nichts, doch war dies der Anfang einer ungeheuerlichen Liebe. Dank Felice wird Kafka von ungeahnter Lebensenergie durchflutet. Die 24-jährige Jüdin bedeutet für ihn einen »Wärmestrom«, den er für sein Schreiben braucht. Das »doch recht biedere und konventionelle Berliner Fräulein«, so das gängige Urteil, verkörpert für Stach den neuen sozialen Typus der Angestellten. Nüchtern, geradlinig, dem Realitätsprinzip verpflichtet, stieg sie in

»Möglichst asketisch leben, asketischer als ein Jungeselle, das ist die einzige Möglichkeit für mich, die Ehe zu ertragen. Aber sie?«
(Franz Kafka, *Tagebuch*, August 1913)



Foto: dpa/Bildarchiv

kurzer Zeit in einer Berliner Firma für Diktiergeräte zur Prokuristin auf und unterstützte mit ihrem Gehalt ihre Familie. »Kafka in Ekstase«, vermerkt Brod in seinem Tagebuch. Wie in einem Rausch schreibt der Freund »von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh in einem Zug« die Erzählung *Das Urteil* nieder.

Die mehr als 400 Briefe, die Kafka von Felice erhalten haben muss, verbrannte er nach ihrer endgültigen Trennung. Das verleiht den Briefen den Charakter eines endlosen Monologs. Es ist das Verdienst Stachs, die fehlende zweite Stimme hörbar zu machen. Doch das wahrhaft Monströse an dieser Liebe scheint ihm zu entgehen: Ein Mann verliebt sich in eine Frau, die er nur einmal gesehen hat; er schreibt ihr täg-

lich zahllose Briefe; nie kann er zu ihr »kommen«; ist er einmal zu Besuch, fühlt er sich von ihrem fehlerhaften Gebiss abgestoßen. Die Briefe an Felice sind voll von der Unmöglichkeit, Ehemann und Geliebter zu sein. »Der Coitus als Bestrafung des Glückes des Beisammenseins. Möglichst asketisch leben, asketischer als ein Jungeselle, das ist die einzige Möglichkeit für mich, die Ehe zu ertragen. Aber sie?« notiert er im August 1913 in seinem Tagebuch.

Kafka ist fasziniert von den Briefen seiner Vorgänger Flaubert, Kleist, Hebbel. Doch was er selber durchlebt, ist »ein perverser, teuflischer Gebrauch des Briefs«, wie Deleuze/Guattari in ihrem *Kafka*-Buch schreiben. Kafka vergleicht sich mit einem Vampir, aus dem die verführerische

Stimme des Teufels erklingt. Kann man ein Mädchen mit der Schrift binden? Die Briefe sollen seinem »mageren und blutarmen« Körper Blut zuführen, und das Blut gibt ihm die Kraft zu schreiben. Die Verbindung mit Felice soll seinem brüchigen Ich mehr Widerstandskraft geben, zugleich hat er panische Angst vor dem »Hinüberfließen«.

Kafka hat die lebensstüchtige, pragmatische Felice zum Symptom seines Schreibens gemacht und sie letztendlich seinem Ideal asketischer Reinheit geopfert. Erst der Ausbruch seiner tödlichen Krankheit brachte die Befreiung aus unerträglichen Bindungskonflikten. In einem Brief aus dem Jahre 1917 an Max Brod sucht er nach einer »Erklärung«: »So geht es nicht weiter« hat das Gehirn gesagt und nach fünf Jahren hat sich die Lunge bereit erklärt, zu helfen.« Nach »fünf Jahren« – das ist die Zeitspanne seiner inneren Kämpfe mit Felice.

Reiner Stach: Kafka. Die Jahre der Entscheidungen. S. FISCHER VERLAG, Frankfurt am Main 2002, 673 Seiten mit 32-seitigem Bildteil, € 29,90.

CLAUDIA GLIEMANN
Berliner Facetten:
Mut zur Lücke
Palast der Republik –
Zwischennutzung

Der Palast der Republik war einst ein Haus des Volkes, der Kultur und Politik, ein für jeden offenes Haus, bis auf den »Saal der Volkskammer«. Hier tagte die höchste Volksvertretung der DDR. Genau dieser Saal soll nun für eine Zwischennutzung geöffnet werden, wie das Forschungsprojekt der TU BERLIN »Urban Catalyst« in einer Machbarkeitsstudie vorschlägt. Unterstützt wird es dabei von der BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG und der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG in Berlin.

Der Palast der Republik, auf den gesprengten Ruinen des Stadt-Schlusses erbaut und 1976 eröffnet, war 1990 offiziell wegen Asbest-Verseuchung geschlossen worden. Nach Abschluss der Asbest-Sanierung Ende 2002 bleibt bis zum beschlossenen Neubau des Schlosses eine Zeitlücke von mindestens drei Jahren.

Der Bund als Eigentümer ist damit einverstanden, den Palast in dieser Zeit zu öffnen, vorausgesetzt es entstehen ihm keine Kosten und der Zeitrahmen wird eingehalten. Die Befürchtung aller Schlossliebhaber ist nun, dass das Provisorium Palast länger halten könnte als das Original.

Der Palast der Republik als Provisorium soll als ein Laboratorium temporärer Nutzung funktionieren. Dabei geht es weder um Vergangenheit noch um Zukunft, weder um ein Glorifizieren der DDR noch um ein Einmischen in den Schlossneubau, so Philip Oswald von »Urban Catalyst«. Es gehe darum, Leerstellen der Stadt in der Gegenwart kreativ zu nutzen.

Interessierte Zwischennutzer gibt es einige. Sie stellten ihre Ideen und Projekte in der Ausstellung *Zwischen Palast Nutzung* vor, in der deutlich wurde, dass fast alle Vorschläge einer Zwischennutzung aus der Auseinandersetzung mit dem Ort entstanden und vom jetzigen Zustand des Palastes inspiriert sind, von seinen Ausblicken, seiner politischen Vergangenheit oder dem damaligen Design. Wo 1990 die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik beschloss, soll ab 2003 Musik erklingen und getanzt werden, können Skater fahren und Bars sich drehen.

Die Nutzer

Die Staatsoper plant für Mai/Juni 2003 die deutsche Erstaufführung der Kammeroper *Nacht* von Georg Friedrich Haas. Das in 24 Bildern komponierte Werk handelt vom Verlust der Utopien, vom Wissen um Schuld, von Identität und Erinnerung. Im Volkskammersaal aufgeführt, stellen diese

Bilder und Begriffe unweigerlich einen Bezug zum Ort, zu seiner Geschichte und vielleicht auch Zukunft her. Die Sophiensäle, in Berlin, bekannt als tanzende Zwischennutzer an vielen Orten der Stadt, wollen den Palast unter Leitung des Musikers Christian von Borries bespielen. Sein Projekt *European Chaos – der Wagnerkomplex* geht von der Kubatur des Volkskammersaals und den visuellen Bezügen zu Alexanderplatz, Brandenburger Tor und Museumsinsel aus. Der Besucher wird so im Raum wandelnd mit einem unsichtbaren Orchester konfrontiert.

Der Club WMF zieht seit seiner Gründung 1991 durch Berlin und eröffnete bis jetzt an sieben verschiedenen Orten, zuletzt im Café Moskau an der Karl-Marx-Allee. Zum Selbstverständnis des WMF gehört die Auseinandersetzung mit der vorgefundenen Architektur und Geschichte des Ortes. So ist das Wiederverwenden von ausrangiertem DDR-Möbiliar ein Markenzeichen des Clubs geworden.

Die Inneneinrichtung des Clubs an der Burgstraße/Hackescher Markt zum Beispiel bestand in großen Teilen aus dem Palast, im Johannishof aus Überresten des abgerissenen Außenministeriums und des Gästehauses des Ministerrates. Im Provisorium Palast will das WMF nun die alte Bowlingbahn wieder zum nächtlichen Treffen öffnen, und die Bowlingbar, die durch viele Orte mit dem WMF mitgewandert ist, wieder an seinem Ort installieren.

Der Künstler Fred Rubin beschäftigt sich seit den Neunziger Jahren mit dem Inventar der Staatsbauten der DDR. Er transferierte Erich Honeckers Arbeitszimmer an die Côte d'Azur und die Bowlingbar aus dem Palast in den Club WMF. Nun möchte er die einstige Foyerbar an ihren alten Ort zurück bringen, aber zweckentbunden. Mit dem Zusatz einer Wendemaschine wird sie zu einer Rotationsbar als Skulptur. Das Deutsche Technische Museum möchte auch Inventar des Palastes, das derzeit im

Depot lagert, temporär an seinen Ort zurück bringen. Julia Novak und Tim Beutelschmidt planen eine Ausstellung über drei Monate als »illustre Zeitreise«, in der die Geschichte des Palastes so kurz vor dem Abriss noch einmal erzählt wird.

Das FORUM JUNGE BEWEGUNGSKULTUR dagegen ist daran interessiert, den Palast der Jugend zu öffnen, ihren Ideen zur Stadt und ihrer Freizeit. Sie sollen dort skaten können, in einer *Graffiti*-Galerie ihr Können und ihre Visionen zeigen; junge Bands werden auftreten und vieles mehr.

Die Zukunft

Die nahe Zukunft des Palastes wird hoffentlich *Zwischen Palast Nutzung* heißen, was eine breit angelegte Plattform bedeutet, die das kulturelle Leben Berlins und darüber hinaus widerspiegelt. Denn Berlin ist zwar pleite, aber seine Kultur blüht.

Sie zieht Musiker, Künstler, Architekten und Literaten aus aller Welt an. Die Projekte der Staatsoper, der Sophiensäle, des Clubs WMF, des Künstlers Fred Rubin, des Deutschen Technischen Museums und des FORUMS JUNGE BEWEGUNGSKULTUR sind ein Teil möglicher Zwischennutzungen des Palastes.

Er ist noch für viele Ideen und Projekte offen. Realisiert werden sie in Eigeninitiative. Die Einbauten für die jeweilige Veranstaltung bleiben minimal. Geplant aber sind bauliche Maßnahmen für die Verkehrssicherheit und den Brandschutz. Dafür ist eine Summe von 1,3 Millionen EURO veranschlagt. Dieses Geld soll über Sponsoren und öffentliche Spenden zusammen kommen.

Die ferne Zukunft des Palastes heißt Schloss-Neubau und kostet 670 Millionen EURO. Dabei ist das Schloss lediglich die Hülle. Für den Inhalt kann vielleicht die *Zwischen Palast Nutzung* Impulse geben.

**Redaktion des Kulturteils:
Elke Schubert**

TANJA BUSSE

Der Öltank ist leer

Wie teuer kommt uns die verzögerte Energiewende?

Die Warnung vor einem bevorstehenden Ende der fossilen Energiereserven ist während der letzten Jahre in die Sparte »Probleme zukünftiger Generationen« gerutscht. Was der *Club of Rome* Anfang der Siebziger prophezeit hatte, schien definitiv übertrieben gewesen zu sein: Öl ist noch da und scheinbar kein Anzeichen von Knappheit in Sicht.

Die Ölproduzenten aller Länder haben gute Gründe, uns in diesem Glauben zu lassen. Wenn die OPEC-Staaten mit den anderen Öl produzierenden Staaten über Preise und Kontingente verhandeln, erzählen sie sich gegenseitig Märchen, die eine konsum- und mobilitätsversessene Öffentlichkeit nur zu gerne glauben möchte.

In Colin Campbells Buch *Ölwechsel* wird das als »Propagandaschlacht« bezeichnet: »Beide Seiten haben versucht, sich etwas vorzumachen: Die Nicht-OPEC-Staaten wollen die OPEC-Staaten Glauben machen, dass es noch genügend Öl auf der Welt gäbe, das man holen würde, sobald die OPEC ihre Stellung missbrauchen würde. Man tat also so, als würde sich die Welt im Prinzip immer noch in derselben Lage befinden wie in den 70er Jahren. Damals hatte man Alaska und die Nordsee erschlossen.

Solange Geldgeber und Wirtschaft glauben, dass ausreichend Öl vorhanden ist, werden sie weiterhin in die Ölindustrie investieren und nicht zu schnell auf Alternativen setzen. Nur so werden die Verbraucher noch auf Öl angewiesen sein, wenn es knapper und teurer sein wird. Und das wird nicht mehr lange dauern.

Colin J. Campbell, der jahrzehntelang

für große Ölfirmen gearbeitet und Ölfelder erschlossen hat, warnt eindringlich vor diesem gefährlichen Dornröschenschlaf. Die fossilen Energiereserven sind begrenzt und zum allergrößten Teil längst entdeckt. Die Hoffnung auf riesige neue Funde ist, wie Geologen belegen, vollkommen unberechtigt. Denn Erdöl kann nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen entstehen, und zwar dann, wenn in Meeren mit warmem Oberflächenwasser außergewöhnlich viele Algen wachsen und die so entstehende organische Materie in tiefe sauerstofflose Becken absinkt und dort konserviert wird. Diese Konstellation ganz bestimmter Temperatur- und Druckbedingungen war in Millionen von Jahren eher selten. Inzwischen haben die Geologen recht genau herausgefunden, wo so etwas stattgefunden hat und wo nicht. Deshalb ist es wenig sinnvoll zu glauben, dass man einfach immer tiefer bohren müsste, um mehr Öl zu finden.

Doch das ist nur der erste Teil der schlechten Nachricht. Der zweite Teil besagt: Die Ölreserven sind bald aufgebraucht. Dabei ist weniger wichtig, wann das letzte Öl aus der Erde gepumpt sein wird, sondern wann das weltweite Fördermaximum erreicht sein wird. Die Förderung aus einer Ölquelle verläuft nämlich nicht gleichmäßig, sondern glockenförmig. Wenn der Höhepunkt erreicht ist, lässt der Druck nach und die Förderraten gehen schnell zurück. Diese Abbaukurve lässt sich von der einzelnen Ölquelle auf die Förderung insgesamt übertragen, denn, so schreibt Campbell, »keine Firma der Welt hebt sich die Ölfelder mit den günstigsten ökonomischen Eigenschaften für die Zukunft auf«. In den USA wurde das Fördermaximum schon 1971 erreicht, doch als der Geologe und SHELL-Mitarbeiter Hubbert

dies 1956 ankündigte, hatten die meisten seiner Kollegen nur Spott für ihn übrig.

Nun gibt es wieder eine Warnung, die niemand hören will: Irgendwann um 2010, vielleicht schon 2005, auf keinen Fall später als 2020 wird das weltweite Fördermaximum erreicht sein. Und ab dann geht es mit der förderbaren Menge steil bergab, die Preise werden steigen. Und wo wird dann noch Öl zu finden sein? Im Nahen Osten. Und welches Land kann seine Produktion noch ausbauen? Der Irak.

Alles andere, was oft unter Reserven verbucht wird, ist ökologisch gesehen eine Katastrophe: Das Öl am Kaspischen Meer hat einen sehr hohen Schwefelgehalt, der die Produktion teuer und umweltschädlich macht. Neben den Förderanlagen am kasachischen Ölfeld Tengiz türmen sich mittlerweile 4,5 Millionen Tonnen Schwefel.

Auch die Reserven an sogenanntem unkonventionellen Öl sind keine Alternative. Ölschiefer und Teersand sind schwer abbaubar und um ein Mehrfaches giftiger als konventionelles Öl. Die Teersande etwa, die in riesigen Mengen unter kanadischem Boden lagern, enthalten etwa zehn bis zwanzig Prozent Öl, das zwar mit gewaltigem technischem Aufwand – nach heutigen Preisen am Rande der Wirtschaftlichkeit – gewonnen werden kann. Doch dabei würden neben den hohen Kosten Abraumhalden von der Größe Bayerns entstehen.

In Venezuela, nördlich des Orinoco, gibt es eine Ablagerung von extraschwerem Öl, das so giftig ist, dass es genetische Veränderungen der Meeresfauna verursacht. Dennoch hat ein Kraftwerk in Kanada 1,6 Millionen Tonnen dieses Schweröls geordert. Ähnlich ist es mit den Ölschiefervorkommen, zum Beispiel in den USA und Australien: Der Energieaufwand, den man benötigt, um aus Ölschiefer nutzbare Energieträger herzustellen, ist so hoch, dass die Differenz beinahe null ist.

So warnt Campbell vor Prognosen, die unkonventionelle Öle als Reserven verbu-

chen. Denn weder Teersand noch Ölschiefer noch Tiefseeöl werden dazu beitragen, das Fördermaximum hinauszuzögern: »Im kleinen Stil findet man mit besonders günstigen Lagerstätten fast immer eine Nische, in der die Produktion gerade noch rentabel ist. Doch sobald diese auf ein im Weltmaßstab relevantes Niveau ausgeweitet werden soll, muss man die weniger idealen Vorkommen angreifen. Dann dominieren sehr schnell die Umweltauswirkungen und die hohen Kosten, so dass eine schnelle Ausweitung der Produktion nicht erfolgen wird.«

Erdgas könnte eine gute Alternative sein – wenn es nicht beinahe ebenso knapp wie Öl wäre. Das flüchtige Gas ist leichter zu fördern als Öl, und in Russland, Afrika und im Mittleren Osten gibt es große Vorräte. Die werden aber vermutlich nicht über mehrere Jahrzehnte reichen, vor allem dann nicht, wenn die Förderrate bei eintretender Ölknappheit wesentlich erweitert würde. Zu dumm, dass jahrzehntelang die großen Mengen Erdgas, die bei der Erdölförderung entstehen, einfach abgefackelt worden sind. Immerhin hat das die Erwärmung der Atmosphäre so beschleunigt, dass weltweit die Folgen des Klimawandels ein paar Jahre zu spüren sein werden. Das könnte die Einsicht in die Notwendigkeit einer Energiewende verstärken, bevor der energiefressende Lebensstil der Industrieländer von der Gnade muslimischer *Hardliner* abhängen wird.

Für eine dezentrale Wasserstoffwirtschaft

Mit autofreien Sonntagen wird es dann nicht getan sein. Die gesamte Weltwirtschaft hängt von billigem Öl ab. Ohne Erdöl können zum Beispiel keine Düngemittel für die industrialisierte Landwirtschaft hergestellt werden. Das mag langfristig die ökologische Landwirtschaft stärken, doch bedeutet es zunächst enorme Ernteeinbrüche und vermutlich Hunger für noch

mehr Menschen. Es wird also alles auf einen Wettlauf mit der Zeit hinauslaufen. Bevor das Fördermaximum erreicht wird, sollte es Alternativen zum Öl geben.

Jeremy Rifkin, der amerikanische Allround-Visionär, hat in seinem Buch *Die H₂-Revolution* beschrieben, wie das aussehen könnte, und es klingt fast zu schön, um wahr zu werden: Der billige und umweltfreundliche Wasserstoff könnte den teuren und giftigen Kohlenwasserstoff der Kohle und des Öls als Energielieferant ablösen.

Wasserstoff ist als Element des Universums unbegrenzt vorhanden, er steckt, verbunden mit zwei Sauerstoffatomen, im Wasser. Daraus kann er durch Elektrolyse gewonnen werden und als Treibstoff, beispielsweise für Brennstoffzellen, genutzt werden, die völlig ohne Abgase funktionieren. Sie könnten als Minikraftwerke überall dort gebaut werden, wo Energie gebraucht wird und auch Autos antreiben.

In dieser dezentralen Struktur liegt nach Rifkin die Chance nicht nur für eine neue Energieversorgung, sondern auch für eine bessere Wirtschaftsordnung. Rifkin verweist auf den Zusammenhang von Energieform und Wirtschaftsordnung: »Derzeit diktieren acht Megaunternehmen die Bedingungen für den Energiefluss durch die gesamte Welt. Durch ihre herrschende Stellung auf dem Energieweltmarkt schufen diese Konzerne Bedingungen für Massenproduktion und eine zentralisierte Wirtschaftstätigkeit in allen andern Branchen. Die für das Zeitalter fossiler Brennstoffe typische Machtballung musste zu den Menschenansammlungen in Megastädten führen, die ungeheure Energiemengen verschlingen und sich auf Dauer nicht halten lassen. Die Globalisierung ist das Endstadium der Ära fossiler Brennstoffe.«

Dieser Konzentration der Öl-Wirtschaft hält er eine dezentrale Wasserstoffwirtschaft entgegen: Viele kleine Kooperativen könnten Brennstoffzellen nutzen und überschüssige Energie ins Netz einspeisen.

»Bald schon werden die Endverbraucher nicht nur ihre eigene Energie erzeugen, sondern sie untereinander austauschen können und damit die derzeitige von oben nach unten verlaufende, reichlich einseitige Struktur aushebeln.«

Die dezentrale Vernetzung und interaktive Kommunikation des Internets schwebt Rifkin als Modell vor. Das weltweite Computernetz hat – wenn auch nicht in dem Maße, wie anfangs von vielen erhofft – eine einseitige und hierarchische Wirtschaftsstruktur verändert.

Der Haken an der Sache: Noch ist die Erzeugung von Wasserstoff sehr teuer. Heute wird er meistens aus Erdgas gewonnen, was das Energieproblem natürlich nicht löst. Doch an der besseren Möglichkeit wird geforscht: an Solar- oder Windkraftanlagen, die mithilfe der Elektrolyse Wasserstoff aus Wasser gewinnen. Wie sähe die Welt aus, wenn alle Gelder und Anstrengungen, die die Kernenergie bis heute verschlungen hat, in die Verbesserung dieser Anlagen gesteckt worden wären.

Die Bewohner der Industrieländer haben sich an maßlosen Konsum ebenso gewöhnt wie an die ungeheure Ungleichheit der Lebensverhältnisse auf der Welt. Innerhalb von gut hundert Jahren werden einige reiche Länder den vor 150 Millionen Jahren entstandenen Ölreichtum der Welt verprasst haben. Jeden Tag werden 12 Milliarden Liter Öl gefördert und verbraucht.

Wie es aussieht, ist es damit bald vorbei. Doch erst wenn das Fördermaximum des Öls erreicht ist und der Preis in die Höhe schnellte, bevor die alternativen Brennstoffzellen richtig laufen, werden wir spüren, was das alles bedeutet.

Colin J. Campbell: *Ölwechsel! Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft*. DTV, München 2002, 280 S., € 15,00.

Jeremy Rifkin: *Die H₂-Revolution. Mit neuer Energie für eine gerechte Weltwirtschaft*. CAMPUS, Frankfurt/New York 2002, 304 S., € 25,50.

KLAUS BITTERMANN
Alte und neue Kriege

Quer zu Herfried Münklers These, dass das Zeitalter der zwischenstaatlichen Kriege zu Ende geht, haben die USA mit gewaltigem personellen und technologischen Aufwand ihren Krieg gegen den Irak und Saddam Hussein vorbereitet. Dieser »Rückfall« hat allerdings gute Gründe – sie heißen alle Öl. Kaum jemand glaubte vor dem Krieg an die angeblich vom Irak ausgehende terroristische Bedrohung oder gar eine nachweisbare Zusammenarbeit zwischen Al Quaida und Saddam Hussein. Doch die amerikanische Regierung geht davon aus, dass sich der Waffengang finanziell lohnt und Zugriff zu den reichen und hochwertigen Ölquellen verschafft, auch wenn vom Irak hinterher wenig mehr als das Öl übrig bleiben wird.

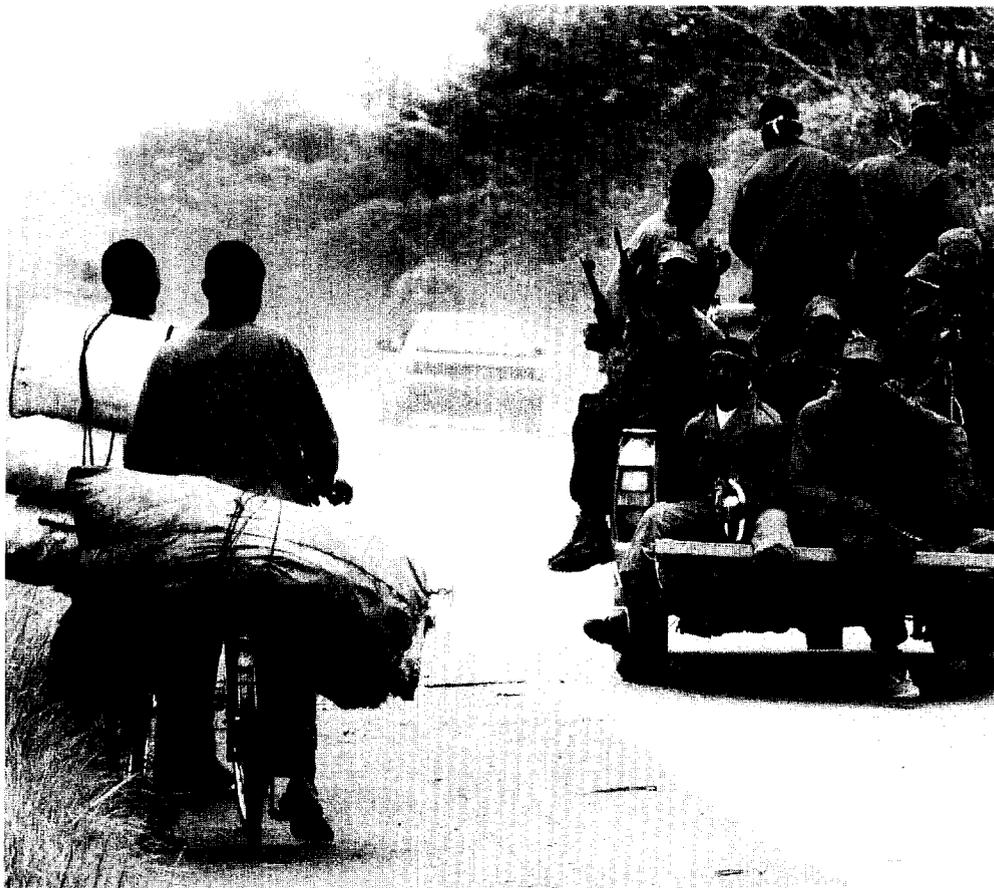
Dennoch verlieren die zwischenstaatlichen Kriege im Gegensatz zu den schwellenden Konflikten der *warlords* und der Söldner, also der »neuen Kriege«, an Bedeutung. Die These Herfried Münklers ist nicht hinfällig, sie ist jedoch auch nicht besonders neu, denn diese Tendenz zeichnet sich schon seit Jahrzehnten ab, vor allem in Afrika, wo sie allerdings leicht ignoriert wurde, während den Europäern das Problem erst zu Beginn der neunziger Jahre mit dem Jugoslawischen Bürgerkrieg bewusst wurde. Münkler hat jedoch eine Studie vorgelegt, in der er die bislang vorliegenden Erkenntnisse in didaktisch vorbildlicher Weise aufbereitet hat. Dabei widerlegt er auch einige sich hartnäckig haltende, aber schon lange obsoleete Annahmen, z.B. dass »ethnische wie religiöse Gegensätze meist nicht die Ursachen eines Konfliktes sind, sondern ihn nur verstärken«, ebenso wenig wie Armut ein Grund für Kriege ist, sondern vielmehr potenzieller Reichtum, um dessen gewaltsame Aneignung es geht.

Münkler beschreibt, wie die fundamentale Veränderung der Kriege vor sich ging.

Waren Anfang des 20. Jahrhunderts noch 90 Prozent der Gefallenen Soldaten, hat sich die Opferbilanz ins Gegenteil verkehrt, die Leidtragenden sind nunmehr fast ausschließlich die Zivilisten, wobei dieses Phänomen nicht den Übergang zum *low intensity war* charakterisiert, denn auch im Zweiten Weltkrieg, dem letzten großen zwischenstaatlichen Krieg der vergangenen Epoche, wurde die Bevölkerung als Geisel benutzt, die sich zu Zwecken der Abschreckung und der Vergeltung ohne Risiko hinrichten ließ, ohne dass irgendwelche völkerrechtlichen Abkommen daran etwas geändert hätten. Unter den Bedingungen der neuen Kriege wurde der Zivilist als Freiwild zum Programm, zum irrationalen Moment eines von Banden geführten Krieges, der sich auch nicht ausschließlich durch Raub- und Plünderungsökonomie erklären lässt.

Die im nunmehr schon dreißig Jahre währenden angolanischen Bürgerkrieg auftauchenden Kindersoldaten, deren Zahl weltweit auf 300.000 geschätzt wird, haben einfach Spaß daran, Zivilisten zu massakrieren, da die unter absolut inhumanen Bedingungen aufgewachsenen Jugendlichen keinerlei ziviles Bewusstsein ausbilden konnten. Ihr Verhalten ist atavistisch, brutal und ohne jegliches Risikobewusstsein, weshalb sie auch so gefürchtet sind. Und auch Tschetniks, bosnische und kroatische Milizen kämpften weniger gegeneinander, sondern versuchten sich in der Niedermetzelung der jeweils anderen ethnischen Gemeinschaft zu übertrumpfen.

Da es Entscheidungsschlachten nicht mehr gibt, in denen sich Soldaten gegenüberstehen, leben Kombattanten inzwischen sicherer als Zivilisten, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Soldaten immer häufiger die eigene Bevölkerung als Schutzschild missbraucht wie z.B. die bosnischen Milizen im Kampf um Sarajewo. Auch die Staaten sind immer weniger bereit, den Soldaten als Kanonenfutter zu verwenden, zu viel wurde schließlich in seine Ausbil-



Privatisierter Bandenkrieg an der Elfenbeinküste. Die Leidtragenden solcher Auseinandersetzungen sind zu neunzig Prozent Zivilisten.

dung investiert. In Zeiten der technologisierten Kriegsführung wurde der Kombattant zu einem hochwertigen Spezialisten.

Charakteristisch für den neuen Krieg, bzw. für das, was Enzensberger als »molekularen Bürgerkrieg« bezeichnet hat, ist eine »Diffusion der Gewalt bis in die äußersten Enden des gesellschaftlichen Kapillarsystems«. Er kennt weder Anfang noch Ende, weder Ziel noch Zweck, d.h. weder eine Kriegserklärung noch einen Friedensvertrag, und auch eine politische Absicht, wie die Eroberung eines Gebiets, ist nicht unbedingt auszumachen, ebenso wenig wie die Gründung eines neuen Staats als politisches Ziel einer Sezession. Der neue Krieg

ist sich selbst der Zweck, in dem es um Raubökonomie, Gewaltausübung und das Recht des Stärkeren geht, d.h. um die Existenzgrundlage der Kombattanten, ein Phänomen, das sich nach Münkler schon während des Dreißigjährigen Krieges und im Italien der *Condottieri* beobachten ließ.

Diese Idealtypologie trifft jedoch in den seltensten Fällen zu, denn die symmetrischen und asymmetrischen Kriege, wie Münkler sie nennt, sind in den konkreten Konfliktherden immer miteinander verzahnt. So behauptete die *UCK* natürlich, dass ihr politisches Ziel die Gründung eines eigenständigen Staates sei, die Mittel allerdings, mit denen sie die Unabhängig-

keit erreichen wollte, als die UCK selbst vor Massakern an der eigenen Bevölkerung nicht zurückschreckte, lässt sich durchaus als typisch für die neuen Kriege begreifen. Und auch die mafiotischen *warlord*-Strukturen der UCK sind ein recht eindeutiger Hinweis darauf, dass die herrschende Clique den Kosovo als ihr persönliches Eigentum betrachtet, mit dem sie nach Belieben zu verfahren gedenkt, ganz abgesehen davon, dass kaum jemand intensiver mit dem internationalen Rauschgifthandel verflochten ist als die UCK. Nun hat die UCK die USA und ihre Verbündeten auf ihrer Seite, die darüber großzügig hinwegsehen, während andere Verbrecherorganisationen die amerikanische Regierung zum Feind haben und mit Sanktionen rechnen müssen.

In dieser Debatte um die neuen Kriege ist es Münkler hoch anzurechnen, dass er bei den Motiven der Beteiligten immer ein spezifisches Interesse zugrunde legt und davon wolkige Legitimationen zu unterscheiden weiß. So ist z.B. »die Entscheidung, eine bewaffnete Auseinandersetzung mit terroristischen Mitteln zu führen, nicht Ausdruck einer prinzipiellen Feigheit«, wie bei jedem neuen Anschlag in den Kommentaren zu lesen ist, »sondern vielmehr das Ergebnis einer rationalen Abschätzung der Kräfteverhältnisse«. Auf der anderen Seite hängt die Entscheidung westlicher Demokratien, Regionen zu »pazifizieren«, im wesentlichen davon ab, »ob ein solcher Einsatz finanzierbar ist und ob er mit den Interessen der Eingreifenden übereinstimmt.«

Alles andere ist Menschenrechtshetorik, denn nicht von humanistischen Erwägungen wird die Logik der Einsätze bestimmt, sondern von einem politisch-ökonomischen Kalkül, bei dem die Kosten in Relation zum erhofften Nutzen gesetzt werden. Selbst bei der Intervention der NATO im Kosovo glaubt Münkler nicht daran, dass die menschenrechtlichen Argumentatio-

nen, außer für die innergesellschaftliche Debatte, von Belang gewesen sind, sondern die Furcht, dass die ethnischen Säuberungen die gesamte Region zu destabilisieren versprach und ein transnationaler Krieg zu befürchten stand. Das ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn Münkler sich bei dieser Befürchtung auf so zweifelhafte Quellen beruft wie David Rieff und Maria von Welser, die im Jugoslawienkonflikt sehr dezidiert und einseitig gegen die serbische Seite Partei ergriffen haben, also ein gutes Beispiel für den wachsenden Einfluss der Medien auf politische Entscheidungen lieferten, vor dem Münkler wiederum warnt, wenn er von der »Verwandlung der Berichterstattung über den Krieg in ein Mittel seiner Führung« spricht.

Sicher ist, dass der Kampf medial gewonnen werden muss, wenn man militärisch nicht auf verlorenem Posten stehen will. Auch die amerikanische Regierung weiß das und handelt danach, obwohl sie militärisch allen anderen Mächten haushoch überlegen ist, so dass man denken könnte, dass sie auf Propaganda weniger angewiesen ist als Saddam Hussein beispielsweise. Aber nicht zuletzt aus dem Vietnam-Krieg klug geworden, steckt die amerikanische Regierung an der Heimatfront nicht nur enormen finanziellen Aufwand in Überzeugungsarbeit, sondern schreckt auch nicht vor Druckmitteln zurück, die kaum als demokratisch bezeichnet werden können, um abweichende Meinungen auf Regierungslinie zu bringen, die grundsätzlich in der Annahme besteht, für die eigene gerechte Sache einen »gerechten Krieg« zu führen. »Solche Vorstellungen«, schreibt Münkler, »sind insbesondere dort anzutreffen, wo religiöse Fundamentalisten in die Politik Einzug gehalten haben«. Ob er damit auch die derzeitige amerikanische Politik meinte, ist unklar, in jedem Fall aber trifft sein Verdikt auf sie zu.

Herfried Münkler: Die neuen Kriege, RO-
WOHLT VERLAG, Reinbek 2002, 285 S., € 19,90.

CHRISTOPH FLEISCHMANN
**Wunschdenken aus den
vierziger Jahren**
Bücher zum Nahost-Konflikt

Staaten sind »Maschinen, die Macht ausüben« und Menschen unterdrücken. Der mächtigste Staat unterdrückt demnach am meisten – und ist kraft seiner Macht für fast alle Konflikte und Missstände in der Welt mitverantwortlich. So könnte man die einfache, anarchistisch inspirierte Hermeneutik des amerikanischen Linguisten Noam Chomsky beschreiben, mit der er quasi jedes Problem der Welt analysiert: Die Vereinigten Staaten sind schuld, auch im Nahostkonflikt, den Chomsky in seinem gerade auf Deutsch erschienenen Buch beschreibt. Amerika ermögliche seinem »Vasallen« Israel eine imperialistische Politik gegenüber den Palästinensern, die bestenfalls in neokolonialer Abhängigkeit von Israel existieren dürften. Etwas anderes – Oslo hin, Camp David her – sei nie ernsthaft von den führenden Staatsvertretern Israels geplant gewesen, so Chomskys Grundthese.

Er erinnert daran, dass die Option einer Vertreibung der Palästinenser, die heute in israelischen Medien diskutiert wird, keineswegs neu ist, sondern seit der Staatsgründung immer wieder als eine reale Möglichkeit angesehen wurde. Auch wird deutlich, dass der Siedlungsbau nicht eine Angelegenheit religiöser Fanatiker ist, sondern von den beiden großen Parteien gezielt als militärische und politische Strategie angewandt worden ist – auch nach dem Osloer Abkommen. Der sogenannte Friedensprozess war für Chomsky nur eine Farce, da den Palästinensern nie ernsthaft ein lebensfähiger Staat in Aussicht gestellt worden ist.

Die amerikanische Politik mache sich seit Henry Kissingers Regierungsverantwortung in den 70er Jahren die israelische Position weitgehend zu eigen. Nur bei groben Menschenrechtsverletzungen kritisiere

Washington die israelische Politik, lasse sich aber auch dann nicht davon abhalten, die kritisierte Politik weiter mit erstaunlichen Geldsummen zu finanzieren – und perpetuiere damit den Konflikt. Die Nachweise dazu sind in der Tat frappierend und demaskieren die vermeintlichen Friedensbemühungen der wechselnden amerikanischen Regierungen bestenfalls als halbherzig und schlimmstenfalls als Propaganda, um das eigene Gesicht zu wahren.

Etwas tiefer geht Chomskys Analyse, wenn er den entscheidenden Geburtsfehler Israels darin sieht, dass man einen demokratischen *und* jüdischen Staat schaffen wollte. In den vierziger Jahren stand Chomsky als junger jüdischer Student den Ideen von sozialistischen Zionistengruppen wie AVUKAH und HASHOMER HATZAIR nahe, die beide einen Staat zweier Nationen in Palästina aufbauen wollten, also keinen rein jüdischen Staat. Eine Position, die freilich kaum Widerhall fand bei denen, die in Palästina Fakten schufen. Chomsky kommentierte seinen jugendlichen Vorstellungen später so: »Im Nachhinein, fürchte ich, war das meiste davon Wunschdenken«.

Nirgends findet man einen Hinweis, wie ein Problem konkret gelöst werden könnte, welche Schritte auf der Agenda stehen müssten. Spricht man Chomsky darauf an, so erklärt er unbekümmert, dass sich zu allen Zeiten Menschen fänden, die ihr Schicksal in die eigene Hand nähmen und gegen die »Machtmaschinen« für eine lebenswertere Welt streiten würden – und Erfolg hätten. Chomsky glaubt an die Kraft freier Assoziationen, denen er nicht zu sagen braucht, was sie tun müssen. Mit seinen Analysen will er lediglich das Halbdunkel ideologischer Nebelwerfer lichten. Das gelingt ihm, aber die meisten Leser Analysen wohl nicht in die freie Assoziation, sondern eher in den Sarkasmus.

Neben der Gründungsphase und einem kurzen Blick auf den Sechs-Tage-Krieg beschreibt Chomsky vor allem die Situation

vor und während der ersten Intifada. Besonders ausführlich analysiert er die Invasion in den Libanon mit den Massakern von Sabra und Shatila. Etwas knapper kommt die Zeit nach Oslo zur Sprache. Die aktuelle Situation seit September 2000 wird nur im Vorwort zur deutschen Ausgabe gestreift.

Marcel Pott streitet in seinem Buch dafür, – gegen das angeblich herrschende Tabu – als Deutscher endlich die israelische Politik kritisieren zu dürfen. Warum schreibt er nicht, wie er die politische Situation im Nahen Osten und die deutsche Israel-Politik dazu sieht? Ansonsten schätzt Pott die Lage im Israel-Palästina-Konflikt ähnlich ein wie Chomsky. Und obwohl er auch ähnlich arbeitet wie Chomsky – er schöpft viel aus veröffentlichten Zeitungsartikeln – merkt man doch den Unterschied: Er bringt sein Material kaum in eine geordnete Form, sondern stellt seine Quellen lose nebeneinander, so dass sein Buch mehr den Wert eines Lesebuches als einer eigenständigen Analyse hat.

Daneben nimmt der frühere ARD-Korrespondent in Beirut und Amman noch einige längere selbst geführte Interviews mit in sein Buch auf, darunter das mit Moshe Zuckerman, der sehr exakt und klar die Aporien der gegenwärtigen Situation herausarbeitet. Die Bedingungen für einen Frieden, wozu eine Räumung »nahezu aller« Siedlungen gehöre, sei innenpolitisch kaum realisierbar. Eine Friedenslösung würde die Identität vieler Israelis als Zionisten in Zweifel ziehen. Längerfristig sieht er eine Lösung in einer »konföderativen Struktur zwischen Israel und Palästina«. Das hat durchaus Ähnlichkeiten mit Chomskys »Wunschdenken« aus den vierziger Jahren.

Noam Chomsky: *Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik. Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt*, EUROPA VERLAG, Hamburg 2002, 354 S., € 19,90.

Marcel Pott: *Schuld und Sühne im gelobten Land. Israels Sonderrolle im Schutz der westlichen Welt*, VERLAG KIEPENHEUER & WITSCH, Köln 2002, 228 S., € 19,90.

HELMUT MÖRCHEN

»Niklas Luhmann, rette mich!«

Klaus Theweleit über das Verschwinden der Realität

Nicht Afghanistan, George W. Bush, der Irak oder Osama Bin Laden stehen im Mittelpunkt, sondern wir als Miterlebende der Weltgeschichte vor und nach dem Tag des Knalls am 11. September 2001. Klaus Theweleit setzt sich in seinem Buch mit dem »Verschwinden der Realität« auseinander – in den audiovisuellen Medien und in den seit Alters her erprobten Techniken, Frieden zu zerstören und Kriege zu entfachen.

Ausgehend von einem Film über Cordoba im Jahr 1200 rekonstruiert der Autor, wie das damals friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen planmäßig zerstört wurde. Eine »händlerisch, wissenschaftlich und artistisch ausgerichtete Mischgesellschaft« wurde künstlich ethnisiert, re-religionisiert.

Die neu entstandenen Teilgesellschaften ließ man bewaffnen und gegeneinander aufhetzen. Ob Cordoba 1200, Jugoslawien in den neunziger Jahren oder Afghanistan bis heute: Das tödliche Spiel ist immer dasselbe. Von Fundamentalisten erpresste Loyalität stürzt die Menschen ins Unglück.

PlayStation Cordoba/Yugoslavia/Afghanistan etc. ist aber nur das Vorspiel für den zentralen Essay vom Verschwinden der Realität. Wer den Denk- und Schreibstil Theweleits noch nicht kennt und moderat vorgetragene, wohlgeordnete Argumentationsketten erwartet, sollte besser die Lektüre mit dem am Ende des Buches stehenden Bericht *Klinik. King of Comedy. Naked Lunch. Dead Man* über die Blinddarmpoperation des Autors im Juni 2001 beginnen. Theweleit beschreibt hier, wie sein mit den Filmen eines gerade hinter ihm liegenden Hochschulfilmseminars überfüllter Kopf, ausgelöst durch das Narkosemittel, im wahrsten Sinn des Wortes »durchknallt«.

Der Germanist, Anglist und Musikwissenschaftler lehrt an der Freiburger Universität Soziologie und nun an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe Kunst und Theorie. Als Regeln verletzender Entertainer, der gern das Korsett des wissenschaftlichen Knigges sprengt, wirkt Thereleit wie ein Harald Schmidt der Soziologie. Schmidt wie Thereleit sind medienkritische Sammler, die ihre Fundstücke lustvoll präsentieren und dabei zerfetzen. Zitat und polemischer Kommentar werden dem Publikum so präsentiert, dass es sich in Fans und Gegner spaltet.

Was haben wir alles am 11. September und danach im Fernsehen sehen müssen? Thereleit beginnt mit dem Blick auf ein von CNN wenige Tage nach dem 11. September ausgestrahlten Videoclip, auf dem den Bildern der brennenden *Twin Towers* ein Song unterlegt wurde, in dem eine persönliche Liebeskatastrophe in der Stadt New York mit der Katastrophe der Titanic vermischt wird. Das reale Ereignis wurde in ein Kunstwerk transponiert. Die Vermischung von Realität und Fiktion war dem aber schon vorausgegangen. Thereleit zitiert Zeitzeugen, die die *Live*-Bilder der Katastrophe auf dem Bildschirm für eine Computersimulation hielten oder spontan dachten, das alles schon vorher in anderen Filmen gesehen zu haben. TV-Seher erlebten die Realität als Einlösung fiktionaler Katastrophenschilderungen.

Der inflationären Phrase danach, »es wird danach nichts mehr sein, wie es vorher war«, stemmt sich Thereleit mit der Suchmaschine entgegen. Erste Fundstücke sind die in der TAZ erschienenen Augenzeugenberichte der damals gerade als Stipendiatin in New York lebenden Autorin Kathrin Röggla und die Skandal auslösenden Spontanäußerungen des Musikers Stockhausen. In der Folge stößt er auf Texte von Elisabeth Bronfen, Alexander Kluge, Susan Sontag, Diedrich Diederichsen, BILD, Boris Groys, Jean Baudrillard,

Slavoj Zizek und Peter Sloterdijk. Dazwischen immer wieder Bilder aus Filmen wie *Godzilla*, *Todesstrahlen aus dem Weltall*, *Mars Attacks*, *Independence Day* oder *Armageddon*. Das erregte und konfuse Denken der zitierten Autoren löst bei Thereleit zwischendurch ein ironisches Gewissheitsverlangen aus: »Niklas Luhmann, rette mich!«. Aber gerade der konstruktivistische Grundgedanke, dass es Realität nur in Abhängigkeit von »unseren Sehgewohnheiten« gibt, lässt sie zum »mythischen Wesen« werden.

Dem Bedürfnis der Powermenschen und Macher, »ihre« mit dem Verschwinden der Türme verlorene Realität durch Rache und Krieg »wiederherzustellen«, hält Thereleit ironisch ein Achternbusch-Zitat entgegen: »Wenn wir jetzt ein Bier trinken, bekommt München wieder eine Realität.«

Ob Thereleits kühn assoziierende Kommentare den Leser mehr auf neue Gedanken oder zuweilen vor den Kopf stoßen: klarer als vorher weiß man, dass die immer und immer wiederholten *Live*-Bilder des 11. September das Fernsehpublikum dauerhaft spalten werden.

Die einen schalten bei der Wiederholung der Bilder ab, weil das Trauma des Zusehens bei realem Sterben bis heute nicht verkräftet wurde. Andere sind dem Sog dieser »perfekten« Aufnahmen fast suchtartig verfallen. Was Vielseher in sich alles aufnehmen, ist kaum zu verantworten, geschweige denn zu verkräften. Der Streit, welche Realität realer sei als die anderen, ist müßig: »Realer sein als eine einzige der anderen tut keine von ihnen nicht. ... Es sei denn die kleine unscheinbare der Hautberührungen«. So wird in den letzten Sätzen des Buches der Sinneswechsel zum Hoffnungsschimmer.

Klaus Thereleit: Der Knall: 11. September, das Verschwinden der Realität und ein KriegsmodeLL. VERLAG STROEMFELD/ROTHER STERN, Frankfurt a.M. 2002, 279 S., € 24,00.

WOLFGANG SCHROEDER
**Keynesianische Hypermoral
gegen neoliberale Unmoral**

Es gibt nicht nur ökonomische Konjunkturen, sondern auch solche in der polit-ökonomischen Betrachtungsweise wirtschaftlichen Wachstums. In den letzten Jahren dominierte dabei zweifelsohne eine neoliberale Sicht. Die beiden amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Bluestone und Harrison sehen in diesem Ansatz marktfixierter, entstaatlichter Politik, der auch als »Wall-Street-Modell« bezeichnet wird, die Ursache dafür, dass der amerikanische Kapitalismus weit hinter seinen Wachstumsmöglichkeiten geblieben sei und zudem zu viel langfristig wirkende Ungleichheit produziert habe. Das Bündnis zwischen *Wall-Street* und amerikanischer Regierung beinhaltet eine geldpolitische Stabilitätspolitik, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, Freihandel und flexible Arbeitsmärkte. Statt den Menschen die Unterstützung zu geben, um in einer Welt des hypermobilen Kapitals und einer chronisch unsicheren Zukunft sich besser bewegen zu können, habe die Regierung den Weg des niedrigeren Wachstumsniveaus mit einer immer gnadenloser konkurrierenden Kapital- und Arbeitsmarktpolitik eingeschlagen.

Aus Sicht von Bluestone/Harrison lautet die Schlüsselfrage einer erfolgreichen ökonomischen Strategie: »Wie schnell kann die amerikanische Wirtschaft wachsen, wodurch ist es möglich das vorhandene Wachstumspotenzial effizienter auszunutzen?« Mit dieser Stoßrichtung konzentriert sich ihr Angriff auf pessimistische Grundannahmen, die ihrerseits Wachstumspessimismus stimulierten. Tatsächlich fiel das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, das in den 60er Jahren in den Vereinigten Staaten bei 4,4 Prozent jährlich lag, in den 70er Jahren auf 3,2 Prozent, in den 80er Jahren auf 2,7 Prozent und in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf 1,9 Pro-

zent. Überraschend wirkt auch, mit welcher Eindeutigkeit die Autoren ihr Plädoyer für ein forciertes Wachstum gleichsam als Basis für eine sauberere Umwelt und eine gerechtere Verteilung des Reichtums begreifen. Ähnlich überschießend, um nicht zu sagen irritierend, wirkt die simplifizierende Kausalkette, dass positives Wachstum die Quelle für eine neue »Wir-Generation« sein solle; wohingegen langsames Wachstum als Ursache für die »Ich-Generation« identifiziert wird.

Mit dem Rüstzeug wirtschaftshistorischer Studien ausgestattet, überprüfen sie, inwieweit die Forschungs- und Entwicklungsausgaben, der Bürokratismus, die Steuer- und Staatsausgaben, die Entwicklung der Ölpreise, die Verlagerung der Arbeit vom produzierenden in den Dienstleistungssektor und die Arbeitsproduktivität von Beschäftigten und Managern ursächlich für die abgeflachten Wachstumskurven seit den 70er Jahren sind. Aus der Vielfalt vorliegender Erklärungsansätze finden die Autoren die zögerliche Aneignung der digital-mikrotechnologischen Revolution am plausibelsten. Denn eine typische Innovation benötige durchschnittlich 41 Jahre, um ihren Verbreitungsgrad von 10 auf 90 Prozent zu steigern. Insofern sei es gewissermaßen normal, dass trotz der neuen technologischen Revolution sich nicht automatisch ein forciertes Produktivitätsschub einstelle. Auch wenn der Vergleich divergierender Typen technologischer Revolutionen grundlegende Probleme aufwirft, und deshalb die Bildung eines Durchschnittswertes in die Irre führt, erscheint die These, dass Verzögerungen und Implementationsprobleme eine wichtige Ursache für die unzureichende Ausschöpfung vorhandener Produktivitätspotentiale sind, plausibel. Für das Jahr 1996 machen Bluestone/Harrison einen Wendepunkt aus: Das Wachstum der Arbeitsproduktivität, das seit 1973 deutlich an Kraft verloren hat, sei seit 1996 deshalb zu einer Kehrtwende gelangt, weil erstmals auch in

den Dienstleistungssektoren eine gestiegene Produktivität festgestellt werden konnte.

Ihre kritische These lautet nun: Diese Kehrtwende sei jedoch nicht der »Wall-Street-Politik« zuzuschreiben. Vielmehr handle es sich dabei um das Ergebnis einer »Wiedergeburt der Produktivität durch die Revolution der Informationstechnologie«. Denn Mikroprozessoren, Personalcomputer, lokale Netze, das Internet und der enorme Fortschritt in der Software machten sich endlich durch einen Produktivitätsbonus bezahlt, während die Unternehmen lernen, wie sie diese Innovationen effizient einsetzen können. Ob diese Daten und Thesen sich angesichts der aktuellen Entwicklungstendenzen aufrechterhalten lassen, erscheint ebenso fragwürdig wie die generalisierenden Aussagen zu den neuen Technologien.

Was setzen die Autoren dem »Wall-Street-Modell« entgegen? Es ist das sogenannte »Main-Street-Modell«. Diese Strategie plädiert für verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Humankapital. Voraussetzung dafür ist ein aktiver Staat, der die Steuerung wirtschaftlichen Wachstums nicht an den Markt abgibt. Weltwirtschaftlich setzt dies einen fairen Handel auf der Basis von Arbeitsrechten und Normen voraus. Damit wären wir auch schon bei einem weiteren Akteur, der für diese Strategie eine maßgebliche Bedeutung besitzt: den Gewerkschaften. Denn die geringen Wachstumsziffern fielen auch mit schwächer gewordenen Gewerkschaften zusammen, woraus sich eine unzureichende Entwicklung der Löhne ergeben habe. Entsprechend sei die Förderung steigender Löhne eine Schlüsselgröße, um Wachstum zu stimulieren. Weiter gehöre dazu auch die Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit und Anreize für die Unternehmen die soziale Aspekte in ihrer Alltagspraxis berücksichtigen. Zudem dürfe die Politik der Zentralbank nicht alleine an ihrem Kampf gegen die Inflation gemessen werden. Schließlich seien auch

die globalen Märkte zu regulieren, um Spekulationsgefahren zu mildern.

Die Autoren plädieren für einen kooperativen Kapitalismus als Voraussetzung einer langfristigen, technologiegestützten Wachstumsstrategie. Dabei sprechen sie dem Staat und den gesellschaftlichen Akteuren eine erhebliche Steuerungskompetenz zu. Ein solch optimistisches Plädoyer in einer Zeit, in der die Rede vom Steuerungsversagen des Staates und der Verbände dominiert, kann ein wichtiger Diskussionsbeitrag sein. Zweifelsohne liegt die Stärke des Buches darin, das Plädoyer für einen kooperativen Kapitalismus historisch zu fundieren. So wohlthuend ihre geschichtlich begründete Option für eine längerfristige Wachstumsstrategie erscheint, so wenig überzeugend wirkt die simplifizierende, keynesianische Technologiestrategie. Weder setzen sich die Autoren mit der Kritik am Keynesianismus auseinander noch wird die Debatte hinsichtlich der Steuerungsdefizite von Staat und Verbänden berücksichtigt. Doch gerade eine solche Vorgehensweise hätte der optimistischen Grundhaltung zumindest eine überzeugendere Argumentationsbasis geben können. So werden in diesem Buch Optimismus und Pessimismus, *Wall-Street* und *Main-Street*, als zwei Welten gegenübergestellt, die sich nichts zu sagen haben, die diametral entgegengesetzt sind und damit wie das Reich des Lichtes und des Schattens erscheinen. Dieses Buch bietet keinen innovativen Beitrag für eine neue Wachstumsstrategie. Es handelt sich im Kern um eine moralisch inspirierte Anklageschrift, die auf überkommenen, wenig überzeugenden ökonomiepolitischen Grundpositionen basiert. Dem amoralischen Neoliberalismus wird ein hypermoralischer Keynesianismus gegenübergestellt. Eine verschenkte Chance.

Barry Bluestone / Bennett Harrison: Geteilter Wohlstand, Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert, CAMPUS-VERLAG, Frankfurt/M. 2002, 400 S., € 34,90.

Autorinnen und Autoren

Eric Alterman, ist Kolumnist für das US-amerikanische Wochenmagazin THE NATION und das Internetportal MSNBC.COM.

Annette Baumgartl, geb. 1966, hat über Ingeborg Bachmann und Anne Duden promoviert, lebt als freie Literaturkritikerin in Frankfurt/M.

Klaus Bittermann, geb. 1952, lebt als Autor und Verleger in Berlin.

Tim E. Braun, geb. 1976, studiert Politische Wissenschaften an der FREIEN UNIVERSITÄT in Berlin.

Tissy Bruns, geb. 1951, Parlamentskorrespondentin des TAGESSPIEGEL.

Tanja Busse, geb. 1970, freie Publizistin, lebt in Berlin.

Yvonne Delhey, geb. 1967, ist Germanistin an der Universität von Amsterdam.

Benno Ennker, geb. 1944, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Tübingen.

Christoph Fleischmann, arbeitet in der Pressestelle des EMS (Ev. Missionswerk in Südwest-Deutschland) in Stuttgart.

Günter Franzen, geb. 1947, Schriftsteller, lebt in Frankfurt/M.

Claudia Gliemann, geb. 1973, ist FES-Stipendiatin und promoviert über Dan Graham und Peter Eisenman.

Josef Thomas Göller, geb. 1958, ist USA-Korrespondent der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, lebt in Washington, DC.

Richard Herzinger, geb. 1955, Publizist und Politikredakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT.

Eva Hommer, geb. 1977, Romanistin und Amerikanistin, lebt in Bonn.

Johannes Leithäuser, geb. 1962, ist Korrespondent der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG in Berlin.

Albrecht von Lucke, geb. 1967, Jurist und Politologe, lebt als Publizist in Berlin.

Helmut Mörchen, geb. 1945, leitet die KURT-SCHUMACHER-AKADEMIE der FES in Bad Münstereifel.

Karin Priester, geb. 1941, lehrt Soziologie an der Universität Münster.

Wilhelm Ribhegge, geb. 1940, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Münster.

Joachim Riecker, geb. 1963, ist Parlamentskorrespondent der MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG in Berlin.

Wolfgang Schroeder, geb. 1960, habil. Politologe, Ressortleiter in der Abt. Tarifpolitik im Vorstand der IG METALL in Frankfurt/M.

Sebastian Ullrich, geb. 1975, promoviert an der HUMBOLDT UNIVERSITÄT in Berlin, z.Zt. KING'S COLLEGE, Cambridge.

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Wieland Freund, Rainer Münz, Burkhard Reichert, Hans-Joachim Schabedoth, Uli Schöler, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer, Johano Strasser und Jochen Thies*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Gottfried Erb, Iring Fetscher, Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen, Norbert Greinacher, Tomas Kosta, Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer, Susanne Miller, Siegmars Mosdorf, Peter von Oertzen, Richard Schröder, Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

Anschrift der Redaktion *c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin*
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Telefon 030/26 93 58-19, -20, -22
Telefax 030/26 93 58 55
www.frankfurter-hefte.de

Verlag und Anzeigenverwaltung *Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH*
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Telefon 02 28/23 80 83
Telefax 02 28/23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Daniela Müller

Umschlagkonzept: Claudio Gallo
Innenkonzept: Groothuis + Malsy, Bremen
Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung:
Limberg Druck GmbH, Kaarst

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738

Einzelheft € 5,50 zzgl. Versand;
Doppelheft € 10,80 zzgl. Versand;
Jahresabonnement € 50,60 frei Haus.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).

In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten